

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Anschlag für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Juni 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Nochmals: Klassenscheidung.

Unser Artikel „Klassenscheidung“ hat in der Magdeburger „Vollstimme“ Widerspruch gefunden. Wenn auch nicht die Redaktion dieses Parteiblattes, sondern nur ein F. S. zeichnender Genosse an unseren Ausführungen Kritik übt, und wenn diese Kritik auch trotz ihrer Länge von Anfang bis zu Ende nur ein einziges tragikomisches Mißverständnis darstellt, so halten wir es dennoch für erprießlich, uns zur Klärung der Sache näher mit diesen Mißverständnissen zu beschäftigen.

Zunächst einige rekapitulierende Worte über Motive und Absichten unseres Artikels „Klassenscheidung“. Die Tatsache, daß bei einer Reihe von Reichstagsnachwahlen teils nur ein relativ geringes Wachstum, teils sogar ein Rückgang sozialdemokratischer Wählerstimmen zu verzeichnen war, hat sowohl in der bürgerlichen, als auch in der Parteipresse mannigfache Kommentare erfahren. In der bürgerlichen Presse, aber auch in Parteikreisen, vertrat man die Ansicht, daß der Stimmenrückgang auf die Streitigkeiten innerhalb der Partei, namentlich auf die erregten Szenen des Dresdener Parteitages zurückzuführen sei. Das moralische Ansehen der Partei, so sagte man, habe einen empfindlichen Stoß erlitten. Zumal zahlreiche Mitläufer der Partei, die zwar nicht überzeugte Sozialdemokraten, aber doch durch mannigfache Bande der Sympathie mit der Partei verbunden gewesen wären, seien durch den „häßlichen Bruderzwist“ zurückgeschreckt worden. Während die revisionistischen Genossen aus dieser Deutung des Stimmenrückganges den Schluß zogen, daß die Partei sich künftig von „theoretischer Akerichterei“ freimachen und toleranteren Meinungsverschiedenheiten ertragen müsse, erging sich die bürgerliche Presse in Siegesjubel über die Selbstausslösung der Sozialdemokratie.

Mit der revisionistischen Forderung, die Partei solle endlich ihre „theoretische Engstirnigkeit“ abstreifen, haben wir uns schon früher auseinandergesetzt. Wir legten dar, daß die Partei, wolle sie sich durch Preisgabe der prinzipiellen Klarheit nicht selbst aufgeben und ihre gerade durch die prinzipielle Einheit garantierte Aktion lähmen, nun und nimmer diesen Forderungen entsprechen könne. Prinzipielle und taktische Diskussionen seien auch in der Zukunft ganz unvermeidlich. Etwas anderes sei es mit der Form solcher Auseinandersetzungen, die allerdings im Parteinteresse in möglichst sachlicher, unerbitterter Weise geführt werden sollten.

Unser Artikel „Klassenscheidung“ beschäftigte sich dagegen mit dem törichtesten Siegesjubel der Gegner, die wegen des Abfalles einiger tausend bürgerlicher Mitläufer bereits von einem Rückgang der Partei faselten und darüber ganz vergäßen, daß die Abspaltung an der Peripherie reichlich wett gemacht werde durch die innere Festigung der Partei, die in der gewaltigen Abnennungszunahme der Parteipresse und dem rapiden Wachstum der Parteiorganisationen deutlich zutage trat. Wir hatten dann, unter Veranziehung der Neuherungen eines nationalsozialen Politikers, dargelegt, daß der Stimmenrückgang bei den Nachwahlen zum erheblichen Teil auf die Desertion bürgerlicher Mitläufer zurückzuführen sei, die sich hauptsächlich durch die seit Dresden immer schärfer hervortretende Entwicklung der Sozialdemokratie zur prinzipiellen Klassenkampfpartei abgestoßen fühlten. So sei im letzten Grunde der Abfall der Mitläufer nur ebenso sehr ein Symptom der sich immer klarer vollziehenden Klassenscheidung, wie auf der anderen Seite die unverkennbare Zunahme der Kampfbereitschaft innerhalb der Partei.

Gegen diese Auffassung zieht F. S. in der Magdeburger „Vollstimme“ mit mehr polemischem Eifer als überzeugender Logik und ruhiger Sachlichkeit zu Felde. Seine Einwendungen gipfeln in folgenden Gedanken:

1. Der „Vorwärts“ begehe einen Fehlschluß, wenn er aus der zunehmenden Klassenscheidung den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen erkläre. Denn die zunehmende Klassenscheidung müsse sich gerade — entsprechend der Zunahme des Proletariates und seiner wachsenden Klassen-erkennnis — in einer Vermehrung der sozialdemokratischen Wähler äußern.

2. Der „Vorwärts“ folgere aus der zunehmenden Klassenscheidung die Notwendigkeit eines Rückganges der sozialdemokratischen Wähler. Wie denke er sich dann aber die „Eröberung der politischen Macht“? Wie könne die Sozialdemokratie auf einen Sieg hoffen, „wenn wir keine neuen Wähler gewinnen“?

3. Der „Vorwärts“ irre, wenn er den Rückgang der Stimmen zum guten Teil aus dem Abfall bürgerlicher Mitläufer erkläre. Der „Vorwärts“ widerlege sogar diese seine Ansicht selbst dadurch, daß er dem Nationalsozialen Dr. Kay gegenüber, demzufolge 1903 „weite Kreise des Bürgertums“, „Tausende aus den Kreisen von Bildung und Besitz“ für die Sozialdemokratie gestimmt haben sollen, entgegenhalte, daß er die Zahl dieser Mitläufer „enorm überschätze“.

4. Der „Vorwärts“ täusche sich, wenn er die Ausbreitung der Parteipresse und Parteiorganisationen auf die zunehmende proletarische Klassenkenntnis zurückführe, die durch den seit Dresden schärfer betonten Klassenkampfscharakter der Partei erreicht worden sei. Denn wenn erst hierdurch die indifferenten Elemente aus Lesern der „Morgenpost“ in „Vorwärts“-Abonnenten verwandelt worden seien, so sei das ein „eigen-

artiges Kompliment“ den neugewonnenen „Vorwärts“-Lesern gegenüber, denen der „Vorwärts“ bergeflakt nachsage, sie hätten bis dahin aus „Klassenbewußtsein“ nicht den „Vorwärts“, sondern die „Morgenpost“ gelesen.

5. Die bürgerlichen Mitläufer könnten durch den schärfer betonten Klassenkampfscharakter der Partei nicht zurückgeschreckt worden sein. Denn, so schließt F. S. seinen Artikel:

„Der „Vorwärts“... hat das Thema des Klassenkreises so überaus vorsichtig und ganz von der Ferne her behandelt, daß man auch an solchen Vermutungen irre wird.“

Die „zunehmende radikale Strömung“ im „Vorwärts“ ist also keineswegs so beschaffen, daß irgendwer vor ihr „Furcht“ zu haben brauchte. Und ganz im allgemeinen scheinen sich uns die unangenehmen Ereignisse der letzten Zeit nicht daraus zu erklären, daß man zuviel, sondern daß man zuwenig „Furcht“ vor uns empfindet. Wenn wir es erst einmal dazu bringen, daß wir der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ein wahrhaft fürchtbarer Gegner sind, dann werden uns auch alle die ungeheueren Massen zustromen, die mit uns an dem Fall dieser Gesellschaftsordnung, an der Erfüllung unserer sozialistischen Forderungen interessiert sind. Wer aber gegenüber den dräuenden Mächten des Klassenstaates durch eine höchst absonderliche und durchaus programmwidrige Lehre sich selbst und seine Klasse in eine ewige, „gut organisierte“ Minorität verbannt, wer die Verminderung der Reichstagsmandate als ein Zeichen vermehrter „Schlagfertigkeit“ ansieht und seinen praktischen Mißerfolg als Sieg der reinen Theorie feiert, wird der kapitalistischen Gesellschaft als Gegner nicht fürchtbar, sondern bloß lächerlich.“

Betrachten wir diese kuriosen Einwendungen der Reihe nach.

1. F. S. meint, die zunehmende Klassenscheidung habe sich bei den Nachwahlen in einer Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen äußern müssen, denn das Proletariat habe sich ja ebenfalls vermehrt. Er vergißt dabei nur zwei Kleinigkeiten: erstens den Abfall bürgerlicher Mitläufer, und zweitens den Umstand, daß der Zustand mindestens aus den Kreisen des industriellen Proletariats, das — bis jetzt — für das Wachstum der Sozialdemokratie in erster Linie in Frage kam, heute nur noch ein begrenzter sein kann. Kautsky wies bereits 1899 in seiner Schrift „Vernstein und das sozialdemokratische Programm“ darauf hin, daß nach den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1905 in Deutschland nur 3 Millionen industrieller Arbeiterwähler vorhanden seien. Auch Dr. R. Blanck hat im vorigen Jahre in seiner im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ veröffentlichten Studie über die soziale Zusammenfassung der sozialdemokratischen Wählerschaft in Deutschland auf diese Tatsache hingewiesen. Blanck berechnet weiter, daß etwa 1/3 Millionen sozialdemokratischer Wähler nicht industrielle Arbeiter, sondern bürgerliche Anhänger der Sozialdemokratie, „Handwerker, kleine Kaufleute, kleine Beamte, kaufmännische Angestellte“ usw. seien. Mit Recht hat zwar Bebel demgegenüber in der „Neuen Zeit“, Heft 37, 23. Jahrgang, darauf verwiesen, daß diese Annahme Blancks unrichtig sei, da die Sozialdemokratie auch unter der Landarbeiterschaft zahlreiche Anhänger habe; allein die Tatsache einer immerhin beträchtlichen Mitläuferschaft aus bürgerlichen Kreisen bleibt nichtsdestoweniger bestehen. Wurde von diesen Mitläufern aber ein erheblicher Bruchteil fahnenflüchtig, so konnte, trotz eines Zuwachses proletarischer Wähler, ein vorübergehender Stimmenrückgang nicht ausbleiben.

2. F. S. unterstellt dem „Vorwärts“ die geradezu unsinnige Ansicht, der vorübergehende Stimmenrückgang (von dem abendreich seit circa 1/2 Jahren nicht mehr viel zu merken ist, wie unlängst selbst in den „Sozialistischen Monatsheften“ ziffernmäßig nachgewiesen wurde) sei für alle Zukunft etwas Unabwendbares. Vermöchte sich F. S. nur ein wenig in den Gedankengang der der wirklichen Klassenkampfauffassung hineinzuversetzen, so würde er begreifen, daß gerade derjenige, der das Hauptgewicht auf die Gewinnung der proletarischen Wähler legt, an der Gewinnung der Majorität der Nation nicht zu zweifeln braucht. Hat doch gerade der „Vorwärts“ wiederholt darauf hingewiesen, daß noch Hunderttausende ultramontaner und freisinniger Industriearbeiter in die Arme der sozialistischen Klassenkämpfer einzugliedern seien, ganz zu schweigen von dem weiten Rekrutierungsgebiet, das die ländliche Arbeiterschaft noch für die Partei darstellt. Und sagt doch selbst Vernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Augustheft 1906): „In dem Maße daher, wie die soziale Entwicklung der Arbeiterklasse das Uebergewicht im Volke zuschiebt, kann Arbeiterpartei und Volkspartei identisch werden.“ — In allem Ueberflusse sei auch das noch gesagt: Selbstverständlich hat die Sozialdemokratie kein Interesse daran, bürgerliche Mitläufer zurückzustößen. Aber wenn die unzweideutige Betonung des sozialistischen Klassenkampfes solche Mitläufer zurückschreit, so brauchen wir, angesichts des Wachstums und der Konsolidierung der proletarischen Parteianghörigen, diesen Abtrünnigen auch keine Träne nachzuweinen.

3. Den angeblichen Widerspruch des „Vorwärts“ konstruiert sich F. S. durch eine jener Taktenspielerkunststücke, die in seinem Artikel des öfteren wiederkehren. Zum Beweise dafür zitieren wir einfach die fragliche Stelle des „Vorwärts“: „Die „weiten Kreise des Bürgertums“, die „Tausende aus den Kreisen von Bildung und Besitz“, die rote Stimmzettel abgegeben haben sollen, werden von Dr. Kay

zweifellos enorm überschätzt; aber daß seit einer Reihe von Jahren, besonders seit dem offenen Auftreten des Revisionismus, ein starker Zug von bürgerlichen Elementen zur Sozialdemokratie stattgefunden hat, ist unbestreitbar.

4. Auch das Gerüde von dem eigenartigen Kompliment, das der „Vorwärts“ seinen neuen Abonnenten mache, wenn er ihnen „zumute“, sie hätten bis dahin aus Klassenbewußtsein die „Morgenpost“ abonniert, ist ein ganz überflüssiges Märchen. Gerade weil seit Dresden die prinzipielle Klärung der Arbeiterklasse wieder mehr in den Vordergrund gerückt worden ist, gerade weil man ihr Klaregemacht hat, daß sie sich völlig auf ihre eigene Kraft verlassen müsse und daß diese Kraft einzig in der Organisation und der proletarischen Schulung liege, machten Organisation und Parteipresse so erfreuliche Fortschritte. Wer einen so schlüssigen Gedankengang nicht zu kopieren vermag, sollte überhaupt auf Parteipolemik verzichten.

5. Der Schluppsatz des Artikels unseres Kritikers betweilt geradezu klassisch dessen revisionistisch-putschistische Verantwortung. Um den Beifall von F. S. zu erringen, hätte der „Vorwärts“ offenbar zur sofortigen Proklamierung des politischen Massenstreiks auffordern sollen! Doch da wir uns demnächst mit diesem Thema eingehender zu beschäftigen haben, wollen wir heute nur noch die Anfrage an F. S. richten, wo denn er eine solche furchteinflößende Propaganda entfaltet hat. Ebenso schenken wir ihm die ja schon erlebigen Schlussausfälle gegen unsere „programmwidrige Lehre“ mit der vernichtenden Endzensur: „lächerlich“.

Eine Schlussbemerkung jedoch können wir uns nicht ersparen. F. S. gehört offensichtlich zu denen, die sich mit Vorliebe über die „häßlichen Parteizänkereien“ und „schlechten polemischen Sitten“ entrüsten und einzig den „Parteiskandalen“ den Stimmenverlust zuschreiben. Nun ist aber gerade die Polemik des Genossen F. S. ein abschreckendes Schulbeispiel für die Art, wie durch Entstellungen, Verdrehungen und allerlei Märchen eine Diskussion aus der Bahn ruhigen, sachlichen Meinungs-austausches gebracht werden kann. Es kann ihm deshalb gar nicht dringlich genug empfohlen werden, zunächst einmal eine gründliche Revision der eigenen Partemoral vorzunehmen.

## Die Revolution in Rußland.

Das Feuer im Ozean schweilt weiter.

Samara, 23. Juni. Gestern abend begann im hiesigen Lager eine Bewegung des Regiments Duzulak infolge Verabstimmung zweier Soldaten, die ihre Vorgesetzten nicht militärisch gegrüßt hatten. Nachdem Kameraden die Soldaten befreit hatten, traten sie mit Musik zu einer Versammlung zusammen und arbeiteten Forderungen aus, insbesondere über Freilassung der Reserve im dritten Jahr, Verbesserung der Nahrung, Verkürzung der Arbeitszeit, freie Verwendung der freien Zeit, hösliche Behandlung, vollständige Amnestie und Abschaffung der Todesstrafe. Heute laten sie keinen Dienst.

Petersburg, 20. Juni. (S. S.) Aus den meisten Garnisonen des Reiches kommen Nachrichten über Zunahme der Reuterereien. Petersburg, 20. Juni. Aus Wladlawas wird telegraphiert, daß Artilleristen am 2. d. Mts. das Offizierskasino beschoßen. Das Publikum, das gerade tanzte, floh, wobei eine Dame verwundet wurde. Die Soldaten beschimpften auf dem Boulevard den Gebietschef General Niznowski. Eine Versammlung, auf der auch alle Truppenteile vertreten waren, beschloßen, den Ausbruch eines Pogroms mit Waffengewalt zu unterdrücken.

„Loffan“ bringt folgende sensationelle Meldung: Die in Peterhof eingeleitete Untersuchung der politischen Agitation unter den Garbisten hat ergeben, daß es Anhängern sozial-revolutionärer Organisationen gelang, in die Probrodskinski- und Semenowskij-Regimenter als Russianten einzutreten. Zwei von diesen werden als Mädelführer der Kundgebung im Probrodskinski-Regiment vor Gericht gesteckt werden. Einige junge Mädchen, die bisher als Bräute der Soldaten galten, sind nun als tüchtige sozialistische Propagandistinnen identifiziert worden. Eine Anzahl Palaisbeamte sind wegen Zuwiderhandlung gegen ihre Vorschriften, indem sie gefährlichen Personen den Einlaß in die Kasernen gewährten, entlassen worden.

Warschau, 20. Juni. Heute beginnt in der Filadelle der Prozeß gegen 5 Offiziere, 3 Sergeanten und 13 Zivilisten, welche angeklagt sind, eine geheime Organisation gebildet zu haben, um unter den Soldaten revolutionäre Schriften zu verbreiten.

### Die Strafe.

Petersburg, 20. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Durch kaiserlichen Tagesbefehl vom 28. Juni ist das erste Bataillon des Probrodskinski'schen Leib-Garde-Regiments in ein besonderes Infanterie-Bataillon umgewandelt und ihm die der Garde zustehenden Rechte entzogen worden.

### Nikolaus zittert.

Wie den „Times“ aus Petersburg berichtet wird, kehrt der Hof von Peterhof nach Jaroslaje Selo zurück, weil entdeckt worden ist, daß sich Revolutionäre unter der Palastdienerschaft befinden.

### Kanzessünden.

Petersburg, 20. Juni. Die Gesellschenschaft veröffentlicht ein im Rat vom Kaiser bestätigtes Gesetz, nach welchem die aktive Dienstzeit für die Infanterie und die Juharilliererie auf 3, für die anderen Waffengattungen auf 4 Jahre festgesetzt wird. Der Dienst in der Reserve schwankt zwischen 7 bis 18 Jahren. Der aktive Dienst in der Marine beträgt 5, in der Reserve ebenfalls 5 Jahre. Für Personen, die einen bestimmten Bildungsgrad nachweisen, sind Vergünstigungen zugelassen.

Im Rat schon bestätigt und jetzt erst veröffentlicht. Gerade jetzt! Höchst merkwürdig! —

**Nachschub.**

Petersburg, 29. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach einer Meldung aus Charkow vom 27. d. Mis. ist die letzte Staffel der Mandtschurei-Armee nunmehr nach Rußland abgegangen. Die in der Mandtschurei zurückgebliebenen, sehr kleine Zahl von Truppen wird erst im nächsten Jahre allmählich zurückbefördert werden.

Die russische Regierung braucht neue Kämpfer gegen den „Infernus Feind“. Wenn sie sich nur nicht täuscht: Die Krieger, die den jämmerlichen Feldzug gegen Japan mitgemacht haben, sind zum Glück nicht gerade das beste Material im Kampfe gegen die Revolution.

**Die Streiks.**

Saku, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Auf den Naphthawerken herrscht Ruhe. Auf den Werken zweier Firmen dauert der Ausstand fort.

Nach einer Meldung aus Nowosibirsk a. Don sind dort die Hosenarbeiter in den Ausstand getreten.

**Die Duma.**

Petersburg, 29. Juni. (B. L. V.) Die Duma verhandelte heute über den Gesetzentwurf betreffend das Versammlungsrecht. — Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Erklärung der Sozialisten verlesen, in der diese der Duma ihre Unterstützung im Kampfe gegen das Willkürerregiment zusagen. Die Duma aber nur als erste Etappe auf dem Wege zur konstituierenden Versammlung bezeichnen. Mehrere Redner der Linken sprachen sich gegen den Gesetzentwurf aus, da er wenig liberal und voller Einschränkungen sei, wie sie nur in der deutschen Gesetzgebung beständen. Abgeordneter Kamischewitsch verurteilte in langer Rede die von der Regierung gegen Versammlungen der extremen Parteien ergriffenen Maßnahmen und erklärte, sich an das Zentrum und die Rechte wendend: Die Sozialisten sind zwar nicht zahlreich in der Duma, sie haben aber den Trost, daß sie das wahre russische Volk vertreten, daß sie unterstützt wird. Alle Versicherungen, daß Rußland einen neuen Weg zum Fortschritt ohne eine Revolution beschreiten könnte, sind falsch.

Petersburg, 29. Juni. „Slovo“ widerspricht heute einer gestrigen Auslassung der „Nowoje Wremja“, in der die Stellung des Kabinetts Goremjinn als sehr fest bezeichnet wurde. Mit seinem letzten Vortrage über die Reichsduma, schreibt das Blatt, habe Goremjinn Pisko gemacht. In Petersburg erkenne man an, daß der Reichsduma die Funktion der höchsten Staatseinrichtung gebühre und daß die Minister verpflichtet seien, jede Interpellation der Reichsduma zu beantworten. Diese sei befugt, jede Frage zur Erklärung zu bringen. Goremjinn habe sich überzeugt, daß eine Auflösung der Reichsduma unter keinen Umständen erfolgen werde.

**Verlesung.**

Der Senat beschloß, die Geschäftsordnung der Duma, die ihm zur Veröffentlichung übergeben worden ist, zu einer neuen Redaktion an die Duma zurückzugeben. Der Senat fand, daß die Duma in mehreren Artikeln der Geschäftsordnung ihre Kompetenz überschritten hatte. Hieraus resultiert ein neuer Konflikt mit der Regierung.

**Abgeschnitten!**

Warschau, 29. Juni. Seit gestern ist die telegraphische Verbindung mit Petersburg und Moskau unterbrochen. Die Aufregung ist groß.

In der italienischen Kammer kam Turati zum Schluß einer Rede auf die russische Revolution zu sprechen. Er widmete den russischen Revolutionären anerkennende Worte, verurteilte auf das schärfste die Grausamkeiten des Zarismus und begrüßte die russische Duma als den Keim des zukünftigen Parlaments eines späteren russischen Kulturstaats. Seine Rede wurde von der Linken und dem Zentrum bis weit hinein in die Rechte und von den Tribünen mit großem Beifall begleitet.

**Politische Uebersicht.**

Berlin, den 29. Juni.

**Altena-Nierlohn.**

Die Nachwahl in Altena-Nierlohn hat, obgleich sich das Stimmenverhältnis seit der letzten Hauptwahl nur wenig verschoben hat, eine äußerst interessante politische Situation geschaffen, indem dadurch, daß die Freisinnigen 64 Stimmen verloren und das Zentrum 1170 Stimmen gewann, jetzt der Zentrumskandidat, Regierungsrat Klode, mit unserem Parteigenossen Haberland in die Stichwahl kommt. Das Zentrum hatte, wie so oft, die Kirche in den Dienst der Politik gestellt, und da 26 Proz. der Bevölkerung des Kreises katholisch sind, gelang es dem Zentrumskandidaten von 34 188 Stimmen 7774, also 22,7 Proz., zu erobern. Jetzt sind die liberalen Kulturkämpfer, die seinerzeit Lenzmanns Wirken im Alexianerprozeß als eine Kulturart ersten Ranges priesen, genötigt, sich vor den ultramontanen Karren zu spannen. Es ist bitter für die armen Freisinnigen, aber sie werden sich in das Unvermeidliche fügen und mit echtem Mannesmut für den Kandidaten eintreten, der jeden Satz des freisinnigen Programms bekämpft. Würde Richter noch leben, dann würde sicher die Moralpredigt nicht ausbleiben, daß die Sozialdemokraten wieder durch ihre Wahlbeteiligung der Reaktion Vorwanddienste geleistet hätten. Wenn die Freisinnigen in Stichwahlen für ultrareaktionäre Kandidaten eintreten, dann sind nach freisinniger Logik die Sozialdemokraten die Schuldigen, weil ein Freisinniger lieber alle seine Ideale vernichtet sieht, als daß er für einen Sozialdemokraten stimmt.

In diesem Wahlkampf hatten sämtliche Parteien andere Kandidaten wie 1903. Unsere Genossen brachten für Haberland 401 Stimmen mehr auf, als 1903 Genosse Gewehr erhalten hat. Sie stiegen damit von 30,4 Proz. auf 30,9 Proz. der abgegebenen Stimmen.

Was wird nun aus all den schönen Schlagworten, mit denen die Nationalliberalen und Freisinnigen im letzten Wahlkampf operiert haben? Da hieß es in den nationalliberalen Wahlaufrufen: „Ein Wahlkreis mit 73 Proz. protestantischer Bevölkerung kann und darf nicht durch einen Zentrumsmann im Reichstage vertreten werden.“ Und die Freisinnigen wiesen rühmend darauf hin, daß an kulturkämpferischen Taten Lenzmann, der verstorbenen freisinnigen Abgeordnete des Kreises, allen nationalliberalen Kulturkämpfern überlegen gewesen ist, indem er in dem Alexianerprozeß mit kräftiger Faust in das Wespenneß gegriffen und der Welt bewiesen hätte, daß unter dem Dekamantel christlicher Nächstenliebe sich ein System abscheulicher Menschenqualerei verborgen habe. Und nun? — In den nächsten Tagen müssen die freisinnigen und nationalliberalen Freihändler und Kulturkämpfer Wahlaufrufe unterzeichnen, in denen sie alle Gegner der Schutzzöllnerlei und der Merkantilisierung der Politik auffordern, für den schutzzöllnerischen katholischen Regierungsrat Klode zu stimmen.

In der schlimmsten Zwangslage ist der Freisinn. Aus eigener Kraft kann er kein Mandat mehr erobern. Er muß in jener Gegend von der Mittätigkeit des Zentrums leben. Am 19. Juli ist Nachwahl im Nachbarkreis von Nierlohn,

in Hagen, wo ein Nachfolger für Richter gewählt werden muß; dort aber hat die freisinnige Volkspartei das Zentrum insofern beleidigt, als sie gewagt hat, ohne vorher die Erlaubnis des Zentrums einzuholen, den Oberbürgermeister Cuno von Hagen aufzustellen, der in früheren Zeiten einmal in einer Festsrede das Zentrum arg gekränkt hat. Nun droht das Zentrum, welches im Hagen Kreis über rund 4500 Stimmen verfügt, so wie so schon, daß es Cuno durchfallen lassen will. Sicher würde das Schicksal des Hagen Mandats für die Freisinnigen besiegelt sein, wenn die Freisinnigen es in Nierlohn an dem nötigen Eifer fehlen lassen wollten. Diese können also nicht anders, Arm in Arm mit den Kaplänen müssen sie, die Vorkämpfer für Freihandel und bürgerliche Rechte, von Haus zu Haus ziehen, um für ihren Gegner Stimmen zu betteln. Sie müssen es, obwohl noch nicht einmal feststeht, daß sie das Hagen Mandat erlangen.

In Hagen wie in Nierlohn sind unsere Genossen tapfer an der Arbeit. Der Nierlohner Kreis ist insofern ungunstig für uns, weil er gar keine Großstädte hat, denn die beiden größten Orte des Kreises, Lützencheid und Nierlohn, haben kaum 25 000 Einwohner. Anders liegt die Sache im Kreise Hagen. Dort wohnen von den 200 000 Einwohnern 124 608 in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, und im selben Verhältnis wie die Großindustrie angeschwollen ist, ist auch unsere Bewegung dort gewachsen. 1903 hatten wir von 36 721 abgegebenen Stimmen bereits 13 870, also 37,8 Proz. So kann es dem Liberalismus passieren, daß er zwei Kreise, die seit Gründung des Deutschen Reiches sein ununterbrochener Besitz waren, innerhalb eines Monats in der Nachwahl verliert.

Im Nierlohner Kreise war auch Stöcker auf dem Kampfbahnhof erschienen, um die Arbeiterstimmen für den christlichsozialen Ruffler einzufangen. Die Flugblätter für Ruffler (christl. soz.) waren aus den Flugblättern des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zusammengesetzt. Wie wenig aber Stöcker und Reichsverband uns schädigen, zeigt die Tatsache, daß unsere Stimmenzahl von 10 146 auf 10 547 stieg. Stöcker und der Reichsverband haben nur bewirkt, daß die Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten von 7440 auf 6552 zurückgegangen sind. In Zentrumskreisen wird man Herrn Stöcker für diese Hilfe danken.

Wir können mit dem Erfolg der Wahl in jeder Beziehung zufrieden sein, denn wir haben trotz der mühseligen Agitation der Gegner 400 Stimmen gewonnen. Für die Kandidaten der gegnerischen Parteien stellt sich das Ergebnis wie folgt:

	Letzte Wahl	1903	Zu resp. Abnahme
Zentrum	7774	6804	+ 1170
Freis. Volkspartei	7873	7737	— 64
Nationalliberal	6552	7440	— 888
Christlichsozial	1637	1457	+ 180

Am schlechtesten haben die Nationalliberalen abgeschnitten, deren Blätter noch vor einigen Tagen hofften, mit unserem Kandidaten in die Stichwahl zu kommen. Die „Köln. Bzg.“ gibt denn auch die Niederlage offen zu, indem sie schreibt:

Das Ergebnis der gestrigen Reichstagswahl ist eine bescheidene Niederlage des Liberalismus und ein großer, unerwarteter Erfolg des Zentrums. Rund 14 900 Stimmen haben die beiden liberalen Parteien zusammen aufgebracht, und doch sollen sie das Mandat, das seit der Gründung des Reiches in liberalen Händen war, an das Zentrum abtreten, das nur an 7800 Stimmen für seinen Kandidaten zählen konnte. Deutlicher kann den liberalen Parteien nicht vor Augen geführt werden, wohin der ewige Pader zwischen ihnen führt und wie not es wäre, gegen die beiden gemeinsamen Feinde: Ultramontanismus und Sozialdemokratie, sich eng zusammenzuschließen. Statt sich zu bekämpfen in unfruchtbaren und, wie die gestrige Wahl zeigt, verberlichen, selbstmörderischen Kämpfen.

Dennoch, trotz dieser Feindschaft gegen den „Ultramontanismus“, hält es das Blatt für selbstverständlich, daß die Nationalliberalen in der Stichwahl geschlossen für den Zentrumskandidaten eintreten:

Bei der Stichwahl erhofft die Zentrumspartei des Wahlkreises die glatte Wahl ihres Kandidaten. Schon vor Wochen hat die Leitung der Zentrumspartei dort bestimmt erklärt: komme ihr Kandidat in die Stichwahl und finde nicht die volle Unterstützung der Freisinnigen, dann werde das Zentrum bei der bevorstehenden Wahl in Hagen, wo die Freisinnigen das Mandat Eugen Richters in Stichwahl mit der Sozialdemokratie behaupten wollen, an den Freisinnigen Vergeltung üben. Diese Lage der Dinge in Hagen dürfte in erster Linie die Freisinnigen in ihrer Haltung in der Stichwahl in Altena-Nierlohn zugunsten des Zentrums beeinflussen. Die nationalliberale Partei wird wohl die Parole ausgeben, in der Stichwahl für den Zentrumskandidaten einzutreten, denn die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten muß natürlich unter allen Umständen verhindert werden.

**Noch ein kaiserliches Festspielhaus.**

Aus Kassel wird uns geschrieben:

Außer Berlin, Hannover und Wiesbaden hat auch die „Residenzstadt“ Kassel den großen Vorzug, ein königliches Hoftheater in seinen Mauern zu bergen. Das ist der Fall seit nunmehr vierzig Jahren, nämlich seit 1866, seitdem Wilhelm I., Preußenkönig von Gottes Gnaden, seinen liebreicheren Vetter Friedrich Wilhelm, Hessen-Kurfürst von Gottes Gnaden, vom Throne jagte. Bei der Expropriation, die der Preußenkönig bei dem Expropriateur, dem Hessefürsten, vornahm, ging auch das Theater in den Besitz der — wie man zu sagen pflegt: — „preussischen Krone“ über.

Das kasseler Hoftheater ist — mit gebührendem Respekt zu bemerken — sozusagen ein alter Kasten. Es soll ein neues Theater gebaut werden.

Noch langem hin und her wurde zwischen den Vertretern der Krone und den Vertretern der Stadt Kassel verhandelt: Das alte Theater wird auf Abbruch verkauft; zu der Summe, die für das Grundstück bezahlt wird — 2 005 000 Mark — soll die Stadt Kassel 600 000 Mark zulegen und für den Betrag von 2 605 000 Mark soll das neue Theater erbaut werden.

Das Grundstück für den Neubau sollte vom Fiskus gratis abgegeben werden. Soweit so gut. Nun entstand aber eine Streitfrage wegen des Platzes, auf dem das neue Theater errichtet werden sollte. Die verschiedensten Vorschläge wurden gemacht. Schließlich entschied der Kaiser sich für einen Platz, der nach der Ueberzeugung sehr vieler Menschen unter keinen Umständen geopfert werden dürfte: den Friedrichsplatz. Das ist einer der größten Plätze Deutschlands, einer der schönsten, zweifellos aber der eigenartigsten aller und bekanntesten Plätze. Er ist 324 Meter lang, 152 Meter breit. Im Nordwesten wird er begrenzt von der Hauptstraße Kassels, der Kriegsstraße; an der nordöstlichen Längsseite stehen nebeneinander: zwei Schlösser aus kurfürstlicher Zeit, das Museum, die Kriegsghisule und die katholische Kirche. Dieser imposanten Front gegenüber stehen Geschäfts- und Privathäuser. Die besondere Eigenart des Platzes stellt der Abbruch im Südosten dar. Hier steht das Auctor, ein niederes, zierliches, von zwei kleinen Dachhäusern

flankiertes Tor aus rotem Sandstein, durch das man das berühmte Karlskaue, den kasseler Tiergarten, betritt. Da nun der Friedrichsplatz wesentlich höher liegt als die Karlskaue, so sieht man von allen Seiten des Friedrichsplatzes durch und über das Tor hinweg über die Karlskaue und das entzückende Faldatal hinaus nach den fernen Höhenzügen — Söhre und Meißner. Das ist ein wahrhaft entzückendes Bild. Zweifellos ist der Friedrichsplatz mit dem offenen Auctorabschluss die schönste Perle unter den vielen berühmten Stadtbildern Kassels.

Man kann sich denken, welche Aufregung in weiten Kreisen Kassels entstand, als der Kaiser bestimmte, daß das Auctor zu beseitigen und an seine Stelle das neue Theater zu bauen sei. Daß die kasseler Stadtverordneten, unter denen bei der entscheidenden Abstimmung nur ein Sozialdemokrat sich befand, bis auf einen Vertreter, dessen Gefühl für Schönheit sich entsetzt sträubte, sämtlich umfielen, jede Opposition unterließen und den kaiserlichen Willen devot zu beachten beschloßen, wird die Leser dieser Zeilen nicht überraschen, wenn festgestellt wird, daß diese Stadtväter liberal sind. . . .

Allmählich hat man sich in Kassel mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß demnächst das Auctor mitsamt der herrlichen Aussicht verschwunden und der Friedrichsplatz an jener Stelle durch einen Theaterbau zugemauert sein wird; daß aus dem prächtigen Auctor, das der Friedrichsplatz bisher darstellte, ein Dudenplatz geworden sein wird. Man nahm allgemein an, daß die Platzverhandlung bald losgehen werde. Da kommt wie ein Blitz aus heiterem Himmel eine Nachricht, die den ehrsüchtigen Epichern in Erinnerung ruft, daß „Blöglich“ noch immer Trumpf ist. In einem der vier „unpolitischen“ Blätter, die in Kassel erscheinen, wurde mitgeteilt:

„Wie wir hören, hat sich bei einer Nachprüfung des kasseler Projekts herausgestellt, daß, wenn es in voller Opulenz unter Anwendung der neuesten immertechischen Erzeugnisse ausgeführt wird, sich Mehrkosten von einer Million ergeben. Die Krone hat sich nun bereit erklärt, von dieser Summe noch 200 000 M. zu übernehmen, wenn sich die städtischen Behörden entschließen, für den Rest aufzukommen und die entsprechenden Mittel zu den bereits zugestandenem zu bewilligen. Wir würden aber dann auch ein Theater von seltener Schönheit erhalten, das Vorbildlich werden dürfte. Es liegt im Plan, das königliche Theater unter diesen Voraussetzungen zu einer Musteranstalt zu machen. Ferner soll die Absicht bestehen, alljährlich im August während der Residenz des Kaisers auf Wilhelmshöhe Musteraufführungen ähnlich wie die Maifestspiele in Wiesbaden zu veranstalten. Es liegt auf der Hand, daß bei Durchführung dieser Pläne ein außerordentlich wirksames Mittel für die Förderung des Fremdenverkehrs in Kassel gegeben wäre.“

Die bürgerlichen Blätter — alle bürgerlichen Blätter in Kassel nehmen sich parteilos und suchen sich gegenseitig an Raghudelei zu übertreffen — haben das vor Monaten vom Kaiser für gut befundene Theaterprojekt des Herrn Karst in den höchsten Tönen gepriesen. Kaum ist jetzt der neue Wunsch, in Kassel ein Festspielhaus zu errichten, durchgeführt — von welcher Seite der „Wunsch“ ausgeht, steht nicht in Frage —, da finden dieselben Blätter, daß dieser Wunsch geradezu bewundernswert sei. Daß die Stadtverordneten sofort über den Stod springen, ist ganz selbstverständlich, man ist dort, wie bereits angeführt, liberal.

Ueber kurz oder lang wird also das herrlichste Stadtbild Kassels zerstört und an seiner Stelle ein Grundbau entstanden sein, der würdig ist, alle Jahre wenige Mustersaufführungen zu erleben. Sie volo, sic jubo! —

**Deutsches Reich.**

Aus dem Kolonialsumpf.

Die „Koloniale Zeitschrift“ entwirft sich über die Annahme des Zentrums, die Kolonialpolitik der kaiserlichen Kontrolle unterstellen zu wollen. Hinter dem Vorgehen des Zentrums in der Kolonialpolitik stehe nichts, als das kirchliche Interesse der Partei. Das ist an sich ganz richtig, ändert aber nicht das geringste an der Berechtigung der noch viel zu schonenden Zentrumskritik. Die „Köln. Volksztg.“ hält übrigens höhnisch dem kolonialfreundlichen Blatte folgendes ihm selbst entnommene Zitat unter die Nase:

„Der Reichskanzler hat ein schönes Programm für die Reform in unseren Schutzgebieten von der Tribüne des Reichstages herab verfaßt. In der Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete wird, wenn man von den Ausgaben für Südwestafrika absteht, dargelegt, wie prozentualiter die eigenen Einnahmen im Verhältnis zu den fortwährenden Ausgaben gestiegen sind. Woher soll aber das Vertrauen zu diesen amtlichen Auslassungen kommen, wenn seit Jahren ein solches, möchte man sagen, systematisch zerstört worden ist? Die langen Verichte in den Zeitungen über die gemachten Fortschritte lesen sich wunderhäßlich, wer aber fortwährend hinter die Kulisse geblickt hat, der weiß, mit welcher Vorsicht gerade diese Mitteilungen aus den Kolonien ausgenommen werden müssen, der weiß, wie mit den öffentlichen Geldern in wenig angemessener Weise gewirtschaftet worden ist. Gott ist groß und der Gouverneur ist weit; in sinnemäßer Weise kann das russische Sprichwort recht wohl auch auf unsere Kolonien angewendet werden.“

Auch die nationalliberale „Dortmunder Bzg.“ bringt pikante Indiskretionen.

So behauptet ein Berliner Korrespondent des Blattes entgegen der am 22. Mai veröffentlichten offiziellen Erklärung, der Erbprinz habe lediglich eine Remuneration in Höhe des etatsmäßigen Dienstverdienstes des Direktors der Kolonialabteilung bezogen, daß Erbprinz Hohenlohe seit Innehaltung des Kolonialdirektorates an der Gehalt des Kolonialdirektors von 20 000 M. jährlich eine Zulage von 24 000 M. aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds erhalten haben soll, ebenso soll seine Berliner Wohnung in der Hohenzollernstraße am Tiergarten mit weiteren 20 000 M. aus dem Dispositionsfonds bedrungen worden sein. Diese Extrabergütungen an den Erbprinzen seien angeblich vorläufig dem Teil des Dispositionsfonds entnommen worden, der zur Unterstützung von Offizierswitwen und -Waisen bestimmt, aber nicht bösig verbraucht worden sei. Und im Zusammenhang mit den Chicagoer Fleischskandalen, die doch angeblich der preussischen Regierung „längst bekannt“ gewesen sind, registriert die „Dortmunder Zeitung“ die Behauptung, daß „seit vielen Monaten regelmäßig große Sendungen von solchem amerikanischen Corned Beef nach Südwestafrika gehen und dauernd einen Hauptbestandteil der Verpflegung unserer Truppen bilden. Noch im Monat Mai sind mehrere tausend Rissen Corned Beef amerikanischen Ursprungs nach Lüderichsburg verschifft worden.“

**Aus der württembergischen Landespolitik.**

Stuttgart, 28. Juni. (Sig. Ver.)

Das wichtigste, über das zu berichten ist, ist die Stellungnahme der Ersten Kammer zur Verfassungsrevision. Zwar hat das Plenum der Ersten Kammer noch nicht gesprochen, sondern nur erst die Kommission, aber man ist nach der bisherigen Erfahrung berechtigt, darin bereits den Willensausdruck der gesamten Kammer zu sehen. Diese Kommissionsbeschlüsse erweisen nun, daß die Erste Kammer offenbar willens ist, das Zustandekommen der Verfassungsreform ihrerseits wirklich zu fördern und vor allem den anlass allgemein erweckten Eindruck zu ver-

Wischen, als ob ihrer Stellungnahme eine in übertriebenem Egoismus wurzelnde Halsstarrigkeit zugrunde läge.

In einer Reihe von Differenzpunkten kommt die Erste Kammer der Zweiten entgegen. So greift sie vor allem die 17 Proporzabgeordneten zu, durch welche die aus der Zweiten Kammer ausschließenden Privilegierten ersetzt werden sollen. Nur wünscht die Erste Kammer, daß das Land bei dieser Wahl nicht einen einzigen Wahlkreis bilden, sondern in zwei annähernd gleich große Kreise geteilt werden solle. Ebenso konzediert die Erste Kammer die Vorfrist, daß die Standesherrn, um ihr Befehlgeprivileg ausüben zu dürfen, einen Wohnitz in Deutschland haben müssen. Des weiteren erklärt die Erste Kammer jetzt ihr Einverständnis mit dem Beschluß der Zweiten, wonach das passive Wahlrecht nicht erst mit dem 30. sondern bereits mit dem 25. Lebensjahre beginnen sollte. In bezug auf die Zusammensetzung der Ersten Kammer will sie nur je zwei Vertreter der Handels- und Landwirtschaftskammern und einen der Handwerkskammern zugeföhren, während das andere Haus den beiden ersten Kategorien je drei Vertreter betwiltigt wissen wollte.

Auf das erst mit Empfasse geforderte königliche Ernennungsrecht weiterer erblicher Mitglieder der Ersten Kammer aus dem standesherrlichen oder ritterschaftlichen Adel, soweit derselbe über schuldenfreien Fideikommiss mit mindestens 20000 Mark jährlicher Rente verfügt, hat die Erste Kammer verzichtet. Dagegen verlangt sie das Recht der königlichen Ernennung weiterer lebenslänglicher Mitglieder, soweit die Söhne der Standesherrn durch Aussterben einzelner Familien eine Verminderung erfahren. So unberechtigt auch diese Forderung ist, so fehlt ihr doch der widerwärtig egoistische Charakter der früheren, die unerbittlich erkennen ließ, daß die Standesherrn ihr Befehlgeprivileg ausschließlich zur Wahrung der materiellen Interessen des feudalen Großgrundbesitzes ausüben wollten. Da die Lebenslänglichkeit nicht aus den Kreisen des Hochadels, sondern aus den höheren Verwaltungsbeamten des Landes genommen zu werden pflegen, so hoffet der jetzigen Forderung nicht mehr ein so metallener Beigeschmack an wie der zuerst formulierten.

Die wichtigste Differenz zwischen beiden Kammern liegt wie bisher in der Abgrenzung des Budgetrechts der beiden Kammern. Die Erste Kammer lehnt den Beschluß der Zweiten ab, wonach die Erhebung einer Steuer mit festen Sägen für eine Finanzperiode auf Beschluß der Zweiten Kammer und ohne Zustimmung der Ersten Kammer unterbleiben kann, wenn auch ohne diese Steuer und die Erhöhung anderer Steuern sowie unter Zugrundelegung der von der Regierung vorgeschlagenen Erträge der Steuern und des Kammerguts die etatsmäßigen Ausgaben ihre Dedung finden. Dagegen verlangt sie, daß das bei der Verabschiedung der Steuerreform ihr zugestandene Recht der gleichberechtigten Mitwirkung bei der Festsetzung der Einkommensteuersätze jetzt auch ausdrücklich in der Verfassungsurkunde festgelegt werden soll. Dafür verzichtet sie auf den zuerst gleichfalls erhobenen Anspruch, bei einer zukünftig etwa zu beschließenden Vermögenssteuer in gleicher Weise wie bei der Einkommensteuer mitwirken zu dürfen.

Das sieht bescheidener aus, als es ist. Wird das auf die Einkommensteuer bezügliche Recht der Ersten Kammer in die Verfassung aufgenommen, dann bedarf es zu einer etwaigen Verringerung oder Abänderung dieser Bestimmungen stets einer Dreiviertel-Majorität in beiden Häusern des Landtages, während jetzt nur eine einfache Majorität dazu erforderlich ist.

Außer in der Verfassungsreform schweben noch Differenzen zwischen den beiden Kammern wegen der noch immer nicht verabschiedeten Gemeinderreform. Die Kammer der Standesherrn hat die Novelle nunmehr abermals erledigt. Den Hauptstreitpunkt bilden immer noch die Anstellungsverhältnisse der Ortsvorsteher. Der Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Schultheißen, jenes württembergischen Erbäbels, das den Fall Hegelmaier und so viele andere Mißstände in den Gemeindevorstellungen gezeitigt hat, will die Erste Kammer nicht mehr widersprechen. Dagegen lehnt sie es ab, dem Beschluß der Zweiten Kammer zuzustimmen, wonach die Abschaffung der Lebenslänglichkeit irgend eine rückwirkende Kraft in bezug auf die bereits amtierenden Ortsvorsteher haben solle. Trotz dieser und noch einiger anderer Differenzen dürfte aber das Zustandekommen der Reform kaum mehr in Zweifel stehen.

Die dritte landespolitische Angelegenheit von größerer Bedeutung ist die Auseinandersetzung zwischen Landtag und Regierung über die bevorstehenden Vortröherhöhungen für Postkassen im Ortsverkehr. Wenn Württemberg ebenso wie das Reich das Porto der Postkarte im Ortsverkehr von 2 auf 5 Pfennig erhöht, dann wird die Karte teurer als der Brief, der im Ortsverkehr nur 3 Pf. kostet. Wie das vermieden werden soll, lieh der Minister v. Weizsäcker noch offen. Vielleicht erhöht man den Preis der Postkarte nur von 2 auf 3 Pf. Aber das würde wieder nicht das gewünschte finanzielle Ergebnis zeitigen. Die Auseinandersetzung gestaltete sich zu einer scharfen Polemik der linken Parteien mit dem Zentrum und den Nationalliberalen.

Die Angelegenheit wurde schließlich der Finanzkommission überwiesen, die einen Ausweg suchen soll.

#### Die Eisenbahngemeinschaft in der badischen Volkskammer.

Karlsruhe, den 28. Juni. (Fig. Ver.)

Die badische Volkskammer hat die Eisenbahntarif-Gemeinschaft am Donnerstag genehmigt. Der Minister des Verkehrs, v. Marschall-Wieherstein, gab die Erklärung, die ihm am Sonnabend nicht über die Lippen kam, nachträglich schriftlich ab. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden, daß die Rhein-Redarbahn keine andere Behandlung im Tarif erfährt, als die übrigen noch nicht der preussischen Betriebsgemeinschaft unterstehenden badischen Bahnen. Nun fiel der Alb von den Herzen der beiden weitestgehenden Regierungsparteien. Nationalliberale wie Ultramontane bekannten sich in der namentlichen Abstimmung zu dem die Tarifgemeinschaft billigenden Antrage der Budgetkommission, der mit 50 gegen 17 sozialdemokratische und demokratische Stimmen angenommen wurde.

Mit demselben Stimmenverhältnis lehnte die Kammer den Antrag der Linken ab, der zugunsten des Zweifelsmittels auf der badischen Staatsbahn spricht.

#### Wie in Hannover vom Reichsverband gearbeitet wurde.

Die Korrespondenz des „Reichsverbandes“ erzählt in ihrer letzten Nummer, in welcher Weise der Reichsverband bei der letzten Reichswahl in Hannover den Kampf gegen unsere Partei organisiert hat. Sie schreibt:

„Auch in Hannover zeigte sich, wie noch fields bisher, wenn der Reichsverband“ eintritt, daß Organisationen der bürgerlichen Parteien entweder nicht oder in unzureichendem Maße vorhanden sind oder wo sie da sind, schlecht oder gar nicht funktionieren. Jedenfalls die Wahltechnik nur ganz mangelhaft beherrschten. Während also die Organisation der Sozialdemokratie bereits fertig und fertig zu sein pflegt, muß der Reichsverband“ die Gegenorganisation der bürgerlichen Parteien immer erst wenige Wochen vor der Wahl zuweilen aus dem Nichts heraus schaffen. In einer kurzen Spanne Zeit aber war es gelungen, einen bedeutenden Wahlfonds zu sammeln und eine mustergültige Vertrauens-

männerorganisation ins Leben zu rufen. In Hannover und Linden waren nicht weniger als 104 fliegende Wahlbureau eingerichtet, etwa 1000 national gefinnte und opferbereite Männer hatten sich zusammengefunden, die sich in nicht hoch genug anzuerkennender Selbstlosigkeit den fliegenden Wahlbureau als Obmann, Schlepper usw. zur Verfügung stellten. Im Hauptwahlbureau selbst waren etwa 100 Angestellte tätig, um alles bis aufs Kleinste für die Wahlschlacht vorzubereiten. Tag und Nacht wurde gearbeitet, die Beamten des Reichsverbandes“ waren bis zum Umfinken unermüdet auf den Beinen, in den letzten Tagen kaum zwei Stunden Schlaf findend.“

Trotz alledem war bekanntlich der Erfolg der Anstrengungen recht mäßig. Bei einer allgemeinen Reichstagswahl lassen sich aber überdies derartige Maßnahmen nur in wenigen Wahlkreisen durchführen. Ueberall die Sozialdemokratie in dieser Weise zu bekämpfen, wird dem Reichsverband unmöglich sein, selbst wenn er seinen Beamtenstab verzehnfachen wollte.

#### Bezirks- und Landesausschuwahlen in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns geschrieben:

Am 1. August läuft das Mandat eines Drittels der auf neun Jahre gewählten Bezirksratsmitglieder ab, so daß in kurzem für 12 Kantone im Bezirk Unterelsaß, für 8 Kantone im Bezirk Oberelsaß und für 11 Kantone im Bezirk Lothringen Neuwahlen stattfinden werden. Von sozialistischen Mitgliedern scheidet Genosse Böhle in Straßburg-Ort aus, während im Oberelsaß das Mandat von Marckis erledigt ist, dessen bisheriger Inhaber der 1900 aus der Partei ausgeschlossene Ex-Reichstagsabgeordnete Dueb war. In Marckis, dessen Eroberung außer Zweifel steht, wird Genosse Emmel-Mülhausen kandidieren. Außer diesen beiden Wahlkantonen kommen noch mehrere für unsere Partei in Betracht, wenn auch die Aussichten nicht allzu günstig sind. Es ist leider außerordentlich schwer, bei den Wahlen zu den Bezirksräten die politischen Gesichtspunkte an die erste Stelle treten zu lassen, obgleich doch die Bezirksräte allein über die Hälfte der Landesausschuwmandate aus ihrer Mitte besetzen.

Am und für sich ist die Sachlage ja günstig, da das Gemeindevahlrecht gut, das abgesehen von einigen auf die Anstaltigkeitsdauer u. dergl. bezüglichen Beschränkungen allgemein, gleich, geheim und direkt ist.

Wiel schlechter steht die Sache bei den Wahlen zum Landesausschuß, soweit es sich nicht um die von den Gemeinderäten der vier großen Städte vorgenommenen handelt. Dabei setzen wir noch von den 34 von den Bezirksräten zu wählenden Abgeordneten ab. Aber auch in den 20 Landkreisen ist jede Agitation unmöglich. Hier wählen die Gemeinderäte je nach der Bevölkerung die Wahlmänner, die dann die Wahl der Abgeordneten vornehmen.

Zur Wahl stehen in den vier Städten die Abgeordneten Riff (lib.), Blumenthal (Dem.), Emmel (Soz.) und Deister (lib.). In den Landkreisen sind zu erwähnen die Abgeordneten Gauß (Her.), Höffel (kons.), Bög (lib.), Wetterle (Her.) und Winterer (Her.). Zweifelhaft ist die Wiederwahl der Abgeordneten Riff (gegen den sozialdemokratischen Kandidaten) und Gauß (gegen den liberalen Kandidaten). Aber das Wählerparlament selbst wird kein anderes Gesicht erhalten, so lange nicht ein anderes Wahlrecht gilt.

#### Ein „demokratischer“ Parteiführer.

Mülhausen i. El., 24. Juni. Am 8. d. M. standen vor dem Schöffengericht die beiden Redakteure der „Mülhauser Volkszeitung“, Genossen Jean Martin und August Widy, als Angeklagte in einem Privatklageverfahren, das der Vorsitzende der „demokratischen Partei Mülhausens“ und Führer der demokratischen Fraktion des Gemeinderats, Geometer Georg Simonet, gegen sie angestrengt hatte. In einem Artikel der „Volkszeitung“ war dem demokratischen Parteiführer der Vorwurf des Amtsmißbrauches zu seinem privaten Vorteil gemacht. Herr Simonet erhielt gegen Ende 1904 von der zweiten Kommission des Gemeinderates den Auftrag zur Erwerbung eines großen Bodentemples außerhalb der Stadt. Simonet nahm diesen Auftrag an, teilte später mit, daß der Eigentümer an die Stadt nicht verkaufe, und erwarb dann einen nach dem neuen, der Öffentlichkeit noch nicht bekannten Bebauungsplane besonders wichtigen und wertvollen Teil jenes Terrains für sich. Für das Blatt zeichnet seit etwa Jahresfrist Genosse Widy verantwortlich, der Demokratenhof strengte aber die Klage auch gegen den leitenden Redakteur Martin an, der der Verfasser des Artikels sein sollte. Zur Erhärtung hatte er drei Personen aus dem Betriebe der „Mülh. Volksztg.“ als Zeugen vor Gericht laden lassen. Die drei Zeugen, darunter der Vetter (!) des Blattes, lehnten jedoch die Auskunft in der Sache ab, und Genosse Martin wurde freigesprochen. Da der Wahrheitsbeweis nicht in vollem Umfange gelang (es waren in dem Artikel einige formelle Irrtümer unterlaufen) verurteilte das Gericht nach eingehender Beweisaufnahme den verantwortlichen Redakteur Widy zu einer Geldstrafe von 100 M. In der Urteilsbegründung über das Strafmaß, die nun schriftlich vorliegt, wird der demokratische Parteiführer jedoch derart mitgenommen, daß er mit dem Ausgange des Prozesses nicht weniger als zufrieden ist und gegen das Urteil auch Berufung eingelegt hat. Es heißt nämlich darin, daß die Handlungsweise des Privatklägers, „wenn sie auch keinen Mißbrauch seines Amtes darstellt, doch als unedelhaft und unfair zu bezeichnen“ ist.

Das Verfahren zweiter Instanz, das dieser demokratische „Führer“ in dem Bewußtsein herbeiführt, daß seine politische Rolle ohnehin schon mit diesem Urteil ausgespielt wäre, so daß er nichts mehr zu verlieren hat, wird unseren Parteigenossen Gelegenheit geben, die Beweisführung über das gemeinschaftliche Treiben eines Parteiführers der Demokratie, die die „Frankfurter Zeitung“ vertritt, noch zu erweitern. Weder dieses Blatt noch die „Mülh. Bürgerzeitung“, noch die „Elsaß-Lothringische Volkspartei“ des Reichs- und Landesausschuß-Abgeordneten Blumenthal haben leider kein Wort der Mißbilligung für das Gebaren des Parteivorstehenden in Mülhausen gesagt!

Eine seltsame Campaigne soll, wie wir vernehmen, die Berliner Polizei planen. Der ehemalige Redakteur der „Königsb. Volkszeitung“, Genosse Julian Vorchardt, hat seit Anfang April in Trepow bei Berlin Wohnung genommen. Wie sich das von selbst versteht, hat er bei seiner Tätigkeit als Redakteur auch verschiedene Verstrafungen erlitten. Dieser Tage erhielt nun Genosse Vorchardt eine Vorladung zum Polizeiamt, zwecks Feststellung seiner Verstrafungen. Auf dem Amt wurde ihm eröffnet, daß er als bestrafter Mensch — seine Ausweisung aus Berlin und Umgebung zu gewärtigen habe! Das Berliner Polizeipräsidium habe deshalb die Feststellung seiner Strafen eingefordert. „Er wisse zwar nicht“ — so meinte der ihn vernehmende Beamte — „ob die Ausweisung erfolgen werde, er glaube es aber; die Entscheidung liege beim Berliner Polizeipräsidium.“ Die Nachricht erscheint uns seltsam, daß wir bis auf weiteres annehmen möchten, der Amtsvorsteher zu Trepow habe die Absichten des Berliner Polizeipräsidiums mißverstanden.

Der Trauring des Baptisten. Weil er von seinem Trauring nicht lassen wollte, wurde, wie das „Berl. Tagbl.“ berichtet, der Soldat der Reserve Gopichy gestern in Kiel kriegsgerichtlich zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt. Gopichy ist Baptist. Der Referent

hatte im Kieler Arrestgebäude einen Tag Mittelarrest zu verbüßen. In üblicher Weise forderte der Aufseher, ein Feldwebel, den Eingelieferten auf, den Tascheneinhalt abzugeben. Gopichy tat dies. Als aber die Forderung an ihn gestellt wurde, auch den Trauring auszuliefern, weigerte sich der Baptist entschieden und erklärte, er sei fräulich getraut, und seine Frau liege krank danieder. Der Feldwebel machte ihn auf die Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam. Der Baptist beharrte auf seiner Weigerung. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung zu 43 Tagen Gefängnis. Höher noch als Religion und Kirche steht selbstberständlich im preussisch-deutschen Militärstaat die heilige militärische Disziplin.

Prof. Dr. Kropatschek, der frühere Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, ist in vergangener Nacht gestorben. Am 11. Februar 1847 zu Rathhausen bei Königsberg i. d. Pr. geboren, studierte er seit 1866 auf der Universität Halle Geschichte und Philologie. 1873 wurde er Lehrer am Gymnasium zu Bismar, 1878 in Brandenburg, 1888 trat er in die Redaktion der „Kreuzzeitung“, deren Chefredakteur er seit 1. April 1896 war. 1879 wurde er für Brandenburg-Westhavelland-Jauch-Bezirk in das preussische Abgeordnetenhaus, 1884 in den Reichstag, dem er bis 1903 angehörte, gewählt.

Fahrkartensteuer. Der Bundesrat hat betreffs der am 1. August in Kraft tretenden Fahrkartensteuer Ausführungsbestimmungen erlassen. Danach gelten zusammenge stellte Fahrtscheine, Buchkarten und ähnliche Fahrausweise, bei denen die einzelnen Scheine über Teilstrecken einer Reise lauten, als eine Fahrkarte. Dasselbe gilt für die Kilometerhefte, Monats- und Zeitkarten, nicht aber für zusammenge stellte Fahrtscheine von Reise-Unternehmern, wenn ihnen die einzelnen Scheine ohne Preisermäßigung von den Eisenbahnen überwiesen sind. Betreffen die zur Fahrt in einer höheren Wagenklasse berechtigten Scheine nur ausländische Strecken, so findet lediglich der Steuerfuß für die niedrigere Wagenklasse Anwendung. Wenn die zu einem Heft, Block oder in sonstiger Weise vereinigten Einzelscheine alle auf dieselbe Strecke lauten, so ist von jedem Schein die Stempelabgabe dann besonders zu entrichten, wenn die Scheine vom Käufer selbst aus der Verbindung gelöst und die einzelnen Scheine ohne Vorzeigung des Umschlages verwendet werden dürfen. Fahrkarten zum halben Preise sind auch dann steuerpflichtig, wenn nur der ganze Fahrpreis 90 Pf. betragen würde. Stempelpflichtig sind also Kinderkarten zu 30 Pf. Zuschlagskarten zu 1 und 2 M. sind nicht stempelpflichtig. Zuschlagskarten, die neben der Eisenbahnfahrkarte gelöst werden, um statt der Eisenbahn das Dampfschiff benutzen zu können oder umgekehrt, werden nicht als Zusch., sondern als stempelpflichtige Hauptkarten angesehen. Es ist unzulässig, an Reisende bei der Abfertigung an Stelle einer Fahrkarte höherer Klasse zwei Fahrkarten niedriger Klassen auszugeben. Vom Stempel befreit sind u. a. Freifahrten und Preisfahrtscheine, Militärfahrtscheine, Schülerkarten, Arbeiterkarten, Beförderungsscheine für Begleiter von Tieren oder Bütern. Zusammenge stellte Fahrtscheine unterliegen der Besteuerung vom 1. August 1906 an auch dann, wenn sie im Ausland ausgegeben werden oder Scheine über Strecken von inländischen nach ausländischen Orten enthalten.

#### Ausland.

##### Frankreich.

#### Zur Lösung des Drehsfußgeheimnisses.

Paris, 28. Juni. (Fig. Ver.)

Der Wert der Verhandlung, die sich jetzt vor dem Kassationshof abspielt, liegt nicht in der Absicht, dem Opfer eines Justizmordes moralische und materielle Genugtuung zuteil werden zu lassen — denn das Schicksal des ehemaligen Hauptmanns hat seit der Wagnadung stark an Interesse verloren und mag vornehmlich als Deduzant nationaler Interessen der jüdischen Bourgeoisie dienen —, sondern in der Aufdeckung der Zustände, die im Generalstab herrschten und unter denen sich — dank dem Zusammenwirken von Schurkerel, Fanatismus und Geisteslosigkeit — die Affäre entwickelt hat, die der Ausgangspunkt einer politischen Krise geworden ist. Der Wert der nunmehrigen Feststellung wird durch die für Moralisten sicher nicht erbauliche Erkenntnis nicht vermindert, daß in diesem Falle der Gerechtigkeit der Sieg nur darum gelungen ist, weil sie zufällig einen Rückhalt an Geldmächten fand. Die Drehsfußaffäre hat den gegen den Militarismus wirkenden Kräften einen solchen Antrieb gegeben, daß ihre Folgen den besonderen Fall des jüdischen Hauptmanns weit überdauern werden. Sie war auch nicht das Werk einer vereinzelt dastehenden, allein aus Kassenhaft angelegten Intrigue, sondern die Frucht eines Systems, das seine Wurzeln im militärischen Kastentum selbst hat. Außergewöhnliche Umstände haben bewirkt, daß diesmal der Schiefer von Dingen gehoben wurde, die sonst profanen Augen streng verborgen gehalten werden, und daß die Bürger das heilige Gut des Kriegsgeheimnisses einmal von innen besehen dürfen. Darum ist der jetzige Prozeß der Aufmerksamkeit durchaus wert.

Es ist nicht nötig, den spitzfindigen Ausführungen, die der Verteidiger, der Staatsanwalt und der Verteidiger machen, in ihre Winkel zu folgen und auf die prozessualen Feinheiten einzugehen, mit denen sie aus den gleichen Voraussetzungen verschiedene Anträge ableiten und identische Anträge verschiedene begründen. Um so interessanter ist es, das wahre Wesen der Vorgänge zu betrachten, die die Drehsfußaffäre in ihren mannigfaltigen Stadien beherrscht haben.

Man weiß heute nicht nur, daß Drehsfuß unschuldig verurteilt worden ist, sondern man kennt auch die verbrecherischen Mittel, die dazu geholfen haben und die Methoden ihrer Anwendung. Zu den Dokumenten, die in Rennes als „Beweise“ gegen den Angeklagten gedient haben, gehört vor allem der berühmte Brief: „Diese Kanaille D. . .“ Der Brief ist echt, aber der Buchstabe D. ist gefälscht! Die Untersuchung, die André auf Betreiben Jaurès hat anstellen lassen, führte zur Auffindung von zwei Abschriften in den Archiven, die den Buchstaben B. statt des D. aufwiesen. Die Fälschung hat der Oberst Henry im Jahre 1886 begangen, zurzeit, da der „Matin“ seine Kampagne für Drehsfuß begann. Anstifter war der Oberst Sandherr, ein halb verrückter Fanatiker, der wohl an die Schuld Drehsfuß“ glaubt hat und darum nicht zögerte — um den Angeklagten nicht einschließen zu lassen —, ein falsches Zeugnis gegen ihn auszuspielen. Es ist auch kein Geheimnis mehr, wer die „Kanaille B.“ gewesen ist. Der Espion war ein rumänischer Offizier, der der hiesigen Gesandtschaft seines Staates zugehört war und die Erlaubnis erteilt hatte, den Artillerieoberjungen, die man damals anstellte, beizuwohnen. Die Rolle dieses Menschen war der Generalstabbelique — vor allem dem General Mercier — nicht unbekannt. Nicht genug damit — General Mercier ist auch für die Vorlegung des geheimen Dokuments verantwortlich, das dem ersten Kriegsgericht ohne Wissen des Angeklagten vorgelegt worden ist. Diesen Geheimnissen, die tatsächlich ohne Bedeutung waren und sich gar nicht auf den Angeklagten bezogen, war ein Kommentar beigelegt: das Wort Du Pathé de Clamart. Mercier war sich der Ungefährlichkeit seines Vorgehens so gut bewußt, daß er hernach alles tat, um die Spuren dieses Aktes zu verwischen, ja daß er sogar den Kommentar vernichten ließ! Der Staatsanwalt Dubouin hat vorgestern erklärt, daß diese Vernichtung eines Gerichtsakts unter demjenigen Paragraphen falle, der Zwangsarbeit verhängt! Nicht besser kommen in der Rede des Staatsanwalts General Gonse, Archivar Gribelin, Oberst Guérin weg, die mit ihren Zeugenaussagen noch in Rennes den Beitrag geleistet haben.

Die Verurteilung in Rennes ist — wie bekannt — namentlich auf Grund des sogenannten Bordereaus erfolgt. Seither hat Esterhazy eingestanden, der Verfasser dieses angeblich zwingenden Verweiskstücks gewesen zu sein. Auch hier war Sandherr der Anführer. Das Bordereau rühmt, wie jeder Fachmann erkennen muß, von keinem Artilleristen her. — Dreyfus gehörte bekanntlich dieser Truppengattung an. — Es enthält aber auch so wertvolle Dokumente, daß ihre Auslieferung gar keinen Hochverrat darstellt. Nicht anders verhält es sich mit dem sogen. „geheimen Dossier“, das den Richtern in Rennes vorgelegt wurde und das angeblich Dokumente enthalten haben soll, deren Bekanntwerden das Land in die schrecklichsten Gefahren stürzen konnte. Außer dem erwähnten Briefe: „Diese Kanaille . . .“ enthält es aber nur wertlose Stücke, die ebenfalls auf den Angeklagten keinerlei Bezug hatten und nur mittels frecher Fälschungen für ihren Zweck präpariert worden waren. Ueber das Ganze war auf Anordnung des Generals Villot ein Bericht gemacht worden. Redigiert hat ihn der Schwiegerjohn Villots, Wattinne, unterzeichnet hat ihn General Goussé, geprüft und mit dem Bismarck versehen hat ihn General Boisdeffre. Mitarbeiter war Oberst Henry. Dieser Bericht nun war aus dem Kriegsministerium verschwinden! Das Ministerium erfuhr jedoch, daß sich ein Exemplar — vielleicht das Original — im Besitze des Generals Villot befände. Nicht ohne Mühe wurde dieser dazu gebracht, das Dokument, das er als sein „Privateigentum“ ansprach, herauszugeben. Also: alle die genannten militärischen Chefs — und mit ihnen noch viele andere hier nicht genannte — haben schwere Verbrechen begangen, um Dreyfus' Verurteilung zu sichern.

Nun bleibt allerdings noch die Frage nach den Motiven dieses Vorgehens. Der Vetter der Herzogin und der antisemitischen Offiziere, zum ersten Male einen Juden im Generalstab zu sehen, reichte doch schwerlich zur Erklärung aus. Vermutlich hat die Furcht mancher Offiziere vor der Spürnasе des von ihnen gesellschaftlich vogelfreierten stark mitgespielt. Daß im Generalstab manch anderer Winkel zu finden war, unterliegt keinem Zweifel. Hinter der unentwärtbaren Buchhaltung des Archivars Gribelin scheinen allerlei dunkle Geschäfte versteckt zu sein. Man hat den Eindruck, daß von manchen Offizieren des Generalstabs ein schamloser Exporthandel mit militärischen Dokumenten getrieben wurde, für den der Titel der „Konterespionage“ auf alle Fälle Deckung bot. Man braucht dabei nicht gleich Hochverrat anzunehmen. In der Espionage lassen sich auch Geheimnisse minderer Qualität und oft bedeutungslose Indiskretionen zu Geld machen. Andererseits lassen sich auch für die Konterespionage Gespen ohne eigentliche Kontrolle verrechnen! — Wie sich nun mit der Angst der in diesem Punkte schuldigen Offiziere der Reib anderer, der blinde Massenhaß, das Vorurteil und allgemeine politische Interessen verbunden haben, um den Hauptmann Dreyfus ins Verderben zu stürzen, das wird im einzelnen wohl niemals aufgedeckt werden können. —

### Amerika.

Auf den Philippinen brechen fortgesetzt Unruhen gegen die Amerikaner aus. Einzelne Stämme im Innern der Insel bekämpfen die Eindringlinge, indem sie Raubzüge und Überfälle wagen und sich schnell wieder in unzugängliche Gegenden zurückziehen, sobald die Amerikaner die Verfolgung aufnehmen. Am meisten gefährdet sind die sehr kriegerischen und wilden Moros, der Schwärmer der Slanges.

Nun finden bald die Wahlen für die erste Philippinen-Legislatur statt, durch die ein parlamentarisches Regiment auf den Inseln eingeführt wird. Die politischen Parteien der Philippinos haben einen regen Wahlkampf eingeleitet. Die einen sehen auf Seiten der Amerikaner, die anderen streben nach unbedingter Unabhängigkeit. Dann sind noch die „Gemäßigten“, da zu denen viele Kaufleute und Professionsisten gehören. Die Wahlfrage wird von allen Führern der Einheimischen lebhaft erörtert. Die Amerikaner wünschen nämlich ein Verbot gegen die Veranstaltung von Wahnkämpfen, die auf den Philippinen sehr beliebt sind. — Die wichtigsten Postfragen dagegen werden in den Hintergrund gedrängt; in den Vereinigten Staaten ist man sehr ungenet und nur bedingungsweise zu einem Entgegenkommen in der Zollpolitik bereit. —

## Gewerkchaftliches.

Die Kellner der landwirtschaftlichen Ausstellung haben nicht nur durch den „Vorwärts“ ihren „natürlichen“ Schutz gefunden, wie der „Deutschen Tageszeitung“ zur — Veruhigung mitgeteilt werden kann, sondern es gab noch eine andere Instanz, welche sich berufen fühlte, sich der schamlos Ausgebeuteten anzuschließen, und diese war — der Verband Deutscher Gastwirtsgehülfen.

Der Verband hatte es ermöglicht, kurz nach Eröffnung der Ausstellung die daselbst beschäftigten Kollegen zu einer nichtöffentlichen Nachversammlung zusammen zu rufen, welche von circa 100 Personen besucht war und in der sich etwa die Hälfte der Anwesenden sofort dem Verbande Deutscher Gastwirtsgehülfen anschloß, weitere Anmeldungen sind in den nächsten Tagen noch zahlreich genug eingelaufen.

Was sagt nun die „Deutsche Tageszeitung“ dazu, daß ein sehr, sehr großer Teil der jedenfalls „konservativen“ Ausstellungsbesucher von Anhängern und Mitgliedern des „roten“ Verbandes der Gastwirtsgehülfen bedient worden ist? — Schauderhafter Gedanke!

Doch es ist hier wie überall: die Vertreter des Verbandes hätten unter den sonst schwer zugänglichen Kellnern einen so bedeutenden Erfolg gar nicht erzielen können, wenn nicht die Unzufriedenheit einen Höhepunkt erreicht hätte, den sie nur durch das im „Vorwärts“ treffend geschilderte Ausbeutungssystem erreichen konnte und erreichen mußte.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrung der Buchbinder.

Die ausgesperrten Buchbinder und Buchbinderarbeitsfrauen hatten sich am Freitag vormittag wiederum zahlreich im Gewerkschaftshause versammelt. Ueber den Stand des Kampfes berichtete Klaz. Im Ausnahmefall befinden sich jetzt noch 257 verheiratete Gehülfen und 157 Ledige, 41 Arbeiterinnen mit eigenem Haushalt und 305 Ledige, also im ganzen 850 Personen. Die Zahl der Ausständigen hat sich seit Beginn des Kampfes bedeutend vermindert und vermindert sich fortwährend, nicht etwa, weil Ausständige abtrünnig geworden wären, sondern weil in vom Ausnahmefall betroffenen Betrieben immer mehr Arbeitskräfte verlangt werden. Die Ausständigen halten ausgezeichnet zusammen, obwohl sich die Unternehmer alle mögliche Mühe geben, sie zum Verrat an ihren Kampfgenossen zu verleiten. Werksführer kommen den ausständigen Buchbindern ins Haus gelassen, suchen auf die Frauen einzuwirken und ihnen einzureden, die Familie würde Hungers sterben, wenn der Mann nicht sofort die Arbeit wieder aufnimmt. Gelingt es wirklich einmal, einen einzigen auf diese Weise abtrünnig zu machen, so tut man, als wären ein Duzend Streikbrecher eingeschlagen worden. Oft sind freilich die Frauen ebenso oder noch besser als ihre Männer. So wies kürzlich eine Buchbinderfrau dem Werksführer die Tür mit den Worten: „Ich leide es nicht, daß mein Mann an seinen Kollegen zum Lumpen wird.“ Während einige Firmen die Ausständigen persönlich in ihren Wohnungen belästigen, schicken

andere ihnen Briefe ins Haus. Aber das eine ist so erfolglos wie das andere. Die Hoffnung, die die Unternehmer jetzt wieder auf den bevorstehenden Mietstag setzen, wird natürlich wieder ebenso gescheitert werden wie am 1. Juni. Die Organisation hat bereits für einen außerordentlichen Mietzustufung gesorgt. Wie sehr es den Unternehmern jetzt an brauchbaren Arbeitskräften mangelt, geht auch daraus hervor, daß Kleinmeister, Innungsmeister, in den Betrieben ihrer großen Konkurrenten arbeiten, um diese aus der Patsche zu helfen. Große Verlagshandlungen empfinden die Verluste, die ihnen durch die Aussperrung, welche, ohne daß man sie gestagt hätte, durchgeführt worden ist, recht bitter. Einige Verlagsfirmen haben ihre Arbeiten schon an andere, an der Aussperrung nicht beteiligte Firmen übertragen. Ist auch für den Verlagsbuchhandel die Hauptkrisis noch nicht eingetreten, so wird doch eine große Menge Artikel Literatur gedruckt, die noch im Laufe des Sommers abgesetzt werden soll. — Bedenkt man, mit welchen Mitteln die Unternehmer kämpfen und wie rührend die Polizei sich ihrer annimmt, so ist die Ausdauer der Ausständigen um so bewundernswerter. Ueber das Verhalten der Polizei wurden in der Versammlung wiederum verschiedene Mitteilungen gemacht. So wurde berichtet, daß in der Ribbichstraße zwei Streikende in einer Wirtschaft verhaftet wurden, weil sie eine arbeitswillige Frau angesehen hätten. Aber diese Frau und ihr Ehemann hatten die Streikenden beleidigt. „Sie“ hatte den Vorkauf gefordert, die Streikenden aus dem Lokal zu weisen, und der Ehemann hatte gedroht, ihnen „den Dadel voll zu hauen“. Man forderte den Schuhmann Nr. 1069 auf, den Namen der Frau festzustellen; das tat er jedoch nicht. Dagegen mußten die Streikenden wegen des „Ansehens“ der Frau mit zur Kasse. Das geschah am Dienstag. Am folgenden Tage erschienen die Streikenden in der Pöppigerstraße den Schuhmann Nr. 2798, den Namen jener Person festzustellen. Er schien auch gewillt dazu. Da kam ein Buchhalter der Firma Lüderich u. Bauer dazu und sagte zu dem Schuhmann: „Das sind Streikende.“ Diese Worte genügten, daß der Schuhmann nunmehr die Feststellung des Namens absahnte und statt dessen die Streikenden zur Kasse brachte. Hier erfuhren sie dann allerdings auch den Namen der Dame, die sie beleidigt hatte. In Ribbichstraße folgte ein Streikender, durchaus nicht auffällig, einer jugendlichen Arbeitswilligen, um zu sehen, wo sie wohnte, und dann mit ihren Eltern Rücksprache zu nehmen. Da kam der Vater mit einem Schuhmann, behauptete feist und fest, seine Tochter wäre belästigt worden, und obwohl der Streikende kein Wort zu ihr gesprochen hatte, wurde er verhaftet. — Die Streikleitung hat über die verschiedenen polizeilichen Verhaftungen und grundlosen Verhaftungen von Streikposten eine Besonderebeschrift an das Polizeipräsidium gefandt; eine Antwort ist bis jetzt nicht eingetroffen.

Der ganze Verlauf der gestrigen Versammlung bewies, daß der Kampfesmut der Ausständigen in keiner Weise nachgelassen hat. Heiterkeit erregte es, als ein Diskussionsredner mitteilte, daß eine große Firma 14 Streikbrecher entlassen mußte, weil ihr Auftraggeber den erbärmlichen Paß, den diese Leute zusammengebaut hatten, nicht abnehmen wollte.

Die Aussperrung der Unterstüftung findet heute, Sonnabend, vormittags von 1/11 Uhr ab, in den Streiklokalen statt.

#### Zur Aussperrung im Lithographiegewerbe.

Die Situation am Schlusse der vierten Aussperrungswoche ist noch unverändert. Die Gehülfenschaft steht nach wie vor fest wie ein Mann. Sie wird alle Hoffnungen, die die Unternehmer in den Quartalswechsel setzen, ebenso gescheitert werden lassen, wie die Erwartungen, die in die gerichtliche Verfügung und alle anderen gegen die kämpfende Gehülfenschaft geschmiedeten Pläne gesetzt worden sind. Auch die Mietzahlung, die der Quartalswechsel mit sich bringt, wird keinen Aussperrten beanstanden können, denn wehrmütig zu Kreuze zu kriechen und den übrigen in den Rücken zu fallen.

Tenen, die sich in einer gewissen Rollage befinden, wird durch Gewährung von Darlehen die Mietzahlung erleichtert. Der bisher geringe Ertrag der Berliner Sammlung berührt den Kauf der Bewegung schon um deswillen nicht, als ja die Sammlungen sich über ganz Deutschland erstrecken und von circa 400 Gewerkschaftsvereinen ausgeschrieben sind. Trotzdem wäre es sehr erwünscht, wenn sich auch die Berliner Arbeiterschaft etwas reger an den Sammlungen für die ausgesperrten Lithographen und Stein-drucker, die anderen im Kampf stehenden Verufen gegenüber immer weitgehendere Solidarität und regsten Sammeleifer bewiesen haben, beteiligen möchte.

Wenn die Unternehmer gesehen haben, daß auch der Quartalswechsel den guten Geist der Zusammengehörigkeit und die Siegeszuversicht in keiner Weise zu brechen vermochte, dann müssen sie sich zum Entgegenkommen und zur Nachgiebigkeit veranlaßt sehen, denn verschiedenen brennt das Feuer schon unter den Nägeln. Der Leistungen einiger größerer Anstalten hat sich schon eine starke Persönlichkeit bemächtigt, da alle ihre Bemühungen, Auflagen in Lohnbruderen gemacht zu erhalten, fehl geschlagen sind. Nur in vier derartigen Betrieben, und zwar bei Borrich u. Comp., Schäfer, Kühn u. Kahler und Hallwachs u. Kumm, sind 8 Schnellpressen im Gange, die fast durchweg von den betreffenden Prinzipalen selbst bedient werden. Kein organisierter Gehülfe leistet Streikarbeit!

Ein 40 Kolloseiten mit je zwei Spalten umfassendes enggedrucktes Verzeichnis der Aussperrten, das der Schutzverband als „schwarze Liste“ herausgegeben hat, ging uns von einem Prinzipal zu, der nicht aussperrte. Wenn alle darin genannten Gehülfen kändig auf den Indeg gesetzt sein sollten, dann würde wohl manche Druckerei bald Pleite gemacht haben, denn die Prinzipale selbst sind doch schließlich die schwere Gehülfenarbeit nicht so gewöhnt, um so und so viele Gehülfen selbst erleben zu können.

Die Sache der Gehülfenschaft steht also vorzüglich. Die Arbeiterchaft wird ebenfalls mehr als bisher ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Die Aussperrten können also ebenso unverzagt und unverächtlich dem Kommenden entgegengehen wie bisher, auch wenn die Aussperrung noch einmal so lange dauern sollte, wie sie schon gedauert hat.

In den Mieswerken zu Ober-Schöneweide ist die vor einigen Wochen in Aussicht gestellte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen jetzt zur Einführung gelangt. Im Mai kam es zu Differenzen bei der Firma, die durch Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Metallindustriellen unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Vorfig dahin geregelt wurden, daß sich die Direktion der Mieswerke verpflichtete, innerhalb vier Wochen die gewünschten Aufbesserungen vorzunehmen. Das ist jetzt geschehen. Die circa 275 in Frage kommenden Lohnarbeiter erhalten eine so fortige Zulage von 7 1/2 Prozent, die vom 1. Januar kommenden Jahres ab um weitere 2 1/2 Prozent erhöht werden soll. Auch wurde die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt. Außerdem sind noch einige andere Forderungen des Arbeiterausschusses bewilligt worden. Damit hat die Firma ihr feierlich gegebenes Versprechen erfüllt; die Angelegenheit ist also zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt, was auch am Donnerstag in einer vollständig besuchten Versammlung konstatiert wurde.

#### Zur Lohnbewegung der Feilseuregehülfen.

Jurzeit liegen 600 Bewilligungen vor. Bei den in Betracht kommenden Meistern arbeiten 620 Gehülfen mit der Kontrollkarte (weil mit rotem Rand und der Unterschrift Paul Viere). Die in Köpenick getroffenen Vereinbarungen sind heute von sämtlichen Arbeitgebern zurückgezogen worden. Damit treten die Gehülfen dort in eine Lohnbewegung ein, welche sich auf die Nachbarorte ausdehnen wird.

Die Innung, unter Führung des Herrn Obermeisters Leopold, Adalbertstr. 21, verfenket im vorigen Bezirk folgendes Zirkular: Barbier-, Feilseur- und Verdrümmmacher-Innung. Obermeister: H. Leopold, Adalbertstr. 21.

Ich Understüftungsbereiter erkläre hiermit, daß ich zum . . . . . Mitglied der Barbier-, Feilseur- und Verdrümmmacher . . . . .

Innung werden will und die von der genannten Innung festgesetzten Minimalpreise (Kasieren 15, Haarschneiden 35 Pf. usw.) in meinem Geschäft eingehalten sowie für mich bindend anerkenne.

Ich verpflichte mich außerdem, Klatsche über Gehülfenbewilligungen usw., soweit sie nicht von Seiten der Innung ausgehen, weder innerhalb noch außerhalb des Geschäftes auszusprechen.

Berlin, den . . . . . (Name) . . . . . (Wohnung) . . . . .

(Dieser Verpflichtungsbchein ist dem Innungsvorstande zur Aufbewahrung zu übergeben.)

Dieses Schriftstück beweist am besten, mit welcher Hartnäckigkeit die Arbeitgeber die Forderungen der Gehülfen, insbesondere das Verlangen nach Beseitigung des Logis, bekämpfen.

Arbeiter-, Parteigenossen! Auf unseren Antrag beschloß der Aktionsausschuss und die Berliner Gewerkschaftskommission den Votum über diejenigen Geschäfte, welche die Forderungen nicht bewilligen. Macht Euch diesen Beschluß zu eigen.

Die Geschäfte, welche bewilligt haben, sind kenntlich durch weiße Klatsche mit rotem Rand und Schrift.

Verband der Feilseuregehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte.

Achtung, Arbeiter. Gesperrt sind die Bouten: Straße 20a Nr. 13 und 14. Unternehmer Anof, Petersburgerstr. 18. Kamerunstraße 12, Ede Logofstraße. Unternehmer Massen, Ribdorf, Voddinstraße 48, Unternehmer Wald, Ribdorf, Jonaststraße 33, Unternehmer Grund. — Aufgehoben ist die Sperre: Bau Schiedelbeimerstraße 20. Unternehmer Kunze und Bau Straße 16, Ede Seestraße, Unternehmer Ribsch. Ueber letzteren Bau war die Sperre verhängt, weil den Kontrollkarten der Zutritt und die Kontrolle in scharfer Weise verweigert worden war.

Die Achtzehner-Kommission.

Die von der Achtzehner-Kommission verhängte Sperre über den Bau Reillich, Unternehmer Ribsch, Straße 16, an der Seestraße, ist für unsere Mitglieder aufgehoben, da wir durch unsere Kontrolle als auch Vorgehung der Wochenzettel und Übergang haben, daß die Tarifpreise gezahlt werden.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer Berlins und Umgegend.

### Deutsches Reich.

#### „Christlich“ organisierte Streikbrecher.

Die Former und Gießerarbeiten der Firma Wengen in Rülheim a. Rhein streiken seit acht Wochen. Der „christliche“ Metallarbeiter-Verband liefert dem Unternehmer Arbeitswillige, die er aus verschiedenen Gegenden Rheinland-Westfalens zusammenkrummt. Darüber liegen urkundliche Beweise vor.

In Aachen mußten die Bauarbeiter ihren Streik an den Bouten der Firma Vertling aufgeben, weil der „christliche“ Bauhandwerker-Verband für Erjaz der Streikenden durch Arbeitswillige sorgte.

Die Bürstenmacher streiken in Köln bei den drei Firmen: Maus, Lucas und Lappermann. Die Polizei verhindert das Streikpostenstehen, indem sie den Ausständigen den Aufenthalt in den Straßen verbietet.

Weil sie keine Lohndrücker sein wollen haben siebzug Kroatien Arbeiter der Firma Wlach in Euskirchen, die in den Eiselorten Neherich, Roggenborn und Strumpt eine Wasserleitung bauen sollten, plötzlich die Arbeit eingestellt. Sie sahen sich den einheimischen Arbeitern gegenüber durch geringeren Lohn benachteiligt.

Die Samtweber in Arefeld sind in eine Lohnbewegung eingetreten; ihre Löhne sind seit dem großen Samtweberstreik im Jahre 1889 ganz gewaltig reduziert worden. Die Forderungen gehen jetzt dahin, das frühere Verhältnis wieder herzustellen. Dem Webern wurde damals ein sogenannter Ergänzungslohn von 10 Pf. pro Meter zugesprochen, welcher aber von den Unternehmern ganz oder teilweise im Laufe der Jahre wieder abgezogen wurde. Diese 10 Pf. fordern die Weber in erster Linie, dann fordern sie weiter Entschädigung für geleistete Nebenarbeiten und eine Erhöhung des Meterlohnes auf Doppelwulstweblöhne um 13 1/2 Proz. Die Fabrikanten kürzten sofort nach Einführung des Doppelspinnsystems den Lohn um 1/3, sie stellten sich auf den Standpunkt, daß ein fleißiger Weber um 1/3 mehr Samt fabrizieren könne. Da der auf diese Weise hergestellte Samt um keinen Pfennig billiger verkauft wurde, so machten die Samtbarone ein gutes Geschäft. Von den Webern wurde bestritten, daß die Produktion auf einem Stuhle sich um 1/3 vermehre, sie wollten sich deshalb nur einen Lohnabzug von 20 Proz. gefallen lassen. Wegen des Arbeiterüberangebots konnte man damals mit der Forderung nicht durchdringen, jetzt aber, wo Arbeitermangel herrscht und sich ein wahrer Goldregen über die Textilbranche ergießt, erheben die Weber die Forderung: Erhöhung der Meterlöhne um 13 1/2 Proz. Die Unternehmer haben sich bis jetzt noch ablehnend verhalten, sie wollen wohl die kleineren Nebenforderungen bewilligen, von einer Lohnerhöhung wollen sie nichts wissen. Der Fabrikantenverband stellt sich auf den Standpunkt, daß es bei der damaligen Lohnreduzierung um 33 1/2 Proz. bleiben müsse. Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Fabrikanten sind zwar noch nicht abgedrochen, doch scheint es, als ob die ersteren, wenn sie die Forderungen durchsetzen wollen, zum letzten Mittel, zur Arbeits einstellen, greifen müssen.

### Ausland.

Trambahnerstreik in Rom. Rom, 20. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gegenüber geringfügigen Zugeständnissen der Tramgesellschaft beschloßen die Trambahner heute nacht fast einstimmig den Streik. Die Solidarität ist vollkommen. Von Schutzleuten geführt, zirkulieren wenige Wagen ohne Glascheiben. Viel Militärbedeckung ist aufgeboden. Der Verkehr dieser Wagen wird als Provokation getadelt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Durch Blitzschlag zerstörte Kirche.

Brandenburg a. H., 20. Juni. (B. Z. W.) Bei einem schweren Gewitter fuhr heute der Blitz in den Kirchturm von Wogow im Kreise Westhavelland. Der Turm und die Kirche wurden vollständig eingeschert.

### Schmiedestreik in Posen.

Posen, 20. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine heute stattgehabte Versammlung der Schmiede hat den Streik beschloßen.

### Kachwehen vom Spremberger Eisenbahnunglück.

Leipzig, 20. Juni. (B. Z. W.) Das Reichsgericht hat die Revision des Stationsassistenten Stulligs und des Weichenstellers Schmidt, die am 23. Dezember v. J. vom Landgericht Cottbus wegen Verschuldens des Eisenbahnunglücks bei Spremberg, ersterer zu 1 Jahr und 4 Monaten, letzterer zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden sind, verworfen.

### Eine Kaiserinzel?

Petersburg, 20. Juni. (B. Z. W.) Die kaiserliche Befehle hat beschloßen, in der Nähe von Petersburg Ländereien zur Errichtung von Beseitigungen anzukaufen, um Petersburg gegen einen Angriff zur See zu sichern. Auf Befehl des Zaren hat man ein Terrain von 240 Acres bei dem Dorfe Draniensbaum gegenüber von Kronstadt, 5 Kilometer von Peterhof gelegen, zu diesem Zwecke angekauft.

Der Gewaltstreik gegen die Remscheider Ortskrankenkasse vor Gericht.

Unsere Leser entsinnen sich aus der Mitteilung im „Vorwärts“ vom 6. und 11. Februar d. J. und aus den im Reichstage gepflogenen Verhandlungen, daß am 1. Februar der freisinnige Oberbürgermeister der Stadt Remscheid formell und materiell rechtswidrig den Vorstand der Remscheider Ortskrankenkasse seines Amtes entsetzte. Die „Freisinnige Zeitung“, damals noch auf Wunsch des Abgeordneten Richter „Freie Deutsche Presse“ genannt, damit die Zeitungsvorstellung nicht ihm zur Last gelegt werden, behaupteten, es sei durch den Oberbürgermeister amtlich die schlimmste Korruption dort festgestellt usw. Das unter falschem Namen folgende Leitende Mitglied der „Freisinnigen Zeitung“ lud seinen Untertan auch in freisinnigen, nationalliberalen, ultramontanen und selbstredend auch in konservativen Blättern ab. Die schamlossten zwecks Vereitelung der Selbstverwaltung und zwecks Unterdrückung organisatorischen Vorgehens kontraktbrüchiger Verträge ausgeübten Verdrängungen wurden bereitwillig aufgenommen. Die Remscheider Kassensmitglieder — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — widerlegten Punkt für Punkt der von der bürgerlichen Presse kopierten Unwahrheiten. Die „Freisinnige Zeitung“ verblieb trotzdem bei ihren Anschlüssen. Im Reichstage spendete gar der freisinnige Abgeordnete Eichhoff am 8. Februar dem Remscheider Oberbürgermeister für seinen Eingriff in die Selbstverwaltung beglückwünschte Lobprüche. Auch im Reichstage wurde Punkt für Punkt der von dem Oberbürgermeister ausgesprochenen, von der bürgerlichen Presse nachgebeteten „Entwässerungen“ über die „Mißwirtschaft“ der „sozialdemokratisch geleiteten“ Kasse widerlegt. Die bürgerliche Presse verblieb bei ihren schamlosen Lügen; nur vereinzelte bürgerliche Organe verwiesen darauf, daß die Gerichtsverhandlungen ja die Wahrheit enthüllen würden.

Kun hat am 27. d. Mis. die Oberfelder Strafammer in erster Instanz ihr Urteil über die schwerste Verschuldigung des Bürgermeisters gesprochen: Es lautet vernichtend gegen den von Herrn Eichhoff in Schutz genommenen Arzt und gegen den Oberbürgermeister. Dieser hat eine Niederlage erlitten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Als das schlimmste Vergehen hatte der Oberbürgermeister in Nr. 5 seiner denkwürdigen Amtsenthebungsbekanntmachung behauptet: „Zum Vorteil des Verwandten eines Vorstandsmitgliedes ist dieser Verwandte auf Kosten der Kasse sowohl über die statutenmäßige Zeit hinaus laienärztlich behandelt und mit Heilmitteln der Kasse versehen worden, als auch noch vom 2. Januar bis 18. Februar 1906 im hiesigen städtischen Krankenhaus unrechtmäßig auf Kosten der Kasse behandelt und versorgt worden.“

Wegen dieser rechtswidrigen Verwendung von Kassengeldern zum Nutzen des Verwandten eines Vorstandsmitgliedes ist die Einleitung des Strafverfahrens wegen Untreue in Gemäßheit des § 43 des Krankenversicherungsgesetzes, unabhängig von der inzwischen erforderlichen und erfolgten Rückzahlung des Betrages an die Kasse, beantragt worden.

Ueber diesen Punkt ist in Oberfeld am 27. d. Mis. verhandelt. Bereits in der Voruntersuchung mußte die Anklage gegen den Vorstehenden der Kasse fallen gelassen werden. Es kam zu einer Anklage gegen das ehemalige Vorstandsmitglied Zeil und gegen den Rentanten Köttger. Beider völlige Schuldlosigkeit wurde erwiesen. Der Sachverhalt war genau der von uns bereits am 11. Februar mitgeteilte. Neu war, daß sich herausstellte, daß Dr. Weinert der Demunziant war. Aus den Verhandlungen sei einiges hervorgehoben.

Inhalt der Anklage. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie veranlaßt hätten, daß zum Vorteil eines Verwandten des Angeklagten Herd Zeil Kassengelder rechtswidrig verwendet worden waren. Im Jahre 1904 soll Zeil den Kassensarzt Weinert angehalten haben, seinen Reffen nach Ablauf der statutenmäßigen Unterstützungsdauer noch weiter zu verbinden. Hierbei sollen Verbandmaterialien der Kasse verbraucht worden sein. Ferner soll der Patient vom 2. Januar bis 18. Februar unrechtmäßig auf Kosten der Kasse im hiesigen städtischen Krankenhaus behandelt und versorgt worden sein. Der Rentant hatte hierzu den Garantieschein an das Krankenhaus ausgestellt.

Aussagen der Verdächtigten. Angeklagter Zeil: Ich gebe zu, daß mein Reffe auch nach Ablauf der Unterstützungsdauer von den Herren Dr. med. Stier und Weinert verbunden wurde. Unter dem System der beamteten Kassensärzte wurden die Kranken auch nach Ablauf der Unterstützungsdauer von den Ärzten behandelt, wie dieses in Hunderten von Fällen nachzuweisen ist. Es war den Ärzten aber verboten, für diese Patienten Arznei und Heilmittel zu verordnen. Wenn nun Verbandstoffe der Kasse von den beiden Ärzten bei der Behandlung meines Reffen gebraucht worden sind, so ist dieses gegen meinen Willen geschehen; ich wußte, daß mein Reffe selbst Verbandstoffe besaß. Bezüglich der Behandlung im Krankenhaus sprach ich vorher privatim mit Köttger und erzählte ihm, daß mein Reffe wieder ins Krankenhaus gehen müsse. Da aber die Pflegekosten im voraus zu zahlen seien, mußte ich mich an die Armenverwaltung wenden. Köttger erklärte, wenn ich mich verpflichte, die Kosten halbwegs zurückzuerstatten, sei dieses nicht nötig. Er wolle dann die Behandlung auf Kosten der Kasse übernehmen. Ich habe dann am 5. März Herrn Köttger die Pflegekosten in Höhe von 78 M. gezahlt.

Aussagen der Verdächtigten. Angeklagter Köttger bestätigt im wesentlichen die Ausführungen des Mitangeklagten Zeil und erklärt auf Befragen des Vorstehenden: Die monatlichen Rechnungen des Krankenhauses erhalten wir am Schlusse des nächsten Monats. Dieselben werden dann erst geprüft und nach kurzer Zeit bezahlt. Noch bevor die Rechnung beglichen worden, war das Geld von Zeil eingezahlt. Ich buchte den Betrag nicht sofort, weil es mir klar wurde, daß ich nicht ganz korrekt verfahren hätte, und legte das Geld zu den unangeführten Beiträgen, die am Jahreschlusse in Einmache gestellt werden, um es mit diesen zu buchen. Zeil war zweifellos in der Lage, die Kosten zu decken. Keineswegs habe ich unter dem Druck des Vorstandes gestanden.

Aussagen der Verdächtigten. Dr. med. Stier hat den Reffen mehrmals verbunden und schätzte den Wert der verbrauchten Verbandstoffe auf zwei Mark, weit aber von dem an der Kasse vorgenommenen Unregelmäßigkeiten nichts.

Zeuge prokt. Arzt Paul Weinert (welcher die Sache bei der Regierung demunzierte): Ich hatte mit dem Vorstand Differenzen und bin auch zeitweise mit meinen Verurteilten in Streit geraten. Im Kassensaal wurde ich von Seiten Köttger und Zeil angehalten, den Reffen von Zeil zu behandeln. Ich wußte, daß die Unterstützungsdauer abgelaufen war. Später habe ich mit Köttger wegen der Verbandstoffe gesprochen, welcher mir sagte, ich solle die Sachen der Kasse gebrauchen, dieselben mögen wohl einen Wert von 4 bis 6 Mark beitragen haben. Verteidiger Rechtsanwältin Schweiger: Wie kam es, daß Sie in diesem einzelnen Falle anfragten? Ihnen hielt es doch sonst so genau nicht. Sie haben doch in einer ganzen Reihe von Fällen für Ihre Privatpatienten die Verbandstoffe der Kasse gebraucht, ohne sich hierüber Bewilligungen zu machen. — Zeuge: Ich tat dies wegen der Revision, welcher die Arznei- und Heilmittelkosten unterworfen waren. — Verteidiger Rechtsanwältin Lande: Sie durften doch die Verbandmaterialien der Kasse nicht verwenden, auch wenn Köttger Ihnen das sagte. — Zeuge: Es kam mir

selbst nicht so vor, daß ich etwas Unrechtes tat. — Verteidiger Rechtsanwältin Lande: Haben Sie denn niemals dem Koch gesagt, er solle sich Verbandstoffe mitbringen? Dieses war doch naheliegend, da Sie doch keine Sachen von der Kasse brauchen durften. — Zeuge: Nein.

Leumundzeugnisse über Dr. Weinert.

Dr. Mitter: Weinert hat die Stellung an der Kasse mitgebracht, entweder lag er im Krankenhaus oder zu Hause und hat gehalten. Weinert ist ein Mensch von geringem Nichtigkeitsgefühl, denn er hat sich den Pflichten der Kasse gegenüber entzogen. Eine Zeitsangefahrt er den Doktorstuhl, bis es herauskam, daß er denselben nicht besaß. Vor dem Ehrengerichtshof in Berlin hat er wissentlich die Unwahrheit gesagt. Den Vorstand habe er gequält, daß er einen langfristigen Vertrag erhalten habe, und einige Wochen später habe er die Sprengung des Systems der beamteten Ärzte inszeniert. Im übrigen halte er Weinert für eine Person, die es mit der Wahrheit nicht genau nehme.

Demgegenüber sagt Dr. Hillar aus, daß er Weinert als einen wahrheitsliebenden Kollegen kenne. Rechtsanwältin Lande beantragt, den Zeugen Weinert nicht zu vereidigen, weil er mitschuldig sei. Das Gericht beschließt demgemäß.

Der Staatsanwalt beantragt, Zeil freizusprechen und Köttger zu zwei Tagen Gefängnis zu verurteilen. Beide Verteidiger beantragen Freisprechung und die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last zu legen.

Nach langer Beratung kommt das Gericht zu der Ansicht, daß beide Angeklagten sich der Untreue nicht schuldig gemacht haben. Weil aber Köttger den Kassensarzt Weinert dazu bestimmt hat, weiter Verbandstoffe bei Koch zu gebrauchen, habe er sich der Anstiftung zur Unterschlagung schuldig gemacht, jedoch bei dem ganz geringen Wert der Sache sei eine geringe Geldstrafe als ausreichend zu erachten gewesen und wird Köttger in eine Geldstrafe von 20 M. genommen. Der Angeklagte Zeil wird freigesprochen und die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Vorausichtlich wird jetzt gegen Dr. Weinert Anklage wegen Unterschlagung erhoben.

Aus der Partei.

Zur Frage des Waffenstreiks. Auf den Wunsch der Generalkommission hin wurde der Abdruck der Erklärungen der Generalkommission und des Parteivorstandes bis morgen verschoben.

Erklärung.

In der am Sonntag, den 24. d. M., stattgefundenen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat der Genosse Cohen nach dem Bericht des „Vorwärts“ u. a. folgendes ausgeführt:

Die 80 000 M., die den Kassaesparnissen von der Partei gewährt wurden, seien durchaus nicht so „ohne weiteres“ und „stillschweigend“ hergegeben worden. Bis zum 11. Mai waren überhaupt noch keine Gelder von der Partei eingegangen. Da aber bereits in der Presse stand, daß die Partei Geld geben wolle, so wurden die Ausgesparten eben ungeduldig und verlangten nun auch endlich den Draht. Da gab es denn die ersten 40 000 M., wobei aber gleich gesagt wurde, daß man sich „einrichten“ möge! Die zweite Rate von 30 000 M. hat man aber „erst nach einigen Klimmzügen“ erhalten. Damit sollte Schluss sein. Schließlich habe man noch 10 000 M. als letzte Rate losgemacht, und damit war die Herrlichkeit zu Ende. Also nicht 100 000 M., wie anfänglich in Aussicht gestellt, habe die Partei „bereitwillig“ und „stillschweigend“ gegeben, sondern nur 80 000 M. und die auch erst nach verschiedenem Hin und Her.

Mehreren Anregungen folgend, wollen wir hierzu erklären, daß wir für die Berliner Kassaesparnisse bisher eine Unterschlagung im Betrage von 90 000 M. bewilligt haben. Die Rechnung Cohens stimmt deshalb nicht mit der unsrigen überein, weil nicht mit der „losgemachten“ dritten Rate „die Herrlichkeit zu Ende“ war, sondern von uns anstandslos auch noch eine vierte Rate im Betrage von 10 000 M. bewilligt und bereits am 15. Juni dem Genossen Köstgen ausgehändigt wurde.

Der Genosse Köstgen, mit dem wir alle diesbezüglichen Verhandlungen geführt haben, hat uns auf Anfrage auch bestätigt, daß seine Anträge von uns glatt erledigt wurden, so daß durchaus nicht behauptet werden kann, das Geld sei „erst nach einigen Klimmzügen“ oder „erst nach verschiedenem Hin und Her“ gegeben worden.

Vor dem 11. Mai konnten wir schon deshalb keine Gelder abführen, weil erst am 11. Mai durch Schreiben der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes der erste Unterstützungsantrag bei uns einlief. Vielleicht kann sich auch der Genosse Cohen dessen noch erinnern; denn das Schreiben trägt seine eigene Unterschrift.

Berlin, 29. Juni 1906.

Der Parteivorstand.

Genosse Cohen sendet uns zu der Erklärung der Prehkommision eine längere Aufschrift, aus der wir mitteilen, daß Genosse Cohen erklärt, ihm sei bis heute ein Beschluß der Prehkommision über die endgültige Sperre des „Vorwärts“ für die neue Organisation nicht bekannt. Seine unwahre, von der Prehkommision zurückgewiesene Behauptung, die Prehkommision habe nicht auf eigener Initiative den „Vorwärts“ gesperrt, das sei erst auf Veranlassung des Metallarbeiterverbandes geschehen, nimmt Cohen nicht ausdrücklich zurück. Er hat die unwahre Behauptung am 24. Juni öffentlich aufgestellt, obwohl in der Ausschussung am 8. Juni festgestellt worden ist, daß die Prehkommision aus eigener Initiative gehandelt hat. Cohen begnügt sich in der Hauptsache damit, jetzt zu erklären, daß auch der Verband sich an die Gewerkschaftskommission gewendet habe — wann sagt er aber nicht. In der ganzen Erklärung Cohens, auch in ihrem weiteren Teile, drückt er sich um den springenden Punkt mit Eleganz herum.

Franz Morawski Begräbnis gestaltete sich, wie uns aus Katiowich berichtet wird, zu einer erhebenden, für Oberschlesien ganz unerhörten öffentlichen Kundgebung der Sozialdemokratie, einer Kundgebung, die durch das unerhörte Vorgehen der Polizei gegen den Trauerzug eine besondere, ganz ober-schlesische Charakteristik erhielt.

Am Nachmittage des Mittwoch hatten sich vor dem Trauerhause etwa tausend Leidtragende eingefunden, während viele Hunderte Zuschauer die Straßen bis zum Friedhof umstauten. Da dem Kattowitzer Bismarckgeschäft von der Polizei verboten war, die die Kränze schickenden Schleifen im Schaufenster auszustellen, konnte man annehmen, daß die Polizei auch gegen das Mitführen von roten Kränzen im Zuge Einwendungen erheben würde. Genosse Erhus ging daher am Vormittage des Begräbnistages zum ersten Bürgermeister Pohlmann — belläufig ein den „linken Liberalen“ zugehöriger Mann — um ihm zu erklären, daß er es als sein Recht ansehe, einen Kranz mit roter Schleife im Trauerzuge zu tragen und daß er einer polizeilichen Aufforderung, die Schleife zu entfernen nicht Folge leisten, sondern erst der Gewalt weichen werde. So wie er würden aber auch die anderen Kranzträger wohl denken, er weise daher auf die Gefahren einer solchen polizeilichen Störung des Zuges hin und bitte, von solchen Maßnahmen, falls sie geplant sein sollten, abzusehen. Der Bürgermeister wollte zunächst Rücksprache mit seinem Polizeikommissar nehmen und versprach baldigen Bescheid. Beim dann folgenden Besuch des Bürgermeisters erklärte dieser, es tue ihm leid, aber er müsse nach anderer Seite Rücksicht nehmen und werde daher die roten Schleifen nicht passieren lassen. Der wiederholte Hinweis auf die möglichen Folgen ließ den Herrn Kommunal- und Polizeichef kalt, auch der Vorschlag, die Schleifen passieren zu lassen, wenn sie in schwarzen Flor gehüllt seien, fand keine Gnade vor seinen Augen. Er überlasse alles dem Tatgefühl seines Polizeikommissars, erklärte der „liberale“ Mann und dabei blieb es.

Als sich der Zug ordnete, nahmen die Kranzträger vor dem Leichenwagen Aufstellung, doch fand die Polizei nichts wegzunehmen, da die vorhandenen Schleifen nicht rot waren, die meisten Kränze aber ohne Schleifen waren. An der Spitze des Zuges gingen die Träger der vom Vorstand der polnisch-sozialistischen Partei, vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der polnisch-sozialistischen Partei Russlands gestifteten Kränze. Diesen folgten die Kränze der Berliner und Bremer polnischen Genossen, des polnischen Frauenvereins in Berlin, des sozialdemokratischen Vereins in Breslau und dann in bunter Reihe die Kränze der polnischen und deutschen Genossen aus einer ganzen Reihe ober-schlesischer Orte, darauf die Kränze der ober-schlesischen Gewerkschafts-kartelle und vieler einzelnen Gewerkschaften usw. Mehr wie fünfzig prächtige Kränze wurden dem Sarge so vorangetragen. Kaum hatte der Zug einige Schritte zurückgelegt, als plötzlich an allen Kränzen im glühendsten Rot prangende Schleifen flatterten. Doch da stürzten sich auch schon von allen Seiten andringende uniformierte und „zivile“ Polizisten auf die Kranzträger. Man fordert die ersten drei, die Genossen Dimasiewicz, Erhus und Traubisch, auf, die Schleifen zu entfernen, und da sie dies dessen entschieden weigern, reißt man sie ihnen gewaltsam herunter, die anderen Kranzträger werden gar nicht gefragt, sondern die Kränze werden gleich gewaltsam des Schmuckes entledigt. Die kostbaren Seiden-schleifen werden zusammengeballt in die Polizeikisten gestopft, „beschlagnahmt“. Eine furchtbare Aufregung erfaßte die Teilnehmer am Zuge, und auch ganz unbeteiligte Leute aus benachbarten Kreisen sprachen entrüstet von der Schändung eines Leichenzuges. Dann ging es weiter, bald aber entdeckte die Polizei, daß Genosse Erhus an dem von ihm getragenen Kranz des deutschen Parteivorstandes wieder eine große rote Schleife habe und als er der Aufforderung zur Entfernung derselben nicht Folge leistet, wird ihm von Polizeibeamten die Schleife und mit ihr ein Teil des Kranzes gewaltsam entrisen. Als dann auch Genosse Adamek sich weigert, die an dem von ihm getragenen Kranz der Kattowitzer polnischen Genossen plötzlich wiedererstehende Schleife abzunehmen, packt ihn ein Polizeibeamter und zerrt ihn mit Gewalt aus den Reihen der Leidtragenden heraus. Ein vielhundertstimmiger Pfau schallte diese rohe Handlung. Der Zug stockt von neuem und wer weiß, was bei der leichten Erregbarkeit der ober-schlesischen Arbeiter geschehen wäre, wenn der Beamte unseren Genossen nicht wieder losgelassen hätte, während die den Zug führenden Genossen für Kalblütigkeit ermahnten.

Auf dem Friedhofe war das Aneinanderhalten und ein Grabesgang streng verboten, ja der Vertreter des Pfarrers machte sogar den Versuch, den Kranzträgern zu verbieten, beim Niederlegen des Kranzes auf das Grab die Spender zu nennen, welches Verbot allerdings nicht beachtet wurde. Als die am Grabe harrende nach mehreren Tausenden zählende Menge darüber aufgeklärt wurde, weshalb man den braven Franz Josef Morawski lang- und klanglos in die Grube senken müsse, brach die Empörung über solche Ungerechtigkeiten in scharfen und bitteren Worten über die staatlichen und kirchlichen Machtgeber aus. Die denkenden Massenbewussten Arbeiter Oberschlesiens werden sich die Lehren dieses Begräbnisses ins Herz schreiben und im Sinne des unbegrifflichen Loien weiter kämpfen für unsere gemeinsame große Sache!

Der Zentralwahlverein für den Wahlkreis Rastbach-Schwiebus-Sommerfeld hielt am Sonntag in Rastbach seine diesjährige Kreis-konferenz ab. Der Vorstandsbericht wie die Berichte der Delegierten lassen eine günstige Entwicklung erkennen. Hindernisse der Ausbreitung der Organisation die schärfsten polizeilichen Verfolgungen und die unsäglich erbärmlichen Löhne. Wurde doch auch Sommerfeld berichtet, daß dort die Tagelöhner, die übrigens jetzt in der Streikbewegung stehen, mitunter bei vierzehnstündiger Arbeitszeit nur 4—6 M. wöchentlich verdienen. Erheblich besser als die politische steht die gewerkschaftliche Organisation. So sind in Sommerfeld 104 Mauerer im Verbande organisiert, von denen aber kein einziger dem Wahlverein angehört. Ähnlich sieht es in den anderen Orten und auch in anderen Berufen aus. Zum neuen Organisationsentwurf für die Provinz Brandenburg gab die Konferenz ihre Zustimmung. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Grauer, Gemeindevertreter in Nichtenberg, proklamiert.

Gemeine Verleumdungen und gehässige Verdrehungen sind dieser Tage wieder in den Ordnungsbüchern wider mehrere Genossen verbreitet worden, die in der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu Rastbach (Eisak) sitzen. Zum Teil sind die Verleumdungen alten Datums und schon früher von unserem Rastbacher Parteiblatt als Lügen gekennzeichnet worden, zum Teil sind sie neu zusammengewürfelt. Um einmal an dem Verleumdergesindel ein Exempel zu statuieren, beschloß die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion von Rastbach in ihrer Sitzung vom 20. Juni, daß ihre Mitglieder gegen die betreffenden Zeitungen die gerichtliche Klage anzustrengen haben. Zunächst sollen die „Straßburger Post“, die „Rastbacher Bürgerzeitung“ und der „Eggen“ durch Gerichtsbescheid zum Widerruf gezwungen werden, später kommt auch das übrige bürgerliche Preßgesindel dran. In der Sitzung wurde betont, daß die Prozesse lediglich aus politischen Gründen geführt werden sollen.

Der Arbeiterbildungsverein „Eintracht“ in Jütisch hat soeben in Form einer Broschüre seinen Jahresbericht für 1905 veröffentlicht, nach dem er 747 Mitglieder zählte. 1000 durcheinander Genossen wurden in der Speisegenossenschaft des Vereins gepflegt. Sie hatte am Schlusse des Berichtsjahres 173 Mitglieder. Bei 74 874,44 Frank Umlauf erzielte sie nur einen Ueberschuß von 276,49 Frank, gibt also die Kost zum Selbstkostenpreise ab. Die Einnahmen des Hauptvereins betragen 11 086,85 Frank, der Ueberschuß 801,69 Frank. Im Besonderen liegen 54 in- und ausländische Zeitungen auf. Vorträge über verschiedene Themata wurden 11 gehalten. Die Adresse des Vereins ist Neumarkt 5.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Dortmunder Justizaktionen. Die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ soll durch ihren Kaisererartikel, in dem für den Völlerfriedens Propaganda gemacht worden war, öffentlich beunruhigt und dadurch groben Unfug verübt haben. Angeklagt war aber nicht nur der verantwortliche Redakteur Genosse Franke, sondern auch der Genosse Bedter als Drucker. Und wirklich wurden auch beide verurteilt. Der Genosse Franke erhielt 90 M., der Genosse Bedter 80 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte für beide 6 Wochen Gefängnis beantragt. Der Herr meinte in bezug auf den Genossen Bedter, wenn er die Arbeitergroßen einstreichen wolle, müsse er auch mitverantwortlich, was in der Zeitung stehe. Und das Gericht erachtete es als Pflicht des Drucker, daß er sich vor dem Indruckgeben der Zeitung davon überzeugen müsse, ob auch nichts Strafbares in derselben enthalten sei. Wegen der Verurteilung wird selbstverständlich Berufung e., bei

Weiter haben eine Anzahl Dortmunder Genossen am 2. Juni bei Straßenerstraße in Höhe von je 30 M. erhalten, weil sie sich am 1. Juni, an einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel beteiligt haben sollen. Tatsächlich hat

gar keine Verammlung unter freiem Himmel stattgefunden. Die Genossen hatten sich lediglich durch Zufall auf dem Ball zusammengefunden und wollten gemeinsam mit den anderen Genossen der Stadt den Mordanschlag mitmachen. Aus diesem zufälligen Zusammenkommen wird nun eine „nicht genehmigte Verammlung unter freiem Himmel“ gemacht. Es wird gerichtliche Entscheidung beantragt und man darf wohl als sicher annehmen, daß diese Justizaktion ins Wasser fallen wird.

Endlich hat der Genosse **Franke** als verantwortlicher Redakteur der „Arbeiterzeitung“ noch zwei Anklagen erhalten, weil er zwei Strafbefehle zum Abdruck gebracht hat, ehe sie bezahlt waren. Man sieht, die Dortmund Staatsanwaltschaft läßt es wahrlich nicht an Eifer fehlen. . . .

**Strafentscheidungen der Presse.** Wegen Verleumdung eines Kaplans in zwei Fällen wurde im Privatklagenverfahren der Genosse **Emil Raier** von der **Mannheimer „Volkstimme“** zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Herr Kaplan hatte einen Schulknaben derart geprügelt, daß er im März von der Strafkammer wegen Mißhandlung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Die „Volkstimme“ hatte ihn deshalb verbittert die Wahrheit gezeugt und der Herr Kaplan magte trotz seiner Verurteilung beleidigt zu sein. Und schließlich hatte er gar nicht so unrecht, denn die „Volkstimme“ ist schließlich weggekommen, als der Mißhandler. Der Kaplan hatte 20 M. Geldstrafe für seine rohe Tat erhalten, der Redakteur der „Volkstimme“, der diese rohe Tat kritisierte, 50 M. Geldstrafe, weil er nach Ansicht des Gerichts dabei zum Teil rohe Ausdrücke gebraucht haben soll.

**Die feinfühligke ungarische Gendarmerie.** Der Genosse **Josif Talacs**, Redakteur des Budapesters Parteiblattes „Kepszava“, stand dieser Tage vor den Säulen des Gerichtes. Er hatte in einem Artikel, der den Erstestrel von 1905 behandelte, u. a. geschrieben, daß der Gendarm für einen Tagelohn von einem Gulden und einigen Kreuzern, wenn es sein müßte, selbst seinen eigenen Vater mit Salbenfeuer empfängt. Die königlich ungarische Gendarmerie fühlte sich beleidigt und strengte gegen unseren Genossen wegen öffentlicher Verleumdung den Prozeß an. Bei der Verhandlung wurde eine Beweisführung nicht zugelassen, die Geschworenen sprachen ihr Schuldig aus und der Gerichtshof verurteilte Talacs zu 8 Tagen Gefängnis und 50 Kronen Geldstrafe. — **Sonderbrüder Käuze,** diese ungarischen Gendarmen. In Deutschland gilt es bekanntlich als ganz selbstverständlich, dem Kommando unbedingt zu gehorchen und so ist es unter Umständen durchaus möglich, daß der Gendarm oder Soldat auf Vater und Mutter zu schießen hat, und den deutschen Soldaten ist ja bekanntlich einmal in einer Rede diese Eventualität in besonderer Weise dargelegt worden. Und in Ungarn regt man sich hierüber auf. Auch wohl ein wildes Land sein — dieses Ungarn.

## Soziales.

### Zur Kinderarbeitsverteilung in der Landwirtschaft.

Nach § 154 Absatz 3 der Gewerbeordnung sind seit dem 1. Januar 1901 die Schutzvorschriften, die für Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken gelten, auch auf Werkstätten mit Motorbetrieb anwendbar. Zuweilendungen sind durch die §§ 148, 149 a der Gewerbeordnung mit Strafe bedroht. Wegen Verstoß gegen diese Vorschriften hatte sich am Mittwoch der Bauerngutsbesitzer **Wilhelm Vree** aus Velten vor dem Spandauer Schöffengericht zu verantworten. Er ist beschuldigt, den am 22. Juni 1894 geborenen, also 12 Jahre alten Schulknaben **Jgnay Jielinski** in seiner Motortwerkstatt als Arbeiter beschäftigt zu haben. Die Angelegenheit ist dadurch zur Kenntnis der Behörde gekommen, daß der Knabe am 27. September v. J. mit der rechten Hand in die Häckselmaschine geriet und sich diese Hand derartig verletzte, daß sie ihm amputiert werden mußte. Bei der Verhandlung handelte es sich im wesentlichen darum, ob Vree als Gewerbebetreiber oder als Landwirt anzusehen sei. Der als Zeuge und Sachverständige vernommene Gewerberat, sowie der Amtsvorsteher Hiese halten einen Gewerbebetrieb für vorliegend. Vree habe einen siebenpferdigen Motor zum Betriebe seiner Drechs-, Häcksel- und Maschinen aufgestellt, er verarbeite nicht nur selbstgewonnenes Getreide, sondern auch solches, das er kauft und verkaufe nachher den geschnittenen Häcksel. Der Knabe Jielinski sagt aus, daß seine Mutter und er bei Vree beschäftigt gewesen seien. Seine Mutter erhalte als Bezahlung eine Ermäßigung der Wohnungsmiete und Essen. Er wurde teils mit Vorkostungen, teils zur Hälfte in der Scheune an der Häckselmaschine beschäftigt und erhielt als Bezahlung Sonnabends manchmal 10 Pf., manchmal auch 20 Pf. und Abenddrot. (Der ist gewiß eine billige Arbeitslohn!) Allerdings habe ihm nur immer der Sohn des Angeklagten den Auftrag gegeben, an der Häckselmaschine zu helfen. Am 27. September 1905 habe er nun, weil er zu klein sei, auf einem Klotz an der Häckselmaschine gestanden und gearbeitet. Bei einer Bewegung sei der Klotz umgeklappt und er wäre mit der rechten Hand in die Kammer geraten, über welchen an diesem Tage keine Schutzvorrichtung gewesen. Nach seiner Verletzung habe er noch gehört, wie der Sohn des Angeklagten dem Knecht zürte, er solle schnell die Schutzvorrichtung über die Kammer legen. Der Amtsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Er führte aus, daß der Angeklagte unglücklich nachlässig gehandelt, indem er sich gar nicht darum gekümmert, was bei ihm vorgehe und daß ihm jahrlängliche Körperverletzung zur Last gelegt werden müsse. Der Verteidiger wies darauf hin, daß der Angeklagte nur wegen Vergehens nach § 154 Absatz 3 angeklagt, man ihn also nicht wegen jahrlänglicher Körperverletzung verurteilen könne. Er plädiert im übrigen auf Freisprechung, da kein Gewerbebetrieb vorliege. Das Gericht hielt den Angeklagten für schuldig, sich gegen § 154 Absatz 3 der Gewerbeordnung verhalten zu haben und verurteilt ihn dieserhalb zu 100 Mark Geldstrafe. Der bedauerliche Erfolg des Verlasses der rechten Hand konnte bei der Strafmeinung nicht berücksichtigt werden, da der Angeklagte nicht wegen jahrlänglicher Körperverletzung angeklagt sei. Es steht dem Verletzten frei, seinen Schadenersatz im Zivilprozeß geltend zu machen. — Nach der Strafprozeßordnung hätte nach Aufhebung des Sachverhalts, der jahrlängliche Körperverletzung erkennen läßt, das Gericht sich für unzuständig erklären und die Sache dem Landgericht überweisen sollen. Auch jetzt kann und sollte noch eine Nachtragsanfrage erhoben werden: Die Fahrlässigkeit vieler ländlicher Besitzer ist grenzenlos und hat bekanntlich zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben, denen der König von Preußen in der Sitzung des Landesökonomikollégiums vom 11. November 1890 bereiten Ausdruck gab. Seit diesen Klagen hat sich die Fahrlässigkeit ländlicher Besitzer vermehrt, die Zahl der Verletzungen im Landwirtschaftsbetriebe ist mehr als sechsmal so hoch als sie vor 16 Jahren war, geworden.

### Zum Elend in der Heimindustrie.

Die ledige Heimarbeiterin **Seiy** in Nürnberg war wegen Diebstahls angeklagt. Sie hatte für die Firma **Widma u. Rudolph Christmann** aus Gänsefedern hergestellt. Trotzdem sie von früh 6 Uhr bis Mitternacht und zuweilen noch länger arbeitete, verdiente sie durchschnittlich nicht mehr als drei bis vier Mark in der Woche. Manche Woche hatte sie nur einen Verdienst von 1,20 M. Die Heimarbeiterinnen erhalten die Gänsefedern, die in der Fabrik weggerollt werden, zur Verarbeitung. Da die Seiy ein krankes Kind hatte, war es ihr nicht möglich, mit diesem Gelde auszukommen. Nebenbei hatte sie auch mitunter die immer um im Betriebe auszuräumen, und bei einer Gelegenheit nahm sie auch einmal einen Soß guter denn mit dessen Wert von den Unternehmern auf 50 M. angegeben wurde. Vor Gericht gab die Angeklagte zu ihrer Verurteilung an, daß sie die Federn nur deshalb mitgenommen habe, weil es gute waren und sie sie verarbeiten wollte, um etwas mehr verdienen und für ihr krankes Kind Arzt und Apotheke bezahlen zu können. Wenn sie hätte stehlen wollen, so hätte sie oft andere, wertvollere Gegenstände mitnehmen können. In seinem Urteil

trug in diesem Falle das Gericht den Volksempfinden Rechnung, indem es die Angeklagte kostenlos freisprach. Der Amtsanwalt selbst beantragte die Freisprechung; er sprach auch seine Überzeugung aus, daß die Unternehmern den Wert der Federn bedeutend übertrieben haben. Eigentlich gehörten die Unternehmern auf die Anklagebank, die durch Bezahlung solcher Schuldlohn zum Diebstahl verleiten.

### Bestrafte Innungsdenunzianten.

Wir hatten feinerzeit über die Verleumdung eines Kieler Schuhmachermeisters gegen Mitglieder der dortigen Schuhmacherinnung berichtet. Der Kläger, **Meister Hamer**, hatte im Laufe des Schuhmacherstreiks im Jahre 1904 die Forderungen der Gesellen bewilligt und war infolgedessen in den Augen seiner Kollegen Verleumdung aufrechterhalten, während seine kollektiven Kollegen ihre Forderungen ablehnten. Darüber erlöste, richteten eine Anzahl Schuhmachermeister eine Eingabe an die Kommandos der 1. Torpedobatterie, der 1. Matrosenbataillon sowie des 1. Seebataillons, in der sie Hamer der Begünstigung der Sozialdemokratie bezichtigten. Der Streik der Gesellen, heißt es in dem Schriftstück, sei sozialdemokratische Mache und H. sei, da er die Forderungen der Ausständigen bewilligt habe, nicht mehr würdig, für kaiserliche Behörden zu arbeiten. Der schädliche Streik hätte auch wirklich zur Folge, daß dem H. sämtliche Militärlieferungen entzogen wurden, und daß er seine ganze Offizier-Rundschaft verlor, wodurch er beträchtlichen geschäftlichen Schaden erlitt. Eine Klage wegen Verleumdung und unlauteren Wettbewerbs, die H. gegen die Unterzeichner der zufällig zu seiner Kenntnis gelangten Denunziation anstregte, hatte zwar vor dem Schöffengericht Erfolg, wurde aber in der Berufungsinstanz abgewiesen.

Kunmehr beschritt H. den Weg der Zibillklage und machte gegen die Schuhmacher-Innung, die freie Vereinigung der Schuhmacher von Kiel und Umgebung, sowie gegen zwölf Meister Schadenersatzansprüche geltend, zunächst für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis zum 1. September 1905. Den ihm infolge der Denunziation in dieser Zeit erwachsenen geschäftlichen Verlust berechnete er auf 7381 M. Die Zivilkammer III des Kieler Landgerichts hat jetzt nach eingehender Beweisnahme die Ansprüche Hamers als berechtigt anerkannt. Nur die Klage gegen die freie Vereinigung wird abgewiesen, da diese als juristische Person nicht anzusehen sei, während die Innung als öffentlich-rechtliche Körperschaft und die zwölf namhaft gemachten Meister für die Verurteilung, die die Eingabe an die Marinebehörden darstellte, haftbar zu machen seien. Der Einwand, daß die Verklagten die Folgen ihres Handelns nicht voraussehen konnten, sei für das Gericht unwesentlich, da es lediglich darauf ankam, festzustellen, ob das Schutzesel von ihnen in schuldhafter Weise übertreten sei. Letzteres sei erwiesen.

Der Kläger wird nun auch für die Folgezeit seine Ansprüche geltend machen, und so kann der pfiffige Innungsleiter seine Patentidee, den roten Lappen zu Zwecken der unlauteren Konkurrenz zu verwenden, noch teuer zu stehen kommen. Das Kommando der ersten Torpedobatterie wird über die Vertrauenslosigkeit gegenüber den Doktern vom Konkurrenzleiden und über die hierdurch dem Mittelstand zugefügte Schädigung wohl im Reichstagsauskunft zu geben haben. Sollte als Grundlag aufgestellt werden, von Sozialdemokraten angefertigte Waren benutzt das Militär nicht, so dürfte das Militär bald im Adamskloster, allenfalls mit Monokel bewaffnet, herumlaufen müssen. Die leidige militärische Kleiderordnung wäre dadurch auf das einfachste gelöst.

## Aus Industrie und Handel.

### Jedem das Seine!

Ueber die Verhältnisse innerhalb der rheinisch-westfälischen Textilindustrie sind in den letzten Tagen zwei Darlegungen erschienen, die aneinandergestellt eine aufsehenerregende Sprache führen. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird geantwortet:

„Bei dem starken Kaufdruck, der schon jetzt eine gute Beschäftigung bis zum Jahresabschluss gewährleistet, sind die Preise natürlich durchaus fest. . . Auch die Kammingarnwebereien haben gut zu tun; die Preise ziehen langsam weiter an. Dasselbe kann auch von den Stoffwebereien in Bierfen und Dallen gemeldet werden, welche die Nachfrage kaum befriedigen können und mit Ausnutzung aller Betriebskräfte arbeiten, soweit es der Mangel an Arbeitern zuläßt. Dieser Mangel an Arbeitern und Arbeiterinnen bildet auch für die Baumwollwebereien eine große Kalamität. Viele Weber ziehen es vor, in den Englin- und Kammingarnwebereien zu arbeiten, da dort die Löhne etwas höher sind. Trotz starker Beschäftigung der Baumwollwebereien steht daher in manchem Betrieb eine Anzahl Beschäftigte still. Man hat mehrfach angeregt, Weber und Weberinnen aus Rußland heranzuziehen, doch sind die nach dieser Richtung hin angestellten Versuche anscheinend erfolglos gewesen. . . Die Bestellungen auf Winterstoffe sind infolge der Ausfichten auf weitere Preiserhöhungen, in den Englin-, Kammingarn- und Cheviotwebereien, bereits derart zahlreich eingegangen, daß die Webereien schon für mehrere Monate flott zu tun haben.“

Dasselbe Unternehmertum, das gegenwärtig reiche Ernte hält, hat erst zu Anfang dieser Woche 600 Arbeiter in Englinchen auf Straßenpflaster geworfen, weil sich die Arbeiter eines Betriebes nicht willenlos ihrem Ausbeuter unterwerfen wollten. Nach Rußland sendet man Menschenhändler, um Ausbeutungsobjekte heran zu locken und sie im Eventualfall als schwarze Wanden gegen die unzufriedenen heimischen Arbeiter zu mißbrauchen.

Ehen wir nun welcher „Gewinn“ den Arbeitern zuteil wird! Darüber gibt uns der Jahresbericht der Sektion VI der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft Kunde. Nach dem Jahresbericht für 1905 umfaßt die Sektion in 243 Betrieben 24 567 Arbeiter. Die Zahl der Betriebe hat sich im Berichtsjahr um 2 vermindert, die Zahl der Arbeiter dagegen um 800 vermehrt. Von 632 Unfällen (9 mehr als 1904) schieden 13 als Nichtbetriebsunfälle aus; von den bleibenden 619 wurden 479 in den ersten vier Wochen — also zu Kosten der Krankenkassen — geheilt; weitere 63 wurden von der fünften bis dreizehnten Woche wieder hergestellt. Hier zahlte die Berufsgenossenschaft nur den geringen Unfallzuschlag. Als entschädigungspflichtig verblieben 77 Unfälle. Die Zahl der Rentenempfänger stieg von 670 auf 723. Wegen der Rentenfestsetzung der Berufsgenossenschaft wurde in 83 Fällen Berufung an das Schiedsgericht erhoben, in 17 Fällen Klage an das Reichsversicherungsamt. Die Zahl der Berufungen und Klagen hat sich gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt, von 34 auf 68 bzw. 8 auf 17. In den 20 Jahren des Bestehens der Genossenschaft ist die Zahl der Betriebe von 812 auf 243, die der Arbeiter von 20 475 auf 24 571 und die Jahreslohnsumme von 13 972 551 M. auf 18 977 076 M. gestiegen. Die Verwaltungskosten betragen 9600 M., also nahezu 10 Proz. der ausgezahlten Renten.

Aus den Zahlen ergibt sich, daß im Kachener Bezirk das für die Arbeitgeber so goldreiche Jahr den Textilarbeitern einen durchschnittlichen Jahreslohn von 772,70 M. oder pro Woche 14,88 M. gebracht hat. Von 1903 bis 1905 ist der Wochenlohn der Kachener Textilarbeiter um ganze 43 Pf. gewachsen. Damit kann er nicht einmal die gestiegenen Brot- und Kartoffelpreise decken. An die Fleischpreise, die Kosten für Schuhe und Kleider, die Wohnungsmieten, die alle samt und sonders gewaltig gestiegen sind, ist dabei gar nicht zu denken. Der Bericht zeigt und deutlich, daß die Lage der Textilarbeiter des Kachener Bezirks bei der geringfügigen Lohnsteigerung sich verhältnismäßig bedeutend verschlechtert hat.

Das Unternehmertum ergibt glänzende, steigende Gewinne, die Arbeitererschaft erweist sich steigender Unfallziffern und bei schärfer anziehenden Lebensmittelpreisen verschlechterter Lohnverhältnisse. So gelangt jeder Teil zu dem Selbigen — wie es die göttliche Weltordnung will.

### Reichs-Raid.

Die Herren Eisenbahnminister **Breitenbach** und Handelsminister **Delbrück** befahren am nächsten Dienstag (8. Juli) den Rhein. Sie wollen bei dieser Gelegenheit die Ruhrgebiete bei Duisburg und Ruhrort besichtigen und kommen sodann unmittelbar an der von uns gestern besprochenen Gegend mit ihren Seuchenherden und den himmelanstrebenden Zuständen in den neuerbauten Kolonien des Herrn **Häffgen** von **Heide „Deutscher Kaiser“** vorbei. Diefelbe Fahrt macht am Montag darauf der Minister des Innern v. **Bethmann-Hollweg**. Diefes Herr, welcher sich auf einer Informationsreise durch Rheinland-Westfalen befindet, will nach einer Hafenrundfahrt in Duisburg-Ruhrort **Hamborn, Bruckhausen, Oberhausen, Wülheim a. d. Ruhr** und Essen sich ansehen. Die beregten Gebiete liegen also direkt in seinem Reiseplan. Er hat somit die schönste Gelegenheit, sich ganz gründlich zu informieren. — Oder geht auch diese „Informationsreise“ auf in festesten, fröhlichen Gelagen und schwingvollen Reden, wie die berühmte Meile der Untersuchungskommission nach dem Ruhrkohlengebiet zwecks Feststellung von Mißständen?

Jedenfalls darf man auf die Besuche des Dreigestirns **Breitenbach-Delbrück-Bethmann-Hollweg** einigermassen gespannt sein. Mit den Aufräumungsarbeiten, Scheuern, Tünchen und Ausbessern an den Hafenanlagen ist bereits begonnen worden. Hoffentlich zeigen die Inspektoren, daß sie die deutsche Volkswirtschaft etwas weitsichtiger auffassen, als vom Standpunkt der Hausinteressen einiger Industriedynastien.

### Russenpolitik.

Trotz der gewagtesten Aufregungen der Interessenten, trotz der Interventionskämpfe und der Schwindelberichte über Rußlands wirtschaftliche Lage will das Vertrauen zu russischen „Werten“ nicht wieder zurückkehren. Da soll nun wohl die „hohe Politik“ helfen. Die hilflosbereite Presse will grollen machen vor einem französisch-englisch-österreichisch-spanisch-italienischen Bündnis gegen Deutschland, in das man auch — Rußland hineinziehen verusche. Die treibende Kraft soll die englische Eifersucht auf die industrielle Entwicklung Deutschlands sein. In den Tagen der Verbrüderungs-Festessen macht sich solche Hege ganz ausgezeichnet. Doch man höre nur, was weiter folgt und man merkt die Absicht. Wegen der Deutschland drohenden Gefahren, sei die Absicht der Regierung, mit Rußland sich auf freundschaftlichen Fuß zu stellen, sehr zu begründen. Komme eine Annäherung zustande, dann werde auch Österreich vorziehen, sich nicht auf die Seite Englands zu schlagen. Wenn das Publikum für solche Gedanken suggeriert ist, dann wird nach einigen Tagen die Schlussfolgerung kommen: Ohne erneuten Kredit für Rußland wird Deutschland die Freundschaft Rußlands nicht erwerben, es wird sich eventuell an England verkaufen; darum rettet Deutschland und macht für Rußland den Säckel auf. Ob die Wendelsöhns wirklich glauben, mit solcher Politik den Zorismus schämen und weitere Millionen auf Kosten des deutschen Kapitals einstreichen zu können?

**Deutsche Anleihen in Frankreich.** Die deutschen Großbanken haben vor einiger Zeit ein Abkommen getroffen, nach welchem den deutschen Kommunen auf Anleihen zu 3 1/2 Proz. keine Offerten mehr gemacht werden sollen. Dadurch kamen zahlreiche Gemeinden in eine Zwangslage und mußten sich dazu verstehen, 4prozentige Anleihen aufzunehmen. Damit, daß das Ausland die Abmachung durchkreuzen würde, rechneten die Großbanken nicht. Sie sind daher einigermassen durch das Vorgehen der Stadt **Frankfurt a. M.** erstaunt, der es gelungen ist, eine 3 1/2prozentige Anleihe zu platzieren, allerdings nicht in Deutschland, sondern in Frankreich, wo die freien Kapitalien lange nicht so stark vom Industriemarkt in Anspruch genommen werden wie zurzeit in Deutschland. Eine Pariser Bankgruppe hat 1 1/2 Millionen Mark 3 1/2prozentige Anleihe der Stadt **Frankfurt** übernommen. Der Vorgang wird von den führenden Banken so zu erklären versucht, daß es sich um einen Ausnahmefall handle, hervorgerufen dadurch, daß **Frankfurt a. M.** die Vaterstadt des mächtigen **Pariser Hauses Rothschild** sei. Diese Vermutung ist recht wenig stichhaltig. Man wird erst abwarten haben, ob dem ersten Geschäft nicht noch weitere folgen. Jedenfalls wird es nicht an Bemühungen der anleihebedürftigen Kommunen fehlen, zu versuchen, ob sie nicht doch nach wie vor beim 3 1/2prozentigen Anleihezins bleiben können. Der hohe Zinsfuß im laufenden Jahre ist eine Ausnahmerscheinung und darum eine Erhöhung des Zinsfußes auf 4 Proz. für städtische Anleihen keineswegs begründet.

**Ein Riesenprojekt.** „Daily Chronicle“ weiß von einem von der **Chartered South Africa Company** unterstützten riesigen elektrischen Projekt zu melden. Die genannte Gesellschaft hat eine Interessengemeinschaft mit dem **African Concessions Syndikat**, welches ein Abkommen mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft schließt. Demgemäß soll die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft für eine neue Gesellschaft **Debentures** im Betrage von 625 000 Pfund, Sterl. zu einem Emissionspreis von 95 Proz. ausgeben und bekommt 1 250 000 Pfund, Sterl. in bar, wofür sie die nötigen Anlagen und Maschinen liefert. Dieses Projekt steht im Gegensatz zu einem Plan der bekannten südafrikanischen Firma **Lewitt u. Marks**, den Rand mit Elektrizität von Vereinigung zu versehen, welcher Plan eine Gelderparnis bedeuten soll. Ein großer Interessentkampf wird erwartet.

**Grubenverstaatlichung.** Der Bergarbeiterkongreß nahm einen Antrag an, die Gruben zum National Eigentum zu erklären und sie durch die verschiedenen Bergarbeiterverbände ausbeuten zu lassen. Der Gewinn soll zum Besten der Arbeiter Verwendung finden.

## Aus der Frauenbewegung.

Ein neuartiger Unterricht ist, wie man aus **Chicago** meldet, in den dortigen höheren Mädchenschulen eingeführt worden. Die Schülerinnen erhalten jetzt Unterweisung, wie sie im Falle der Verheiratung eine aus fünf Köpfen bestehende Familie mit 20 M. wöchentlich versorgen sollen. Sie lernen den Nährwert billiger Nahrungsmittel und ihre appetitliche Zubereitung kennen und erhalten ferner Anleitung für den Einkauf sowie für die Unterscheidung zwischen naturreinen und verfälschten Lebensmitteln. Diejenigen Mädchen, die der Heiratsfrage kein Interesse entgegenbringen, erhalten Anleitung zur Führung eines billigen Pensionats. Ferner werden alle Schülerinnen im Venehmen bei Tisch und in den Pflichten der Wirtin unterwiesen.

Soweit die Nachricht. Der Unterricht wird, wie man sieht, nur in den „höheren“ Mädchenschulen erteilt. Allerdings, für Arbeiterkinder in Deutschland — und vermutlich auch in Amerika — hätte es wenig Wert, so lange man ihnen nicht das Scheinwissen lehrt, erst mal 20 M. wöchentlich zur Verpflegung der Familie zusammenzubringen. Doch davon abgesehen, zeigt die unscheinbare Notiz mit seltener Schärfe eines der Grundübel, an denen unser ganzes Unterrichtsweesen krankt. Es hat sich schon lange äußerlich bemerkbar gemacht, aber dennoch fährt man im allgewohnten Gleise fort. Seit Jahren nämlich, ja eigentlich schon seit Jahrzehnten liegt man allgemein über zu starke Belastung der Schulkinder. Die Kinder lernen eine Unmenge Einzelheiten, zum großen Teil Dinge, die sie später im Leben gar nicht brauchen können und deshalb nach Beendigung der Schulzeit ziemlich schnell vergessen. Man hat ja verschiedentlich Anläufe genommen, das Schulprogramm von einem Teil dieses unnötigen Wissens zu befreien, aber viel ist dabei nicht heraufgekomen. Auf der anderen Seite jedoch erweitert sich täglich der Kreis dessen, was der erwachsene Mensch verstehen und tunen muß. Nicht etwa, daß nun jeder einzelne alles kennen muß. Aber die Schule soll ihre Pflichten fürs Leben vorbereiten, und da nun möglicherweise jeder einen anderen Beruf ergreift und die Schule vorher nicht wissen kann, welchem Beruf sich jeder einzelne später zuwenden wird, so erblickt sie ihre Aufgabe darin, allen aus allen Wissensgebieten möglichst viel darzubieten. Dann glaubt sie, das nötige

haben zu haben, um den Höglingen das Fortkommen in jedem Beruf zu ermöglichen.

Wie einem Wort: das herrschende Schulsystem kann dem täglichen Fortschritt dessen, was das Leben erfordert, nicht anders nachfolgen, als durch stetige Vermehrung dessen, was die Schüler lernen sollen.

Wohin aber muß man auf diesem Wege notwendig gelangen? Da wo hin ist man zum großen Teil heute schon gelangt? Dahin, daß die Schüler den ungeheuren ihnen täglich zufließenden Wissensstoff einfach nicht mehr in sich aufnehmen können. Jemand einmal in die Grenze erreicht, wo es heißt: bis hierher und nicht weiter. Wenn man den Kopf des Schulkindes sozusagen als einen leeren Sack betrachtet, in den alles, was es möglicherweise im Leben brauchen wird, mit Hilfe des Gedächtnisses einfach hineingestopft wird, so kommt natürlich einmal der Augenblick, wo der Sack voll ist. Und will man mit Gewalt noch mehr hineinpresse, dann platzt er. Sind doch Selbstmorde und Fälle von Wahnsinn heute schon eine, wenn auch noch seltene, so doch regelmäßige Erscheinung unter Schulkindern.

Aber viel früher schon ist der Moment erreicht, wo das Hirn zwar noch neuen Wissensstoff aufnimmt, jedoch nicht mehr geistig verarbeitet! Dann lagert all das aufgenommene Wissen als toter Gedächtnisstrom im Schädel; das Kind weiß dann wohl diese Dinge — natürlich auch nur so lange, bis es sie vergißt — aber es hat für die Entwicklung seines Könnens, seines Verstandes keinen Nutzen daraus gezogen. Dazu ist ja angesichts des täglich neu herandrängenden Stoffes nicht einmal Zeit genug vorhanden, abgesehen davon, daß die Gedächtnismethode darauf auch gar nicht abzielt.

Man muß nun nicht etwa glauben, daß unsere „Schulmonarchen“ diesen Mangel ihres Systems ganz und gar nicht merken. Zum mindesten fühlen sie ihn intuitiv. Das ist einer der Gründe, weshalb sie mit so großer Fähigkeit an veralteten Unterrichtsfächern festhalten, die das praktische Leben nicht braucht. Was hat man z. B. um einen ganz krausen und deshalb deutlichen Fall zu wählen, über die lateinische Grammatik gescholten. Und dennoch hat man sie nicht befreit. Warum nicht? Nun, weil man entweder klar einsehend oder intuitiv empfindend, daß die lateinische Grammatik so ziemlich der einzige Gegenstand ist, an dem unsere Gymnasialkinder denken lernen! Gewiß können auch andere Fächer so behandelt werden, daß der Schüler an ihnen denken lernt, aber es geschieht nicht; im Rahmen des herrschenden Systems ist es auch nicht möglich. Und deshalb klammern sich die Verteidiger des Alten an die lateinische Grammatik in dem Gefühl: geben wir die auch noch auf, so schwindet das letzte Gegengewicht gegen den bloßen Gedächtnisstrom, das letzte Mittel einer wirklichen „Gymnasial“ des Geistes.

Natürlich liegt es uns fern, etwa unsererseits deshalb die Erhaltung veralteter Unterrichtsfächer zu fordern. Aber der eigentliche Sitz des Übels und folglich der Weg der Heilung wird dadurch klar. Man muß mit der Gedächtnismethode grundsätzlich brechen. Den Kindern muß — und zwar nicht nur in den Gymnasien, sondern in allen Schulen — eine wirkliche „Gymnasial“ des Geistes geboten werden. Was sie lernen müssen, ist nicht ein mehr oder minder großes Quantum von Einzelheiten, sondern sie sollen lernen, ihren Verstand zu gebrauchen. Sie sollen denken und urteilen lernen, sie sollen Anständigkeit, Gewandtheit, Geschicklichkeit lernen, sie sollen mit einem Wort in der Schule eine solche geistige wie körperliche Grundanlage erhalten, daß sie nachher im Leben imstande sind, die Einzelheiten an Wissen, welche die Praxis erfordert, sich selbst anzueignen. Das ist der Zweck, und die einzelnen Unterrichtsfächer — aber auch alle! — müssen Mittel zu diesem Zweck sein. Dazu genügt sehr viel weniger Wissensstoff als heute geboten wird, wichtig ist aber dessen eigene geistige Verarbeitung durch den Schüler. Es ist eine Utopie, wenn man sich einbildet, man könne dem Schüler auch nur annähernd eine genügende Grundlage des Einzelwissens geben, das heute in allen möglichen Berufen erforderlich ist. Deshalb muß die Schule auf solch unfruchtbares Streben ein für allemal verzichten und statt dessen sich das Ziel setzen, Weid wie Körper des Schülers so vorzubereiten, daß er imstande ist, sich auf jedem Gebiet des praktischen Lebens, auf welches ihn das Schicksal verschlagen möge, kraft seiner eigenen Fähigkeiten schnell zurechtzufinden.

## Verfammlungen.

### Das Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend

Hielt am Donnerstag bei Wille in der Brunnenstraße eine Vorstandsvollversammlung ab, in der zunächst der Bericht des Ausschusses über das Jahr 1905 gegeben wurde. Dah dies erst jetzt möglich war, ist — wie der Obmann Theodor Fischer ausführte — eine Folge von Ueberlastung der Ausschussmitglieder mit anderen Arbeiten, wozu auch noch die Abhaltung des Kongresses der Freien Vereinigung der Gewerkschaften kam. Auf die Herausgabe eines schriftlichen Berichtes ist diesmal verzichtet worden. Statt dessen enthält die neueste Nummer der „Einigkeit“ einen Bericht über die seit der Gründung des Kartells verfloffenen sechs Jahre. Im Jahre 1899 war die Zahl der dem Kartell angeschlossenen Organisationen 25 mit 11 312 Mitgliedern, im Jahre 1905 waren es 24 Organisationen mit 10 675 Mitgliedern. Es sind im Laufe der Jahre verschiedene Organisationen ausgetreten oder ausgeschlossen worden, andere dem Kartell beigetreten. Die Ausscheidung jener Organisationen ist, wie der Referent ausführte, hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie nicht begriffen hatten, welche Pflichten mit der Zugehörigkeit zum Kartell verbunden sind oder daß sie sich nicht fähig zeigten, diese Pflichten zu erfüllen. Das Bestehen der angeschlossenen Organisationen ist, obwohl sehr große Summen für Streikunterstützungen verbraucht wurden, von 68 593,78 M. auf 117 900,92 M. gestiegen. Im Jahre 1905 hat der Ausschuss des Kartells 14 Sitzungen abgehalten, außerdem 4 Sitzungen gemeinsam mit der Geschäftskommission. Vorstandsvoll- und Delegiertensammlungen fanden 10 statt. Die bedeutendsten Streiks und Ausperrungen, für die durch das Kartell Unterstützung aufgebracht wurde, waren die der Fleischhauer, der Kohler und der Metallarbeiter. Die Fleischhauer schlossen einen Tarifvertrag mit den Unternehmern ab und wurden des Inhalts dieses Vertrages wegen von den im Maurerverband organisierten Fleischlegern heftig angegriffen. Das Kartell befahte sich mit der Sache und kam zu dem Urteil, daß die Vereinigung der Fleischleger richtig gehandelt habe. Ferner erwähnte der Redner die Feenpalast-Versammlung und die Ereignisse und Auseinandersetzungen, die sich daran knüpften.

Bei den Gewerkschaftswahlen in den Vororten haben die Mitglieder der Kartellgewerkschaften, nachdem es nicht gelungen war, die Zentralverbände zur Anerkennung von Kartellkandidaten zu veranlassen, sich der Stimme enthalten, mit Ausnahme der Wahl in Schöneberg, wo sie eigene Kandidaten aufstellten und für diese stimmten.

An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion. Dem Ausschuss wurde für seine Tätigkeit einstimmig Danksagung erteilt. Eine Streitfrage der Parbierorganisation wurde dem neu zu wählenden Ausschuss zur Prüfung überwiesen. Die Wiederwahl in den Ausschuss lehnt der bisherige Obmann Fischer und der Kassierer Weßfall wegen Mangel an Zeit ab. Gewählt wurden in den Ausschuss: Hermann Püttig (Fleischleger), Alfred Schröder (Metallarbeiter), Arnold Ramenz (Werkzeugmaschinenarbeiter), Hermann Lange (Kassierer) und Imhoff (Maurer). Als Revisoren wurden Schmidt (Zimmerer), Korgel (Bauarbeiter) und Holzwart (Fleischleger) gewählt.

Nachdem sich der Ausschuss konstituiert hatte, wurde bekannt gegeben, daß die Kenter in Aussicht wie folgt verteilt sind: Obmann Püttig, dessen Stellvertreter Lange, Schriftführer Ramenz, Kassierer Schmidt und Imhoff.

Im folgenden Punkte der Tagesordnung: „Kartellangelegenheiten“ kam sodann die in der „Einigkeit“ unter dem Titel „Ein Blick hinter die Kulissen“ erschienene Veröffentlichung zur Sprache. Der Referent Kater führte hierzu aus, daß Gewerkschaftsmitglieder

auf die Redaktion gekommen seien und mitgeteilt hätten, daß ein Protokoll erschienen sei, in dem für die Arbeiterschaft wichtige, ihr aber vorenthalte Dinge ständen. Selbstverständlich habe man sich dann ein solches, bei Singer u. Co. gedrucktes und von Legien verlegtes Protokoll verschafft. Die 31 Gewerkschaftsmitglieder, die dann den Auszug aus diesem Protokoll veröffentlichten und mit ihrem Namen unterzeichneten, hätten sich diesen Schritt gemeinsam reiflich überlegt, es aber für ihre Pflicht erachtet, so zu handeln. Mit seiner „Ansammlungs“-Notiz habe der „Vorwärts“ eine ebenso große Torheit begangen, wie seinerzeit mit dem „Wirknis“-Artikel über die Feenpalast-Versammlung. Ebenso unzutreffend sei es, wenn Vebel von „plumper Indiskretion“ rede. Handele es sich doch um eine Sache, die gedruckt vorlag und von Verhandlungen mit dem Parteivorstand, zu denen sie, die Vertreter der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, nicht geladen waren. Beide, sowohl die Redaktion des „Vorwärts“ wie der Genosse Vebel, hätten wohlweislich verschwiegen, daß es sich nicht um einen Artikel der Redaktion der „Einigkeit“, sondern um eine von 31 Parteigenossen unterschriebene Erklärung handelte. Diese Parteigenossen hätten aber ausdrücklich nur unter dem Vorbehalt: „wenn die Angaben Silberbüchchens auf Wahrheit beruhen“, von einem Sühnenswechsel Vebels geschrieben. Sonderbar sei es, daß die vom Genossen Vebel formulierten Thesen nicht richtig wiedergegeben sein sollten und daß weder Vebel noch ein anderer der beteiligten Genossen gegen das gedruckte Protokoll Einwendungen erhoben habe, bis die „Einigkeit“ die Dinge veröffentlichte. Dies aber habe die „Einigkeit“ nicht getan, um dem Staatsanwalt oder den Behörden Material zu liefern. Hier habe es sich nur darum gehandelt, der Arbeiterschaft die Augen zu öffnen über Personen, die das Gegenteil von dem täten, was der Parteitag beschlossen habe. Der Redner schloß mit den Worten: „Wir wollen der Arbeiterschaft die volle Wahrheit sagen. Die faktischen und moralischen Folgen tragen wir gern. Es fragt sich noch, wer am schwersten darunter zu leiden hat.“ Er verlas sodann eine Erklärung, die sich mit seinen Ausführungen deckte, und empfahl sie der Versammlung zur Annahme und zur Veröffentlichung im „Vorwärts“.

In der Diskussion sprach zunächst Theodor Fischer. Er fand, daß die vorgeschlagene Erklärung zu lang sei, und wünschte, daß sie erst dem Ausschuss und der Geschäftskommission zur Prüfung überwiegen werde. Die Angelegenheit selbst sei noch nicht genügend geklärt. Man könne ruhig abwarten, was Parteivorstand und Generalkommission dazu erklären würden. Auch andere Diskussionsredner meinten, daß die Erklärung kürzer gefaßt sein könnte und daß eine gründliche Beratung darüber notwendig sei. Im übrigen äußerten sich die Redner im Sinne des Referats. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, sich mit dem Vorgehen der 31 Genossen und ihrer Erklärung in der „Einigkeit“, sowie mit der Haltung der Redaktion der „Einigkeit“ einverstanden zu erklären. Um endgültig zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, soll in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Genossen Kater gegenüber stellen wir hiermit fest, daß wir von einem angeblichen Protokoll sprachen, weil wir vom Vorhandensein eines solchen über die genannte Sitzung keine Kenntnis hatten. Das betreffende Protokoll ist im Buchhandel nicht zu haben, auch uns nicht zugegangen.

Wir haben und nunmehr an die Generalkommission um Ueberlassung eines Protokolls gewandt und behalten uns vor, auf den Inhalt desselben zurückzukommen. Die Redaktion.

**Sozialdemokratischer Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“.** Heute Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16. Vortrag des Genossen Gurland über: „Sozialreform oder Sozialrevolution?“ 2. Diskussion. **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 1. Juli, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr im Rathhaus (Eingang Jüdenstraße), Saal 109: Versammlung, freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn R. v. Waage über: „Der Ursprung des Lebens auf der Erde.“ — Gäste, Herren und Damen, sehr willkommen.

## Vermischtes.

### Unwetter-Nachrichten

Kommen auch aus den verschiedensten Teilen des Reiches sowie des Auslandes.

**Weidenfeld, 29. Juni.** Gestern Abend hat ein heftiges Hagelwetter in Saatal von Weidenfeld bis Nordelba und Hochbach großen Schaden angerichtet. In Weidenfeld sind besonders die Sommergeharnereien und Baumgärten davon betroffen. Ein Blitzschlag hat in Leben drei Gebäude in Brand gesetzt.

**Speitau, 29. Juni.** Gestern nachmittags gingen mehrere schwere Gewitter nieder. In der Stadt hat der Blitz an mehreren Stellen eingeschlagen. In Dittersdorf wurde der Stellenbesitzer Schmiedchen in seiner Wohnstube vom Blitz getötet. In Oberdorf wurde eine Weisung eingekassiert. Die Wücheldorfer Feldflur ist durch Hagelschlag stark beschädigt.

**Breslau, 29. Juni.** Schwere Gewitter und wolkenbruchartige Regengüsse haben gestern in verschiedenen Teilen Schlesiens sehr bedeutenden Schaden angerichtet. Zahlreiche Gebäude wurden durch Blitzschläge eingekassiert, und mehrere Menschen sind vom Blitz erschlagen.

**Bamberg, 29. Juni.** Durch Hagelschlag sind gestern die Ortschaften Stöffelsbach, Stettfeld, Rodstadt und Lautergrund sowie die Landchaft Raimonsward bis Raimleus schwer betroffen worden. Es fielen Hagelstücke in der Größe von Hühneriern. Die Feldfrüchte sind zum größten Teil vernichtet.

**Pöfen, 29. Juni.** Pöfen und Umgebung wurde gestern Abend von fünfstründigen, überaus heftigen Gewittern heimgesucht, wobei der Blitz an etwa zwanzig verschiedenen Stellen zündete und Gebäude einäscherte. Das Wasser drang in die Kellerwohnungen ein. Der Hagelschlag vernichtete vollständig die Palm- und Obstbäume.

**Alß, Böhmen, 29. Juni.** Die diesige Stadt und Umgegend wurde gestern Abend von einem fürchterlichen Gewitter, verbunden mit Wolkenbruch, heimgesucht. Viele Häuser stehen unter Wasser, mehrere Straßen wurden aufgerissen. Die Flüsse traten über die Ufer und rissen Brücken ein. In mehrere Häuser hat der Blitz eingeschlagen.

**Wien, 29. Juni.** Ueber die Stadt und die Umgebung ging gestern Abend ein wolkenbruchartiger Gewitterregen mit Hagel nieder und überflutete alle Straßen, Felder und Gärten mit stellenweise meterhohen Wassermassen. Der Schaden ist bedeutend; die diesjährige Ernte ist zum größten Teil vernichtet.

**Madrid, 29. Juni.** Die fürchterliche Hitze, die vielfach von heftigen Gewittern begleitet ist, hält überall in Spanien an. In Casafola, Provinz Zamora, erschlug gestern der Blitz einen Bauernknecht. Zwei Maultiere und zwei Schmitter erstickten vor Hitze. In Azevala, Provinz Avila, wurden zwei Arbeiter vom Blitz getötet, ein Schmitter starb durch Blitzschlag. Ein Jyllon zerstörte einen Teil des Städtchens Nebinael, Provinz Sorria. Ein heftiges Hagelwetter tobte in Logrono. Die Körner waren bis zu einem halben Pfund schwer und zerschlugen sogar Dachziegel. Die ganze Umgegend ist verwüstet. Der in der Stadt allein angerichtete Schaden wird auf zwei Millionen Pesetas geschätzt. In Madrid waren gestern 36 Grad Celsius im Schatten. Der Universitätsprofessor Fernando Vrieva mußte einer Irrenanstalt überwiesen werden.

**London, 29. Juni.** Schwere Regengüsse bei starkem Sturm haben in vergangener Nacht ganze Distrikte im Norden von London unter Wasser gesetzt, so daß der Straßen- und Sorortbahverkehr zeitweise eingestellt werden mußte. In den Gärten und den Feldmarken der Umgebung von London ist erheblicher Schaden angerichtet worden.

### Eine lustige Szene

spielte sich dieser Tage in einer Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums der industriereichen Kreisstadt Dagen in Wexfoten ab,

Einer der Stadtväter referierte über die Benennung neuer Straßen und führte aus, daß sich die Vergte sehr geehrt fühlen würden, wenn drei Straßen die Namen Webring, Hoch- und Königsstraße erhalten würden. Unter fürmischer Heiterkeit führte hierauf ein anderer Stadtvater aus, daß alle drei Straßen Zugangstraßen zum Friedhof bilden und es daher sehr zweifelhaft sei, ob sich die Vergte durch die vorgeschlagenen Benennungen besonders geschmeichelt fühlen würden.

**Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten** in diesem Fiskaljahr wird auf über eine Million geschätzt. Bis zum 1. Juni waren es 870 000. Am stärksten ist Oesterreich-Ungarn vertreten, dann folgen Italien und Rußland. Doch nicht wenige zurückgewiesen wurden, erkennt man daran, daß allein im Mai 1753 Personen die Landung verweigert wurde. 31 Proz. der Einwanderer gaben New York als Reiseziel an, 20 Proz. Pennsylvania, 7 Illinois und Massachusetts, 5<sup>1/2</sup> New Jersey und Ohio. Wenige gehen nach dem fernen Westen und noch weniger nach dem Süden. Ein Einwanderungsbureau für die südlichen Staaten ist neuerdings in New York errichtet worden; man braucht noch viele billige Arbeiter in den Fabriken im Süden, und verlockend sind die Verhältnisse dort nicht, am wenigsten für deutsche Arbeiter.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthafen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-68 pr. 100 Pfund, Ia 58-64, IIIa 53-56, IVa 46-51, engl. Rullen 0,00, dan. Rullen 0,00, voll Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelfländer 100-110, Ia 80-85, IIa 70-75, IIIa 57-68. Hammelfleisch Ia 72-76, IIa 62-70, Schweinefleisch 61-67. Rindfleisch per Stück 0,00, Hühner, alte, Stück 1,50-2,00, junge, per Stück 0,50-0,80. Tauben, junge 0,35-0,52, alte 0,25. Enten, prima, per Stück 1,75-2,00, Hamburger, junge, per Stück 2,25-2,50. Gänse, junge, per Pfd. 0,55-0,65, per Stück 3,00 bis 4,25. Geste 100-101, groß 0,00. Scherz 70-76. Vögel 00. Hühner, groß 1,22-1,31, mittel 1,05-1,08, klein 74, unfr. 82-106. Wägen 0,00. Flunders, vom 1. p. Schod 3,00-6,10. Kieler, Steige Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-4, do. klein per Riste 0,00. Gädlinge, engl. per Ball 0. Kieler 2,00-4,50, Straßburger 4-5,50. Kote, groß p. Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-1,00, II. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Ball 0,00, III. per Riste 0,00. Sardellen, 1902er, per Unter 85,00, 1901er 55,00, 1900er 80,00. Schollische Vollheeringe 1905 0,00, largo 40-44, full 30-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Rattjes, per 1/2, 10. 60-120. Quummern, IIa 100 Pfd. 0,00. Arelie, per Schod, mittel 11, kleine 3,50-5, unfruchtbar 0,00 bis 0,00,00. Gädlinge, mittel 0,00. Eier, Land, per Schod 3,15, frisch 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109-112, IIa 103-106, IIIa 100-103, abfallende 95-100. Saure Butten, Schod 4,00-4,25, Westergärten 4-4,50. Käse, Hartkäse per 100 Pfd. magr. bon. 2,25-2,40, wie Daberke 2,10-2,25, munde weisse 1,80-2,10, Ralla 0,00, Sommer-Ralla 00-00,00, ital. 3,50-5,00, ung. 3,50-4,50. Rens, hiesige per 100 Pfund 3,50-4,50. Spinat, per 100 Pfund 5,00-8,00. Karotten per Schod 2,00 bis 2,50. Kohlrabi, per Schod 0,75-1,25. Rettig, bayr., per Schod 2,40-4,60. Rabarber, Dampf, per 100 Pfd. 0,00. Nudelfleisch, per Schod 0,60-1,25. Salat, per Schod 1,00-1,25. Spargel I per Pfd. 0,20 0,30, II 0,10 bis 0,16, III 0,05-0,08. Beiliger I 0,30-0,40, II 0,20-0,28, III 0,5-0,12. Bruchspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 30-60. Erbsen, hiesige, per 100 Pfd. 6-12. Westeringe per Pfd. 0,30-0,40. Mohrrüben per Schod 2,00-2,50. Blumenteehl per Kandel 1,50-2,50. Birlingelöl per Kandel 1,00-2,00. Steinpilze per Pfd. 0,33. Tellower Rübren per Pfd. 0,22-0,25. Stachelbeeren 100 Pfd. 12-18. Kirichen, ital., 100 Pfd. 0-0, Gaudener 0,00, Werderische 0,00, schlesische 0,00, Ratten, Werderische 22-24. Blaubeeren, per Pfd. 0,10-0,18. Erdbeeren, hiesig, per 100 Pfd. 25-30, franz. per Pfd. 0,00, Beiliger per Pfd. 0,00, Werderische per Pfd. 0,00. Dresdener Rübren per Pfd. 0,00. Dress. Garten per 100 Pfd. 0,00, hiesig Rübren per Pfd. 0,15-0,20. Pfannkuchen, ital. runde, per Pfd. 0,10-0,11. Zitronen, Messina, 300 Stück 12,00-15,00, 300 Stück 10,00-12,00, 200 Stück 7,00-12,00, 420 Stück, klein 7,00. Weintrauben, Weißer, per 100 Pfd. 0,00

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentags von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Wunschzettel und eine Zahl als Markzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

**W. 2. 22.** Das Mädchen kann am Sonnabend gehen. — **W. 31.** Vollzeit, Rundbureau. — **Schlesien 58.** Ihre gerichtlich Ihnen eingeräumte Waise geht keineswegs durch Beitreibung oder Abstreifen verloren. — **W. 24. 86.** Wenden Sie Ihren Anspruch bei dem Gewerbeamt geltend. — **W. 8. 2.** Da die Räumungsfreiheit für Ruten usw. eine längere ist, so könnten Sie diesen nur zum nächsten Termin kündigen. — **Franz B.** Ja: Sie hätte bis am 3. April zum 1. Juli kündigen können. Da diese ausnahmsweise für Erben geltende Frist verstrichen ist, gilt die des Vertrages. — **W. R.** Jedes Regiment kann hierüber besondere Vorschriften treffen. — **W. U. 100.** Eine Grenze der Pfändung ist bei Alimentenbezügen ehelicher Kinder nicht vorgeschrieben. — **W. 53.** 1. Wenn deshalb Beschreibung erfolgt, ja. 2. 4. Kein, das wäre Bigamie, die mit Zuchthaus bedroht ist. 5 u. 7. Kein. 6. Nur wenn gerichtliche Schiedung ausgesprochen wird. — **W. 24. 30.** **W. 31.** Sie können nur und auch dies nur, soweit nicht etwa der Inhalt Ihres Vertrages entgegensteht, Verleistung des Miethandes verlangen, eine Frist hierfür anzugeben und nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Miethand selbst durch einen Kommerzieller auf Kosten des Miethes befehlen lassen und die Kosten einlagern. — **W. 6. 77.** 1. Schwereich, 2. Naturalisation, ja. — **W. W. 300.** Die Kündigung ist gültig. — **1000 R.** Sie haben zu spät gekündigt, weil Sie unseren Hinweis über rechtzeitige Kündigung im Lokalen vom 27. Juni unbeachtet gelassen haben. — **100 C.** Sie müssen die Kosten, die Ihnen vom Gegner zu richten sind, durch Gerichtsbefehl festsetzen und dann betreiben lassen. — **W. 30.** Doroß. — **W. W. 26.** 1. Rechnen Sie Raten- oder sonstige Zahlungen ab. Ob Sie zahlen oder nicht, ist für die Lasten, daß bis Dezember 1906 Ihr Wahlrecht ruht und dann wieder ausbleibt, unerschlich. 2. Rechnen Sie Zahlung ab. — **W. A. 50.** 1. Hohenollernstr. 3. 2. Das ist möglich. — **A. D. 70.** Sie können mit Rücksicht auf Erfolg beim Amtsgericht auf Herausgabe der Kapiere usw. und Lohn bis zum 12. April klagen. Ein weiter gehender Anspruch hat leider wenig Aussicht auf Erfolg. — **W. R. 13.** Wenden Sie sich an den Vorsitzenden der Kasse, Hing, Prinzstr. 66. — **W. 6. 12.** Das uneheliche Kind Ihrer Frau, dem Sie Ihren Namen beigelegt haben, trägt nur Ihren Namen. Es birge also z. B. Schulze, und nicht: Schulze genannt Müller. 2. Anmeldeblatt besteht. Gewerbesteuer ist zu zahlen, wenn die Anlagelosten 3000 oder der Jahresverdienst 1500 M. übersteigt. — **W. 5.** 1. Kein. 2. Gerichtliche Schiedung wäre maßgebend, eventuell michte Substantiation teilungshafter statthaben. — **W. 8. 31.** 1. In Gollap und Köpen. 2. Am 1. Juli. — **W. 6. 100.** Klagen Sie auf Reparaturherstellung und Schadenersatz. Sie können auch den Wert zur Reparatur ausfordern, ihm anrufen, nach fruchtlosem Ablauf einer Frist die Reparatur selbst auf seine Kosten vornehmen zu lassen und die Drohung anzuhängen. Sagt Ihr Vertrag nichts Gegenteiliges, so wären Sie zur Klärung und Einbehaltung der Rente berechtigt. — **W. 100.** 1-5. Sind die Erben einig, so können Sie so wie Sie wollen die Erbchaft regulieren. Zur Bestätigung eines Grundstückes ist gerichtliche Auflassung oder notarieller Vertrag erforderlich. Die Kosten betragen in Ihrem Fall etwa 100 M. 6. Ja. — **W. 3.** Kein. — **W. 8. 44.** Wenn Ihr Vertrag nichts Gegenteiliges enthält und wie die meisten Berliner Verträge die Aufrechnung ausdrücklich, dann können Sie gegen die Rente aufrechnen. — **W. 21. 100.** In Straßburg. — **Rödenia 1906.** 1. 7000 Meter. 2. Bis 4. Ueber private Gesellschaften Ruchst zu erteilen, müssen wir ablehnen. — **W. R. Ribbort.** Ein Gastwirt ist zum Verkauf seiner Waren nicht verpflichtet, doch kann in der Art der Abrechnung eine Beleidigung liegen. — **W. 6. 100.** Kein, nur berechtigt. — **W. 13.** Bei dem Zollamt (Posthof) erhalten Sie Auskunft.

### Witterungsüberblick vom 29. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad C
Solmsbrunn	757,5	SE	3 wolkig	21	Saparanda	745,5	—	4 heiter	12
Damburg	756,5	—	2 bedekt	18	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	757,5	SE	5 Gewollt	17	Seilly	764,5	SE	4 wolkig	13
Frankfurt a. M.	759,5	SE	3 bedekt	20	Aberdeen	765,5	SE	3 heiter	9
München	761,5	SE	5 heiter	22	Paris	768,5	SE	5 wolkig	19
Wien	760,5	—	1 wolkenlos	24					

### Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. Juni 1906.

Zunächst kühl, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden; später wieder ziemlich heiter.

**Berliner Wetterbureau.**  
Wasserstand am 28. Juni. Elbe bei Anhalt + 0,60 Meter, bei Dresden - 0,86 Meter, bei Magdeburg + 1,43 Meter. — Uckeritz bei Stralburg + 1,40 Meter. — Oder bei Anhalt + 1,47 Meter, bei Dresden Oberpegel + 5,14 Meter, bei Dresden Unterpegel - 0,36 Meter, bei Frankfurt + 2,21 Meter. — Weichsel bei Drogenbünde + 3,64 Meter. — Warthe bei Posen + 1,10 Meter.



Fünfzehn Jahre Kampf und Sieg der Maurerbewegung.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands kam am 1. Juli d. J. auf ein 15jähriges Bestehen zurück. Freilich die ganze Geschichte der deutschen Maurerbewegung beschränkt sich weder auf diese fünfzehn Jahre, noch auf den Zentralverband. Er hat seine Vorgänger gehabt. Der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhausbund, der Fachvereine der achtziger Jahre haben vor ihm bestanden und haben vor ihm gewirkt. Aber diese Organisationen haben es nie auch nur annähernd zu der Bedeutung des heutigen Zentralverbandes bringen können. Der die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß das kein Vorwurf sein soll und kein Vorwurf sein kann. Was der Zentralverband heute ist, das ist er geworden als Glied der gesamten deutschen Arbeiterbewegung: ein Produkt der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und ein Erfolg der Aufklärungs- und Aufreißungsarbeit, die von und in der Arbeiterklasse allgemein geleistet worden ist.

Als die Zeit erfüllt war, als das Ausnahmegesetz gefallen war, da traten in den Pfingsttagen des Jahres 1891 die Delegierten der Fachvereine in Göttingen zusammen, um den alten Geist in neue, festere und bessere Formen zu gießen, um den Zusammenschluß aller Maurerfachvereine in einem Zentralverband der Maurer Deutschlands zu bewirken. Auch die Fachvereinsbewegung hatte schon ganz ansehnliche Mitgliederzahlen aufgebracht, auf dem Kongreß zu Göttingen waren 24 000 organisierte Maurer vertreten, während die Gesamtmitgliedszahl nach einer von der damaligen „Geschäftskommission“ veranstalteten Umfrage 33 447 betragen sollte. Der Göttinger Kongreß ward seiner Aufgabe gerecht, er beschloß am 12. Mai mit 94 gegen 6 Stimmen die Gründung des heutigen Zentralverbandes. Ende Mai erließ der Vorstand einen Aufruf zur Bildung von örtlichen Verwaltungsstellen und gab bekannt, daß der Anschluß an den Verband am 1. Juli erfolgen könne. In diesem Tage ist denn auch die Konstituierung des Verbandes mit circa 50 örtlichen Verwaltungsstellen erfolgt. Die Kämpfe, die damals innerhalb der Maurerbewegung um das Zentralisationsprinzip ausgefochten wurden, sind heute längst vergessen, der Streit ist längst zugunsten der zentralisierten Form entschieden. Aber in den ersten Jahren des Verbandes hatte er eine große Bedeutung; er stellte an vielen Orten der Organisation mancher Hindernisse entgegen.

Die ersten Jahre des Verbandes waren nicht nur für die Maurer, sondern für die gesamte Bauarbeiterklasse schwierige Zeiten. Handel und Wandel lag darnieder, die Arbeitslosigkeit war bei den baugewerblichen Arbeitern eine chronische Erscheinung. So kann es nicht wundernehmen, wenn wir in diesen Jahren absolut keinen Fortschritt in der Organisation sehen. Am Schlusse des ersten Geschäftsjahres zählte der Verband in 168 örtlichen Mitgliedschaften 13 515 Mitglieder, in den folgenden Jahren sank sie sogar auf 10 000 herab. Es hatten sich bei weitem nicht alle Fachvereine dem Verbande angeschlossen; so traten z. B. von den 33 Vereinen der Provinz Brandenburg im ersten Jahre nur 10 zum Verband über. Auch mit finanziellen Schwierigkeiten hatte der Verband arg zu kämpfen. Der Beitrag betrug in jenen Jahren 10 Pf. pro Woche und in den sechs Sommermonaten noch geringfügige Extrabeiträge, aber trotzdem war die Lage über die „hohen Beiträge“ das Hauptübeln in der Agitation. Nur langsam überwand der Verband diese Schwierigkeiten. Vom Jahre 1895 an machte sich die Besserung bemerkbar; im Hochsommer zählte er 17 800 Mitglieder, das Jahr 1898 schloß bereits mit 28 600 Mitgliedern ab. Nun ging es in raschem Tempo aufwärts. In demselben Maße wie die Zahl der Mitglieder wuchs, besserten sich auch die Finanzen und erhöhte sich damit die Kampfkraft der Organisation. Die folgende Tabelle gibt Wachstum und Wirken des Verbandes in gedrängter Kürze wieder:

Table with 6 columns: Jahr, Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres, Gesamteinnahme M., Beitragsleistung pro Mitglied M., Gesamtausgabe M., Davon ward für Streikzwecke verausgabt M. Rows from 1891 to 1905.

In dieser Zeit hat der Verband dem Unternehmertum viele und oft ungeheure hartnäckige Kämpfe geliefert. Aus den früheren Jahren ist besonders der Kampf der Leipziger Maurer zu erwähnen, der im Jahre 1897 vom 15. Juni bis zum 10. Oktober dauerte. Die Maurer bestanden darauf den Streik und im Dezember desselben Jahres boten die Unternehmer von selbst Verhandlungen an, und die Forderungen wurden bewilligt. Zwei Jahre später war die Aufsperrung in Berlin, die 14 Tage dauerte und mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endigte, der in hervorragender Weise merkwürdig für die Tarifbewegung wirkte. Im Jahre 1902 handelte es sich um die Niederzwingung des Hamburger Bauprogramms, das zur Aufsperrung getroffen hatte. Nach achtwöchigen Kämpfen waren die Innungen matt geschlagen. Im folgenden Jahre waren besonders Hannover und Kassel der Schauplatz harter Zusammenstöße; beide Kämpfe endeten nach langer Dauer mit dem Siege der Arbeiter. Das Jahr 1904 brachte außer den heftigen Konflikten in Bremen und in den Unterelbregionen die Aufsperrung im Rheingau, die mit der Niederlage der Unternehmer und Abschluß von Vereinbarungen endete. Im letztvergangenen Jahre traten besonders die Aufsperrungen in München und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hervor. In beiden Fällen mußten die Unternehmer, die ausgezogen waren, um die Organisation zu vernichten, wesentliche Konzessionen machen.

Das sind natürlich nur die wichtigsten, die am meisten hervorgetretenen Kämpfe. Was im ganzen während der 15 Jahre auf dem Gebiet der Lohnbewegungen erreicht ward, ist in dem Rahmen dieses Artikels auch nicht im entferntesten wiederzugeben. Eine Andeutung findet es in den folgenden Angaben: Der Durchschnittslohn für die Maurer im gesamten Deutschen Reich betrug pro Stunde im Jahre 1890 ... 83%, Pf. 1900 ... 41%, Pf. 1905 ... 48 Pf. Was in dieser Beziehung im Jahre 1905 geleistet wurde, geht aus einer Publikation des Verbandesvorstandes in der Nr. 28 des „Grundstein“ hervor. Danach kamen bei der Lohnbewegung insgesamt 688 Lohnbezirke in Betracht. Die nachgesuchten Verhandlungen wurden in 407 Fällen von den Unternehmern getätigt, in 176 Fällen abgelehnt. Von den Verhandlungen hatten 163 keinen, 21 nur teilweisen Erfolg. Diese 349 Fälle von Differenzen wurden folgendermaßen erledigt:

- 67 Fällen wurden eine Verbesserung der Lohn- und Bedingungen gewährt ohne Unterhandlungen und Streik;
• 41 Fällen wurde die Forderung in Rücksicht auf ungünstige Verhältnisse zurückgezogen;
• 67 Fällen kam es zur Aufsperrung;
• 181 Fällen kam es zum allgemeinen Streik und
• 23 Fällen zum partiellen Streik.

Die Lohnbewegung wurde demnach erledigt in: 301 Lohnbezirken durch Entgegenkommen der Unternehmer; 41 Lohnbezirken durch Zurückziehen der Forderung; 241 Lohnbezirken durch allgemeinen resp. partiellen Streik oder Aufsperrung. Von 241 allgemeinen resp. partiellen Streiks resp. Aufsperrungen hatten 212 vollen resp. teilweisen Erfolg. Somit endete die Bewegung in 513 Lohnbezirken mit Erfolg, und zwar in 206 mit vollem und in 317 mit teilweisem Erfolg. In 70 Lohnbezirken war ein Erfolg nicht zu verzeichnen. Erreicht wurde in: 310 Lohnbezirken eine Erhöhung des Stundenlohnes; 197 Lohnbezirken eine Erhöhung des Stundenlohnes in Verbindung mit Verlängerung der Arbeitszeit; 1 Lohnbezirk Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnerhöhung; 5 Lohnbezirken andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen; Tarifverträge wurden 189 abgeschlossen. Dieselben umfaßten 209 Lohnbezirke. Die Verlängerung der Arbeitszeit in den 198 Lohnbezirken erstreckt sich auf 975 Orte mit circa 82 571 Maurern. Daran sind beteiligt: 18 800 Maurer mit 1/2 Stunde pro Tag 10 271

Für die Lohnerhöhung kommen in den 507 Lohnbezirken 3589 Orte mit circa 108 761 Maurer in Betracht. Ist nun auch nicht jedes Jahr so fruchtbringend gewesen wie das Jahr 1905, so geht doch aus den oben mitgeteilten Durchschnittsziffern hervor, daß die Bemühungen des Verbandes in dieser Beziehung immer von gutem Erfolge begleitet gewesen sind. Von den Genossen, die bei der Gründung des Verbandes schon an leitender Stelle standen, sind gegenwärtig nur noch drei im Verbandsamt tätig. Nämlich Joh. Sianing, der Verleger des „Grundstein“; er ist schon in den siebziger Jahren im Allgemeinen Deutschen Maurerverein und im Maurer- und Steinhausbund agitatorisch hervorgetreten und kann somit auf eine mehr als dreißigjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken. Derselbe Ehre dürfen für sich in Anspruch nehmen Genosse August Dachsne-Berlin, der ununterbrochen Vorsitzender des Verbandsamtes ist, und Joh. Köster, der auf dem ersten ordentlichen Verbandstag, Kassel 1892, als Verbandskassierer gewählt wurde und seit dieser Zeit dem Vorstand angehört.

Am Tage des fünfzehnjährigen Bestehens des Verbandes kann sein Organ „Der Grundstein“ eine andere frohe Kunde ins Land tragen: seine Auflage hat die 200 000 überschritten! Er feiert dies Ereignis in einem schwungvollen Zeitgedicht „Empor!“ von Karl Frohne und in einem Artikel, der die 15 Jahre Verbandsarbeit würdigt. Mit den Maurern freut sich die ganze organisierte Arbeiterschaft des Erfolges und wünscht ihnen weitere Erfolge und Siege hinzu!

Gerichts-Zeitung.

„Starke Fählung mit der Sozialdemokratie.“ Diese schwere „Beleidigung“ wurde dem lokalen und hochpatriotischen Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine Hamburgs abseiten der Boermann-Linie gemacht, weil er es gewagt hat, eine Enquete über die Wohnverhältnisse an Bord der Hamburger Schiffe für Kapitäne und Offiziere zu veranstalten. Das paßt der Boermann-Linie nicht, die folgenden Klagen ertöhen: „An unsere Kapitäne und Offiziere! Die Richtung des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine Hamburgs zeigt in letzter Zeit starke Fählung mit der Sozialdemokratie. Wir halten eine betrieblige Tendenz dieses Vereins mit der Würde unserer Kapitäne und Offiziere unvereinbar und können auch unsererseits keinerlei Einmischung in interne Angelegenheiten unserer Reederei dulden. Wir sind daher gezwungen, wenn der Verein seine jetzige Haltung nicht aufgibt, unseren Kapitänen und Offizieren die Mitgliedschaft in diesem Verein zu untersagen, was wir hiermit zur Kenntnis bringen. gez.: Die Boermann-Linie.“ Ein zweiter „Beschl.“ unterlag den Kapitänen und Offizieren die Verantwortung der Fragebogen. „Etwas Wünsche unserer Kapitäne und Offiziere sind stets direkt an uns zu richten und werden wir niemals eine Einmischung des Vereins anerkennen.“ Eine solche Sprache beliesien ja kaum die Oberbefehlshaber gegen ihre Arbeiter, deren Koalitionsrecht sie mit schäuflicher Mißverständnisse und falschen Gerüchten herbeizuführen, wandte sich der Verein der R. u. D. durch seinen Vorsitzenden, Kapitän Bremer, Wasserdeffizient der Marine, an die W. L., die antwortete: „Wir haben keinen Anlaß, mit Ihnen über die innere Einrichtung unseres Dienstes zu verhandeln.“ Der Verein der Kapitäne und Offiziere beschritt gegen die W. L. (Kommunisten: Adolf und Eduard Boermann, A. F. Felger und A. G. Amstutz) den Klagenweg und zwar beantragte er, der Besagten unter Festsetzung einer angemessenen Geldstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu verbieten, die Behauptungen: „Die Richtung des qu. Vereins zeigt in letzter Zeit starke Fählung mit der Sozialdemokratie“ und „wir halten eine betrieblige Tendenz dieses Vereins mit der Würde unserer Kapitäne und Offiziere unvereinbar usw.“ aufzustellen und zu verbreiten. Diese Klage gelangt vor der Zivilkammer IV des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung. In der Klagebegründung weist der Verein der R. u. D. die ihm unterirdische „Tendenz“ weit zurück, hebt seine Beteiligung und Väterlichkeit bei der Verfassung und Beratung von Entwürfen auf dem Gebiete der Seegesetzgebung und von nautischen Einrichtungen hervor und schildert die Notwendigkeit des korporativen Zusammenschlusses der Kapitäne und Offiziere. „Der Verein hat zu keiner Zeit parteipolitischen Bestrebungen nachgegeben, seine Leitung und seine Mitglieder haben in der Betätigung ihrer unerlöschlichen Treue für Kaiser und Reich ihr politisches Glaubensbekenntnis zum Ausdruck gebracht.“ Und solche guten Leute werden sozialdemokratischer Gesinnung verdächtigt, die an anderer Stelle ausführen: „Selbstverständlich will der Mann nicht der Besagten das Recht bestreiten, ihren Kapitänen und Offizieren die Ausmitleitung an den Verein zu unterlegen.“ Diese geradezu lässliche Anschauung wird in demselben Klagenzuge unter Hinweis auf das sozialpolitische Interesse der Enquete abzuwischen gesucht, worauf in längeren juristischen Ausführungen betont wird, daß die Behauptung, der Verein unterhalte in letzter Zeit eine starke Fählung mit der Sozialdemokratie, beleidigend sei und den Mitgliederstand des Vereins gefährde. Als ein Verstoß gegen die guten Sitten wird die Drohung der W. L. bezeichnet, eventuell ihren Kapitänen und Offizieren die fernere Mitgliedschaft in dem Verein der Kapitäne und Offiziere untersagen zu wollen. Wie aus der Klagebegründung hervorgeht, hielt sich in den Köpfen der Kapitäne und Offiziere die Welt kalteiselpartig wieder. Die Herren fühlten wohl die Schmach der ihnen abseiten des prologischen Reedertums zu teil gewordene Behandlung, aber ihr „Stondbewußtsein“ — rotes Stundebüchlein — läßt es nicht zu, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Deshalb glauben sie, durch Hervorhebung ihrer lokalen Gesinnung und durch weites Überdrehen von der Sozialdemokratie um gut Weiter Wasen zu sollen. Eine solche Gesellschaft wird von ihren Arbeitgebern nicht gefördert. Rühl wies die W. L. jeden Vergleichsvorschlag zurück, indem sie einfach sagte: „In unsere Maßnahmen lassen wir uns von unieren Angeestellten nicht hineinreden.“ Vielleicht führte diese Behandlung dazu, daß

die Herren Kapitäne und Offiziere einmal ernsthaft über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nachdenken. Das Gericht fällt folgendes Erkenntnis: Die Besagten werden bei Weidung einer Geldstrafe von 500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verurteilt, die Aufstellung und Verbreitung der Behauptung, die Richtung des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere usw. zeige in letzter Zeit starke Fählung mit der Sozialdemokratie, zu unterlassen. Den Besagten werden die Kosten des Verfahrens aufzulegt. Die Boermann-Linie bleibt trotz alledem der „Herr“, dem die Kapitäne und Offiziere gerade durch diese Klage bewiesen haben, wie weit von wirklicher politischer Selbständigkeit sie entfernt sind. Ein innerlich freier Mensch strengt wegen der Behauptung, daß er eine Gesinnung habe, keinen Prozeß an.

Oeffentliche Angelegenheiten.

In einer Versammlung von Metallarbeitern der Zeche „Rheinland“ hatte der Referent Hirtzler vom christlichen Verband auf Grund des ihm schriftlich unterbreiteten Materials über die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter jener Zeche gesprochen und zum Schluß den Eintritt in den Verband empfohlen, damit es besser werde. Der Einbrucher und Leiter Batenpohl, der wegen Nichtanmeldung einer zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmten Versammlung angeklagt worden war, wurde in zweiter Instanz freigesprochen. Das Landgericht meinte, daß es sich hier um keine Versammlung im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes handele. — Das Kammergericht hob am 23. Juni das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es wäre ein Rechtsirrthum, wenn das Landgericht davon ausgehe, daß niemand durch eine Erörterung der Arbeitsverhältnisse in einem bestimmten Betriebe öffentliche Angelegenheiten erörtert würden. Der Fall sei sehr wohl denkbar, daß eine Erörterung lokaler Verhältnisse die Oeffentlichkeit berühre. Dann sage das Landgericht, die Erörterung allgemeiner Verbandsangelegenheiten beziehungsweise öffentlicher Angelegenheiten wäre jedenfalls nicht von vornherein abschätzig gewesen und schon deshalb könne der Einbrucher und Leiter nicht bestraft werden. Auch das wäre bezüglich des Leiters nicht richtig. Allerdings sei eine Versammlung nach § 1 des Vereinsgesetzes nur anmeldspflichtig, wenn in ihr öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten. In dessen könne eine an sich nicht anmeldspflichtige Versammlung in ihrem Verlaufe durch ungehinderte Erörterung öffentlicher Angelegenheiten den Charakter einer zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmten Versammlung annehmen, das heißt zu einer anmeldspflichtigen Versammlung werden. Der Leiter einer zuerst nicht anmeldspflichtigen Versammlung, der jenes nicht verhindern (im Falle durch Schließung), mache sich strafbar nach §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes, falls eben die Versammlung nicht angemeldet sei. — Bei der nochmaligen Verhandlung soll das Landgericht diese Rechtsauffassung berücksichtigen. — Nach diesem Urteil müßten die Kammergerichtsräte selbst angeklagt werden, wenn sie in einer juristischen Gesellschaft spekulieren und beim Souper über die „Arbeitsverhältnisse“ der Richter sich unterhielten, falls dies Gespräch auf die Erörterung der Notwendigkeit sich erstreckt, den Landtag oder die Justizverwaltung zwecks Milderung der „Arbeitslast“ oder zwecks Erhöhung der Gehälter anzugehen. In solch unsinnigen vermeintlichen Folgen der Gesetze gelangt der Richter, der nach dem Schema arbeitet: „Bist es keine Möglichkeit, in diesem Falle zu streiken?“ und dem zur Grundlage seiner sogenannten Gründe und Entwürfen Schattenbegriffe an Stelle dem wirklichen Leben entnommener Vorstellungen macht.

Von einer kaum glaublichen Gefährlichkeit zeugt die Tat, welche gestern den Möbelpolierer Alfred Barteldt unter der Anklage des Raubdiebstahls vor die 2. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der 24jährige Angeklagte lernte am 1. November v. J. den Tischler Otto Koch kennen, der ihn zu einem Glase Bier einlud. Beide besaßen sich in ein Schanklokal in der Straußbergerstraße, in welchem eifrig gezecht wurde. Ritten in der Unterhaltung begriffen sog Koch, der Gewohnheitsdrinker war, vermutlich von einer plötzlichen Gedanksummenation befallen, einen Revolver hervor und schloß sich, daß es jemand verhindern konnte, eine Kugel in den Kopf. Es entstand in dem Lokal ein großer Tumult, alles fürte nach einem Arzt und nach der Polizei, während der Angeklagte sich um Koch, den der Schuß sofort getötet hatte, als barmherziger Samariter bemühte. Seine Handlung war jedoch nicht etwa die Sorge um den Unglücklichen, der blutend am Boden lag, sondern stellt sich als eine ungläubliche Dummheit und Gefühlslosigkeit dar. Der Angeklagte benutzte nämlich die Gelegenheit, um dem Toten das Portemonnaie aus der Tasche zu ziehen. Dies war jedoch beobachtet worden. Der Angeklagte wurde festgehalten und der Polizei übergeben, die sofort feststellte, daß er noch ein größeres Scheidgeldkonto zu begleichen hatte. Aus der Strafanstalt Altona wurde vorgeführt, stand Barteldt nunmehr gestern vor dem Strafgericht. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Justizstrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Wegen zweier Knabenmorde zum Tode verurteilt.

Das Rottbuser Schwurgericht sprach vorgestern abend nach vierstündiger Verhandlung den Bergarbeiter Max Koblich aus Hübiger für bei Senftenberg schuldig des Mordes begangen an zwei Knaben. Das Gericht verurteilte den leugnenden Angeklagten darauf zum Tode. Die Verhandlungen entrollten ein entsetzliches Bild eines homoferuellen, aber nach dem übereinstimmenden Gutachten der Ärzte nicht geisteskranken Mannes, der ein sehr bewegtes Leben hinter sich hat. Zur Last ist dem Angeklagten gelegt, daß er am 1. Mai vergangenen Jahres im Draßboiser Walde den 12jährigen Schulknaben Max Hillinski und am 17. Juni dieses Jahres den 14jährigen Schulknaben Paul Lohmann aus Reuto ermordet hat. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich heraus, daß der Angeklagte auch eines dritten noch unauferlegten Mordes, begangen an dem 15jährigen Arbeitersohnen Labock verdächtig ist. Beide ermordeten Knaben hat der Angeklagte, der viel mit Knaben sich abgab, an sich gelockt und scheint vor der durch Erklärungen vorgenommenen Ermordung Sittlichkeitsverbrechen an seinen Opfern begangen zu haben.

Vorleben des Angeklagten.

Der Angeklagte ist im Jahre 1878 in Quedlinburg bei Wiedlau geboren. Vom Schulbesuch ist er als Junge von seiner Mutter abgehalten worden, die ihn zum Schnapsholen gebraucht hat. Ebenfalls war der Vater dem Trunke ergeben und sehr oft mit dem Strafgeiste in Konflikt geraten. Der Angeklagte kam dann in eine Erziehungsanstalt in Gr. Molen. Er erlernte darauf das Schmiedehandwerk. Sein Lehrer, der auch dem Trunke ergeben war, verbrachte dem Jungen die Wäcker, durch welche sich dieser weiterbilden wollte, und weil er ihn schlug, ist der Junge ausgerückt. Er kam nach Frankreich, Belgien, Ostafrika und Sumatra, wo er die Palastmusik durchmachte. Mit einem Altkriegsschiff erlitt er aus. Durch die Trunksucht der Eltern ist er, wie der Oberarzt Dr. Wörntgen (Soran) begutachtete, erblich hysterisch belastet. Unterliegt durch einen Unfall in Belgien längere Zeit einer Säugung eingetreten, wobei er einige Tage die Sprache verloren hatte. Anfang der 90er Jahre kam er nach Deutschland zurück und wurde 1893 wegen schwerer Diebstähle und Betruges zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe kam er in die Senftenberger Gegend, wo er anfangs als Bergmann, später in einem Abraumgeschäft arbeitete und zuletzt ein unständiges Leben führte.

Im Senftenberger Bezirk suchte er durch sein rednerisches Talent sich mit Erfolg Einfluß beim Bergarbeiterverband zu verschaffen. Er gab jugendlichen Leuten im Alter von 12 bis 18 Jahren Nachhilfsstunden und Unterricht in Stenographie und Schindelschreiben. Vereinzelt ließ er sich auch dafür bezahlen. Bei Verteilung von gemeinschaftlichen und politischen Flugblättern und Schriften beteiligte er sich lebhaft. Doch wurde ihm bald berechtigtes Mißtrauen entgegengebracht.

Der Bergarbeitersekretär Gärtner in Senftenberg behauptete: Im Jahre 1904 ist Angeklagter dem Bergarbeiterverband beigetreten. Er führte renommierte Reden, weshalb ich Mißtrauen gegen Koblyk hegte; z. B. sagte er, als Redakteur der „Vollmacht“ in Breslau habe er ein Jahr Gefängnis gehabt. Auch sei er aus Desterreich ausgewiesen worden. Er sei in Waldenburg gewesen und nannte mehrere sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete, die er persönlich kenne. Auf briefliche Anfragen stellte sich alles als Schwindel heraus. Wir sagten uns, er muß wohl verschiedenes auf dem Kerbholz haben. Die Abhüttelung verzögerte sich durch Untersuchungen bis zum Morde. An dem Morde erwartete ich ihn um vier nachmittags in meiner Wohnung. Er kam aber nicht. Koblyk erzählte auch, daß er verheiratet sei und drei Kinder habe. Seine Frau habe mit einem Lehrer die Ehe gebrochen. Als ich ihm sagte, wenn er als Redakteur ein Jahr Gefängnis erhalten, so hätten es doch die Arbeiter als ihre Ehrenpflicht betrachtet, ihm eine andere Stellung zu besorgen, erwiderte er, er wolle das aus Idealismus nicht. Wenn

wir verheirateten Männer einmal über das Geschlechtsleben sprachen, bekam Koblyk ein Zittern. Vor Gericht gab Angeklagter zu, die Arbeiter beschwindelt zu haben, um bei ihnen Eingang zu finden.

#### Geisteszustand des Angeklagten.

Der Angeklagte ist sechs Wochen lang auf Antrag der Verteidigung in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand hin beobachtet worden. Die ärztlichen Gutachten gingen übereinstimmend dahin: Erstauslich sind die Kenntnisse und das Talent des Angeklagten gegenüber der schlechten Erziehung. In der Anstalt benahm er sich vom ersten Tage an klar in seinen Reden, er hat eine gute Auffassungsgabe. Sein Verhalten war vollständig anders als das sonstige Verhalten der Geisteskranken. Er sagte u. a. einmal: „Wenn ich Talent hätte zum Verdrüßwerden, würde ich es schon längst geworden sein“. Beim Gewitter zittert er. Er erzählte, er habe das Aluminium erfunden, ein Apotheker habe ihm dabei geholfen. Halluzinationen hat er auch im Krankenhaus gehabt. In einer Fieberphantasie hatte er die Vision, er werde eine Genossenschaft gründen, die das Aluminium ausbeuten solle. Heftige Gesundheitsstörungen sind bei ihm eingetreten, dies bewies das starke Austreten des Schweißes aus allen Poren. Wunderbar ist nur, daß dem Gefängnisarzt während der 3jährigen Zuchthausstrafe des Koblyk nichts aufgefallen ist. Es betrafen bei Koblyk hysterische Anlagen auf Grund der Vererbung. Daß er dem Knaben Haupt (diesem hatte er an sich gelodt, ihm gesagt, er sei von einer Schlange gebissen, ihm am Oberarm mit einem Messer eine Wunde beigebracht und dann

das Blut ausgefaßt) das Blut aufsaugt, ist auch auf eine hysterische Anregung zurückzuführen. Er mißte die Frauen und liebte die Knaben, die unverbundenen Menschen. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er homosexuell veranlagt ist und eine sadistische Veranlagung (Veranlagung), die beim Zufügen von Schmerz willkürliche Empfindungen auslöst, hat. Geisteskrank ist er nicht, vielmehr in vollem Umfange zurechnungsfähig.

Koblyk hat Revision eingelegt. Er dürfte aber nach dem Gesamtergebnis der Beweisaufnahme mit Recht als Wiederberurteilt sein. Die Möglichkeit, daß ein Mensch, ohne geisteskrank zu sein, so pervers wie der Beurteilte veranlagt sein und so lange seine Gemeingefährlichkeit verbergen kann, legt erneut den Eltern die Verpflichtung nahe, auf ihre Kinder acht zu haben und sie zu außerordentlicher Vorsicht gegen Fremde zu erziehen. Auf der anderen Seite drängt sich die Frage auf: sollte es unmöglich gewesen sein, durch zweckmäßige Erziehung einen so veranlagten Menschen zu einem brauchbaren Mitgliede der Gesellschaft zu erziehen? Zu bedauern ist, daß das berechnete Mißtrauen der Arbeiter nicht schneller zur Aufdeckung der Schwindeltaten und zu öffentlicher Bloßstellung des Schwindlers geführt hat. Welche gemeingefährliche Natur in ihm steckte, konnten freilich die Arbeiter noch weniger ahnen als die Verzte der Zuchthäuser und Gefängnisse, in denen Koblyk zugebracht hatte, ohne daß die Arbeiter hiervon eine Ahnung hatten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber seinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 30. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Neues. Orpheus in der Unterwelt.  
Anfang 8 Uhr:  
Berliner. Donna Diana.  
Festung. Die lustige Witwe.  
Schiller O. (Ballner-Theater.)  
Morgen-Oper: Jar und Zimmermann.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater). Das Glück im Winkel.  
Kleines. Ein Dealer Gatte.  
Rauische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Zentral. Nanon.  
Volkstheater. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.  
Thalia. Als ich im Hämse!  
Metropol. Auf ins Metropol!  
Apollo. Das blaue Bild. Spiegelbilder.  
Carl Weiß. Sündige Liebe.  
Wintergarten. Tortajada Spezialität.  
Passage. Billy Beager. Spezialität.  
Reichshallen. Steilmer Sängers.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Heute nachmittags 4 Uhr:  
**Monster-Konzert.**  
5 Kapellen des Gardebataillon.  
Feuerwerk. Illumination.  
Eintritt 1 M., Kinder die Hälfte.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Zum letzten Male:  
Mit Carma, Transformal-Tänzerin.  
Duo Paulus, holländisches Duett.  
**Kumpsti-Bumsti,**  
ergänzliche Revue.  
Das blaue Bild v. Paul Lincke.  
Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tempel.

**WINTER GARTEN**  
Großer Erfolg!  
Tortajada, spanische Tänzerin und Sängerin.  
Catherine Bartho u. Lydia Redega, ungarische Tänzer.  
Die Haningos, Handakrobat.  
Paulinetti & Piquo, Rockturner.  
Frank Kern m. Hund „Holzen“.  
Creo Bros., komische Akrobat.  
Mit Orford mit ihren dressierten Elefanten.  
Lola Lloyd, Soubrette.  
Mlle. Farfalla, Paris-Soubrette.  
Imro Fox, Illusionist.  
Die Sledes, „Das geheimnisvolle Haus“.  
La Berat, Phantasietänzerin.  
Der Biograph.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Sündige Liebe.**  
Familientragödie in 4 Akten v. G. Koll.  
Im Garten:  
Großes Sommerfest und Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gehuldrücken, Badstraße 58.  
Voranzeige. Morgen: Das neue Juli-Spezialitäten-Programm.  
Carl Braun,  
der beste deutsche Verwandl.-Schulz.  
**The GREAT-RACING-COMP.**  
Motor- u. Radrennen auf der Bühne.  
The Zellers  
mit ihrem Automobillustspiel.  
Anfang 4 Uhr.

**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.  
Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow, Mühlstr. 16.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Morgen-Oper.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Zar und Zimmermann.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr,  
bei halben Preisen:  
**Der Freischütz.**  
Abends 8 Uhr: Zum ersten Male:  
Der Rattenlänger von Hameln.  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Rigoletto.**  
Schiller-Theater N. (Fleider-Bl. Th.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstraße 165.  
Schreckenskammer!  
**Berliner Allerlei!** 1388 L\*  
Volkstümliche Musik- und Gesangsvorträge usw.  
erstklassiger Künstler von nachmittags 6 Uhr an.

**Landes-Ausstellung-Park.**  
Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.  
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.  
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.  
Täglich: Doppel-Konzert.

**Schweizer Garten.**  
Am Königstor. Am Friedrichshain 29/32.  
Täglich: **Theater-Vorstellung, Spezialitäten.**  
Bis 8 Uhr und nach 11 Uhr: **Damen-Frei-Tanz.**  
Zum Schluß: **Eternos.** Lebensbild in 2 Akten.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kliems Sommer-Theater.**  
Hasenheide 13-15. Weisliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**  
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).  
Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!  
Täglich: **Gr. Konzert, neue Spezialitäten und Ball.** Das größte und beste Programm Berlins.  
u. a.: **La Matschie!** amerikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett Jeannette und Vallis.  
**Robert und Bertram,** das berühmte Größt-Duett. **Josephine Delicieuse,** das weltliche Unikum. Die Wunder der Zirkusart: **The tree Burtons** und **Great Harry und Oily Smith,** Szene im Restaurant.  
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.  
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.  
Avis! Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen** die größte Entfaltung und beste Gruppe der Welt: Im Zalon des Löwenzüchters. A. Diez.

**Brauerei Groterjan**  
N. Schönhauser Allee 130.  
Oekonom Ernst Stein.  
Täglich  
**Großes Konzert**  
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich: **Amor von heute.**  
Wehling, Humor. Varad-Duett.  
Dorington-Family, Schindelschreiber.  
Livers, Drabteil. Die Einbrecher von New York, Cant.  
The Piccad. Konzert. Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängers.  
(Moyssal, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader) umang  
Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Benefiz für den Regisseur Karl Reich.  
Mittwoch des Abt. Joh. Flügel.  
Kur einmalige Aufführung (9 Uf):  
**Königin Luise.**  
Vollständig in 4 Akten.  
Bei schlech. Wet.: Vorstell. im Saale.  
**Volksgarten-Theater.**  
Badstr. 8 (Sehm- u. Bellevuestr.)  
Täglich:  
**Konzert, Theater u. Spezialitäten.**  
Abd. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.  
Abd. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.  
Volksbelustigungen aller Art.  
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**  
15 Attraktionen ersten Ranges 15.  
Berlin, wie es lebt u. liebt.  
Vollständig in 3 Akten von Lindener.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

**Sanssouci.** Kottbuser Str. 44.  
Der Garten ist eröffnet.  
Sonnt. Montag, Donnerstag und Sonnabend:  
**Hoffmanns Nordd. Sängers** und Tanzkränzchen.  
Franz Fanther in 1. Manzen.  
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.  
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 Uf.  
Im Vorgart.: Freikonzert.

**Gstbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Etablissement Buggenhagen**  
Hortplatz.  
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen:  
**Gottschalk Freikonzert**  
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

**Waldschlößchen**  
in der Villenkolonie  
**Rahnsdorfer Mühle.**  
Sehr romantisch gelegenes Etablissement der Markt, umgeben von Wald und Wasser, 7 Minuten von der Stadtbahnstation Rahnsdorf, nahe Müggelsee u. Chauffee Berlin-Güter.  
**Sommerwohnungen** auf Tage, Wochen, Monate. Wasserquartiere für Touristen.  
Säle für Vereine und Gesellschaften.  
Täglich:  
**Großes Orchester-Konzert.** Jeden Sonntag:  
**Großer Ball.**  
— Kaffeeküche für 30 Pferde. — 4 Kegelbahnen (Valent Meier).  
Kaffeeküche.  
Zum Besuch ladet ergebenst ein 23066\* Der Besitzer: C. Mühm.

**Spreschloß**  
Friedrichshagen, Seestr. 1  
Inhaber **Georg Scherelles.**  
Vereinen, Gesellschaften empfehle mein Lokal. 13852\*

**Gesellschaftshaus Otend**  
Memelerstr. 67. Inh. Paul Litfin. Tel. Amt 7, No. 1075.  
Unterzeichnete erlaubt sich, seine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung zu bringen. Mein Saal mit Bühne und Nebenräumen 500 Pers., Zimmer 150 Pers., fassend, sowie Vereinszimmer, m. Pianino, in jeder Größe, stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung v. Versammlungen, Vergnügungen, Hochzeiten u. Festlichkeiten, auch Sonntags, 3. Verh. Paul Litfin.  
**Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?**  
Nach Pichelswörder zum alten Freund.  
Partien bis 1500 Personen haben bei schönstem Wetter bequem Platz. Es ladet ganz ergebenst ein Fernsprecher Spandau: 814. Köche stets in altbekanntem Güte.

**Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit**  
die Lederhose Hercules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbarete. Blau- u. Gelb. Große Hüften umloht. Die Hufe bei Entnahme von 4 M. 50 6 Stück 26 M.

**Baer Sohn**  
En Export. En detail.  
Chaussee 24a/25, Brückstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugestellt. Bei Bestellung vom Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 7732\*  
— Versand von 20 M. an franko. —

**Borussia-Theater-Festsäle**  
Inh.: J. Leschkowski  
Ackerstr. 6/7. Teleph.: Amt III, 2874.  
Im herrlichen Rahngarten:  
**Heute die beliebtesten Viktoria-Sängers.**  
Nach der Vorstellung großer Ball.  
Jeden Mittwoch und Sonnabend:  
**Theater- u. Spezialität-Vorstellung**

**Insel-Restaurant**  
Plötzensee, Seestr. 81.  
A. Gloscholt.  
Sonnabend, den 30. Juni, sowie jeden Sonnabend:  
**Wilh. Wolff's Hamburger Sängers.**  
Elektrische Bahn, Linie Nr. 12.

**Restaurant am Müggelsee**  
„Wilhelmsbad“  
Friedrichshagen, Seestraße 45  
(Dampferanlegestelle)  
Inhaber: **Karl Uskurait,** empfiehlt sein herrlich, direkt am Müggelsee gelegenes Lokal zu Ausflügen und Abhaltung von Sommervergünungen aller Art. 138425  
Herren- und Damenbadeanstalt.

# Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109-112.

Artikel <sup>für</sup> <sub>die</sub> Reise- u. Bade-Saison!

**Gratis-Photographie-Bons** von Sonnabend den 30. Juni bis Sonnabend, den 7. Juli incl.

bei Einkauf von:



Bade-Laken für Kinder, weiss . . . . .	1.25, 0.95, 0.68 M.	Touristen-Hemden für Knaben . . . . .	1.75, 1.60, 1.40, 1.25 M.
Bade-Laken für Erwachsene, weiss . . . . .	4.65, 3.25, 2.30 M.	Touristen-Hemden in Macco, für Herren . . . . .	2.25, 2.00, 1.75 M.
Bade-Laken für Erwachsene, bunt . . . . .	5.50, 3.75, 2.50 M.	Touristen-Hemden in gestreift Trikot, für Herren . . . . .	3.00, 2.75, 2.50 M.
Bade-Mäntel, weiss . . . . .	6.50, 4.50, 3.25 M.	Netz-Jacken mit Zug, für Damen . . . . .	45, 35, 30 Pf.
Bade-Mäntel, bunt . . . . .	7.50, 6.50, 4.50 M.	Netz-Jacken mit Zug, für Herren . . . . .	75, 65, 60 Pf.
Bade-Handtücher, weiss, mit Kante . . . . .	90, 48, 35 Pf.	Reise-Tücher für Damen . . . . .	6.00, 3.75, 3.00 M.
Bade-Handtücher, bunt . . . . .	1.25, 1.10, 0.75 M.	Reise-Plaids für Herren . . . . .	12.50, 10.50, 7.50 M.
Bade-Anzüge, rot, mit Borte, für Kinder . . . . .	1.50, 1.35, 1.20 M.	Plaid-Riemen . . . . .	2.25, 1.50, 1.25, 0.95, 0.45 M.
Bade-Anzüge, bunte, für Erwachsene . . . . .	2.00, 1.85, 1.65 M.	Rucksäcke für Damen und Kinder . . . . .	5.25, 2.60, 1.40, 0.95 M.
Bade-Kappen . . . . .	1.25, 75, 45, 25, 10 Pf.	Rucksäcke für Herren . . . . .	9.75, 6.75, 5.25, 3.75, 2.95, 1.85 M.
Bade-Hüte . . . . .	1.65, 1.00, 0.75, 0.65 M.	Westengürtel für Herren, farbig und schwarz . . . . .	2.25, 1.50, 0.95 M.
Bade-Gummi-Kappen . . . . .	2.50, 2.25, 1.85 M.	Bergsteigestöcke mit Spitze . . . . .	95, 45 Pf.
Stroh-Pantoffel für Damen und Herren . . . . .	25 Pf.	Touristen-Hüte in Fils . . . . .	7.50, 4.25, 2.25 M.
Stroh-Schuhe für Damen und Herren . . . . .	95 Pf.	Hängematten . . . . .	4.75, 3.75, 3.—, 1.95 M.

Musseline, reine Wolle, reizende Dessins . . . . .	bisher Mtr. 1.35, nur Mtr. 65 Pf.	Halbfertige Roben, Leinen, mit Stoff und Besatz zur Taille . . . . .	15.00, 9.50, 5.75 M.
Weisse Kleider und Blusen-Leinen . . . . .	Mtr. 90, 65, 42, 28 Pf.	Leinen-Unterröcke mit Spitzen 1.95, mit 5tachen Spitzen-Volant . . . . .	2.95 M.
Englische Blusen-Flanelle, reine Wolle, schöne Streifen, bisher Mtr. . . . .	1.40, nur Mtr. 95 Pf.	Halb-Handschuhe weiss u. farbig, ohne Druckknopf . . . . .	Paar 25 Pf.
Voiles, reine Wolle, mode und grau . . . . .	bisher Mtr. 2.00, 1.75, 1.50 M.	Halb-Handschuhe weiss und farbig, mit 2 Druckknöpfen . . . . .	Paar 38 Pf.
	95, 75 Pf.	Halb-Handschuhe weiss und schwarz, reine Seide, 2 Druckknöpfe . . . . .	Paar 75 Pf.
Prima englische Blusen-Zephyrs in neuesten Streifen . . . . .	Mtr. 60 Pf.	Halb-Handschuhe für kurze Aermel, weiss, schwarz u. farbig, Paar . . . . .	95, 75, 48 Pf.
		Spitzen-Handschuhe für kurze Aermel . . . . .	Paar 1.95, 1.45 M.

Ein noch nie dagewesenes Angebot!

## 1600 Herren - Stoff - Hosen

aus guten Kammgarn- und Buxkin-Stoffen

Serie	I	II	III	IV	V
	2.35	2.85	3.65	3.95	4.65

Jedes Beinkleid hat den doppelten Wert!

Ein grosser Posten Knaben-Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren.

Serie I	2.45	Jeder Anzug hat mehr als den doppelten Wert!	Serie II	4.35
---------	------	--	----------	------

# Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (Eingang: Gormannstr. 25).  
 Öffnung von 9<sup>1/2</sup>-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296.

Montag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,  
 Rosenthalerstraße 11/12:

## Beschließende Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Beratung des neuen Ortsstatuts (Rechtsstatut).  
 2. Die letzten Beschlüsse in der Arbeiterbewegung.  
 3. Diskussion.  
 4. Gewerkschaftliches.  
 Persönliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Glaser Deutschlands.

30., Engelufer 12 I. Ortsverwaltung Berlin. 50., Engelufer 12 I.  
**Achtung! Mitglieder! Achtung!**

Sonntag, den 30. Juni, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Ufer Nr. 15:

## Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Tarifkommission über die mit den Unternehmern  
 geschlossenen Verhandlungen. 2. Unsere Maßnahmen.  
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Verbandsbuch legitimiert.  
 Unbedingtes Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich!  
 Die Kollegen werden ersucht, sofort von der Werkstatt zur Versammlung  
 zu gehen. Mit kollegialem Gruß  
 Der Vorstand. S. H.: E. Zahn.

## Zentralorganisation der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 1. Juli 1906, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr:

## Kombinierte Versammlung der Mitglieder sämtlicher Unterbezirke für Groß-Berlin

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Besprechung der Be-  
 stimmungen des Tarifes, insbesondere der §§ 8: Leistung (ein-  
 wandfreie Arbeit), 9: Lehrlingskassa, 12: Recht Sternumerkung  
 (Polierverein 7), 13: Bauarbeiterzuschuss (Mutterkassendame).  
 Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die  
 Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten  
 auf den Baustellen zu ermöglichen.  
 Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!  
 Mit Verbandsgruß. S. H.: P. Schenke, Hildorf, Knefledstraße 2 I.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Geschäfts-Verkehr: Amt IV, 9670.  
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 8353.

Sonntag, den 1. Juli, sollen die durch Beschluß der  
 Generalversammlung vom 24. Juni notwendig gewordenen

## Ersatz- und Neuwahlen

vollzogen werden.  
 Die Wahlzeit ist von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr.  
 Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.  
 Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.  
 Gewählt wird in folgenden Lokalen:

- Raabes Festsaal, Kolbergerstr. 23.
- Bernhard Hof-Theater, Bahstr. 58.
- Bernaus Festsaal, Schwedterstr. 23.
- Bökers Festsaal, Weberstr. 17.
- Graumanns Festsaal, Räumstr. 27.
- Schumanns Restaurant, Bülowstr. 59.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Thiel-Hildorf, Bergstr. 152.
- Volkshaus-Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Schellhase-Steglich, Hornstr. 15.
- Böhle-Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Rauhhold-Dber-Schöneweide, Wilhelminen-  
 hofstraße 18.
- Tempel-Rummelsburg, Alt-Vorhagen 56.
- Hellwig-Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
- Schmuy-Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehhaar-Zegel, Berlinerstr. 92.

## Zentral-Wahlbureau ist unser Bureau Engel-Ufer 15 I.

Wahlleiter ist der Kollege Josef Hartmann.  
 Die Ortsverwaltung.

## Köpenick.

Turnverein „Eiche“ (Mitglied des Arbeiter-  
 Turner-Bundes).

10. Stiftungs-fest.  
 Zur Feier desselben: Sonnabend, den 30. Juni, 8 Uhr,  
 im Vereinslokal  
 Scheers „Wilhelmsgarten“: Festkommers.  
 Sonntag, den 1. Juli, Früh-Konzert im Vereins-  
 lokal.  
 6 Uhr: Festzug nach dem Turnplatz  
 2 Uhr: Dasselbe: Schauturnen.  
 Abends: Großer Ball bei Scheer und Seidel.  
 Wir beabsichtigen mit unserem Turnfest für Köpenick ein  
 Volksfest zu veranstalten und laden hiermit die gesamte  
 Arbeiterschaft von Köpenick und Umgegend dazu ein.

## Was ist Reise-Cheviot?

Ein eleganter Anzugstoff in modernen echten Farben, reine Schaf-  
 wolle, unzerreißbar, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko.  
 Direkter Versand nur guter Stoff-Nachheiten zu Anzügen, Paletots,  
 Hosens bei billigen Preisen. Jeder genaue Vergleich überrascht.  
 Aus über 1000 Postorten liegen Nachbestellungen u. Empfehlungen  
 vor. Verlangen Sie Muster ohne Kaufzwang und portofrei.  
 1130L\* Wilhelm Boetzkes in Düren B 26 bei Aachen.

## Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 29.

Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes  
 Lokal den gebeten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.  
 Ausspannung und Dampfheide, Regelmäßig, große Kuchentische.  
 Käse, Malt, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

## Wo machen wir unsere Ausflüge und Landpartien hin? Zum Restaurant der alten ehewürdigen

## Mönchmühle

Bei Schiffling in der Mark.  
 Reinholdsdorf-Steinwalder Bahn oder von Nordend zu Fuß in  
 einer guten Stunde zu erreichen. — Ausblick von Bieren, vorzüg-  
 liche Speisen, Erfrischung jeder Art stets vorhanden. — Den geehrten  
 Gesellschaften und Vereinen bestens empfohlen.  
 Inb.: Florian Knappe.

## Feurig-süßer Kraft- Rotwein.

Süßarmen  
 u. Kranken  
 besonders  
 empfohlen  
 In Apotheken, Drogen- u. Drohkat-  
 Gesch. steht un- ständig Kontrolle  
 des ehem. Laborat. Dr. G. Bischoff.

## Santa Lucia

In Apotheken, Drogen- u. Drohkat-  
 Gesch. steht un- ständig Kontrolle  
 des ehem. Laborat. Dr. G. Bischoff.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den  
 Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hobrechtstr. 59-60.

# Zur Reise

bringen wir eine unerreichte Auswahl an

Sommer-Anzügen | Sommer-Joppen  
 Lüstre-Jackets | Schul-Anzügen und  
 Knaben-Wasch-Anzügen.

Unsere Grundsätze:  
 Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
 Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
 Wir achten auf tadelloser Verarbeitung und guten Sitz.  
 Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
 Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
 Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwürfe!  
 Nachdruck  
 verboten.

## LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hobrechtstr. 59-60.  
 Spezialhaus eleganter Herren- und Knabenbekleidung, fertig und nach Maß.  
 Spezial-Abteilung:  
 Bekleidung für jeden Beruf.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

# Für die Reise und Ferienzeit

empfehle ich wie folgt:

### Touristen-Anzüge

in Jackett- oder Faltenjoppen-  
 Form, von modernen Loden- oder  
 Cheviot-Stoffen, mit kurzen oder  
 langen Hosen  
 15, 20, 22,50, 25, 30, 35 u. 40 Mark.

### Loden-Joppen,

einreihige, glatte Form mit Um-  
 legekragen, hinten mit Gurt, mit  
 und ohne Futter, grau, bräunlich  
 oder olive meliert  
 7,50, 9, 10,50, 12, 13,50, 15, 16,50,  
 18 Mark.

### Sport-Joppen,

aus sehr gutem Loden, Brust und  
 Rücken mit Sattel- und Falten-  
 gearbeitet, olive, grünlich oder grau  
 12, 15, 20, 22,50 u. 25 Mark.

### Wetter-Pelerinen,

mit und ohne Kapuze, 115-125 cm  
 lang, von imprägn. Loden, olive,  
 bräunlich, mittel- oder dunkelgrau  
 8, 11, 13,50, 15, 18, 20, 25 u. 27 Mark.

### Kavelocks,

von wetterfestem Loden, ein-  
 reihige Form, ohne Ärmel, mit  
 voller, vorn abgefüllter Pelerine  
 und Taillenriegel, marenge, grau,  
 olive oder bräunlich  
 8,50, 12, 15, 20, 22,50, 25, 30  
 und 35 Mark.



## Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO. | Berlin W.  
 Oranienstr. 166. | Potsdamerstr. 113a.  
 Potsdam, Nauenerstr. 23.

Verband nur gegen Nachnahme.

## Zentral-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin.  
 Am 26. Juni 1906 verstarb unser  
 Kollege

### Otto Meinert

im Alter von 20 Jahren an  
 Lungenerkrankung.

Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonn-  
 tag, den 1. Juli, nachmittags  
 5 Uhr, von der Leichenhalle des  
 neuen St. Johannis-Kirchhofes in  
 Wilmersdorf aus statt.  
 Rege Beteiligung erwünscht  
 144/16 Der Vorstand.

## Der Kenner

raucht

№ 61

hochfeine 6 Pf. Cigarre  
 vorzüglicher würziger Geschmack

### J. NEUMANN

Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Davon in Berlin:  
 Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.  
 Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.  
 Chausseestr. 99/87, Ecke Schwartz-  
 kopffstraße.  
 Dresdenstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
 Friedrichstr. 171, E. Franzos. Str.  
 Gertraudenstr. 16, E. Breitenstr. 20a.  
 Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
 Jerusalemstr. 41, E. Krausenst.  
 Kaiser Wilhelmstr. 19, E. Münzstr.  
 Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
 Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
 Potsdamerstr. 57/58, E. Halowstr.  
 Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.  
 Rosenthalerstr. 49, Ecke N. Schön-  
 hauerstraße.  
 Uhländerstr. 33, E. Lietzenburgerstr.  
 Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
 Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.  
 Rixdorf: Bergstr. 146.

Verkaufsstellen zu Originalpreisen:  
 Landesaussstellungspark am Lehr-  
 er Bahnhof.  
 Zoologischer Garten, Pavillon.

## Greift zu!

dem  
 Monats-Anzüge . . . 10.- Fr. an  
 Abonnements-Anzüge . . . 12,50  
 Monats-Paletots . . . 9.-  
 Partie-Anzüge, teils mit  
 ununterbrochenen Reifern . . . 10,50  
 Anzüge, Gray für Rob. . . 20.-  
 Samstag-Ob. ab. Rodetts . . . 9.-  
 Alles auch für Invalide Figuren!  
 Betrag, Kleidungsstücke u. Kapellieren,  
 Reisend., aus den feinsten Werkstätten  
 Berlins, teils von Dörfel, kolossal  
 billig. Strassenbahn-Berggattung!  
 Bitte Zentral-Keller, Berlin,  
 achten  
 35 Neanderstr. 35, an der  
 3. Minut. v. Stadtbahn-Zooamigbrücke.

## Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Frankfurter Viertel.) Bezirk 146.

Todes-Anzeige.  
 Dem Mitgliede zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Zimmerer  
**Hermann Benkowski**  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 nachmittags 5 Uhr von der Leichen-  
 halle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichshagen aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

## Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Todes-Anzeige.  
 Am Mittwoch, den 27. Juni,  
 nach langjährigem, krankem  
 Wir haben

### Hermann Benkowski

(Bahnhöfer 1.).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Sonntag, den 30. Juni, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Halle des  
 Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
 hagen aus statt.  
 Rege Beteiligung erwünscht  
 257/16 Der Vorstand.

Central-Verband deutscher  
 Brauereiarbeiter.  
 Zweigverein Berlin.  
 Section II.  
 Am Mittwoch, den 27. Juni,  
 verstarb unser Mitglied, der  
 Hülfsarbeiter  
**Wilhelm Haake**  
 (Bahnhöfer 1.).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 1. Juli, nach-  
 mittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichen-  
 halle des Gethsemane-Kirchhofes  
 in Nieder-Schönhausen-Nordend  
 aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 41/18 Der Vorstand.

## Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
 Bezirk Rosenthaler Vorstadt.  
 Am 26. Juni verstarb nach  
 längerer Krankheit unser alter  
 treuer Kollege

### Ernst Böhm.

Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 1. Juli, nach-  
 mittags 3 Uhr, vom Städtischen  
 Kranienhaus Moabit aus nach dem  
 Kirchhof der Golgatha-Gemeinde,  
 Verfassstraße 11. 35/1  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Zweigvereins-Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Mit-  
 teilung, daß unser Kollege, der  
 Stodarbeiter

### Gustav Pfahl

am 26. Juni verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 88/9 Die Ortsverwaltung.

## Die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Mutter

### Emma Gerhardt

am 27. d. M. gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet Sonntag  
 nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr auf dem Al-  
 dorfer Gemeinde-Friedhof, Rixen-  
 dorfer Weg, statt. 20848

Die traurige Nachricht, daß  
 meine liebe Frau, meine gute  
 Mutter

### Marie Mille

geb. Henschel  
 am 27. Juni, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr,  
 gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet Sonntag,  
 den 1. Juli, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr,  
 von der Leichenhalle des Gethsemane-  
 Kirchhofes aus statt. 20853  
**Julius Mille** und Tochter,  
 Rixdorferstr. 5.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfrage in Wilmersdorf.

Die Arbeiterchaft in Wilmersdorf ist obdachlos. Die Inhaber von Versammlungssälen verweigern fortgesetzt ihre Säle zur Abhaltung von gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen. Das bedeutet für die Arbeiter Wilmersdorfs nichts weniger denn eine Verdrängung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Das muß anders werden. Die Vorstände der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen haben entsprechende Maßnahmen getroffen, die zum Ziele führen können, wenn der über bestimmte Lokale verhängte Boykott pflichtigemäß durchgeführt wird. Die Arbeiter Wilmersdorfs müssen ihre Ehre darin setzen, durch strengste Beachtung des Boykotts sich zu erklämpfen. Vorläufig sind gesperrt: Weidemann, „Victoria-Garten“, Wilhelmstraße 114, und Struß, „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112. Gegen diese Lokale richtet sich der Hauptangriff. Die gegnerische Presse heult über den Boykott und übt sich in Beschimpfungen unserer Parteigenossen, die nur ihr gutes Recht heischen. In einem solchen Wütergüß pöbelt die „Staatsbürger-Ztg.“ die Genossen an, die Sonntags den nach Wilmersdorf kommenden Ausflüglern Handzettel überreichen mit dem Hinweis auf die gesperrten Lokale und spricht davon, daß es meist nicht gerade sehr nüchterne Leute seien, die diese Tätigkeit verrichten. Wir wollen auf diese Infamie nicht näher eingehen, der „Staatsbürgerin“ ist sie würdig. Wenn es aber heißt, daß die Inhaber der beiden Lokale gar nicht daran dächten, anständigen Arbeitern den Zutritt zu verweigern, sich im Gegenteil nur den sozialdemokratischen Nachforderungen in bezug auf schriftliche Abmachungen über Herabgabe der Säle widersetzen, so ist die Fassung dieser Notiz ganz und gar auf Täuschung angelegt. Soll damit der Anschein erweckt werden, daß die Lokalinhaber ihre Säle wohl hengeben würden und dies nur nicht schriftlich tun wollten oder was sonst heißen? Daß die Lokalinhaber es ganz gern sehen, wenn auch viele Arbeiter ihnen ihr Geld hintertragen, glauben wir gern. Aber ein Arbeiter, der etwas auf sich hält, wird das nicht tun, wenigstens nicht eher tun, bis diese Wirte erklärt haben, ihre Säle auch zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben. In diesem Kampfe die Wilmersdorfer Arbeiterchaft nach Kräften zu unterstützen, muß und wird sich sicher auch die Arbeiterchaft Berlins sehr angelegen sein lassen. Wenn mit aller Fähigkeit und Ausdauer an dem Boykott festgehalten wird, wird und kann der Erfolg nicht ausbleiben. Mögen unsere Gegner noch so sehr gettern, daß einzelne Leute geschädigt werden, die Arbeiterchaft wird sich in ihrem gerechten Kampfe nicht irren lassen und nicht eher ruhen, bis auch die Wilmersdorfer Saalbesitzer ihre Säle für sozialdemokratische Versammlungen öffnen.

Treptow-Baumhauensweg. Montag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr findet in Deplers Gesellschaftshaus, Köpenicker Landstraße, an der Verbindungsbahn, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt, zu welcher Genosse F. Rubel das Referat übernommen hat. Hierzu findet morgen Sonntag früh 7 1/2 Uhr eine Handzettelverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in Treptow bei Schmidt, Kiehlstraße 22, bei Preuß. Neue Kreuz-Allee 50, in Baumhauensweg in ihrem Bezirkstotalen zu erscheinen. Der Vorstand.

Waldheim. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt noch Revision und Neueingaltung während des Monats Juli geschlossen. Es wird deshalb um Rückgabe der noch ausstehenden Bücher am heutigen Abend (Sonnabend) dringend ersucht. Die Bibliothek-Kommission.

Berliner Nachrichten.

Berlin unter Wasser.

Von einem gewaltigen Unwetter ist gestern morgen in der achten Stunde Berlin und seine Umgebung heimgesucht worden. Die einzelnen leichteren Gewitter, welche bereits am Abend vorher eingetreten waren, hatten sich im Laufe der Nacht wieder vereint und entluden sich gestern morgen ganz plötzlich. Während um 7 Uhr noch herrliches Morgenwetter herrschte, hatte sich bereits wenige Minuten später tiefe Finsternis über die Reichshauptstadt verbreitet. Mit einem Schläge entfielen sich dann die Elemente. Ein Blitz zuckte nach dem andern und unaufhörlich rollte der Donner. Bald folgte auch ein gewaltiger Gewitterregen. Trotzdem er höchstens eine halbe Stunde andauerte, waren so enorme Regenmengen niedergegangen, daß fast ganz Berlin im wahren Sinne des Wortes unter Wasser gesetzt wurde. In manchen tiefen liegenden Straßenzügen hatte die Ueberschwemmung eine Höhe von nahezu einem halben Meter erreicht. Die Abflusshöhre vermachte die andringenden, gewaltigen Wassermengen nicht mehr anzunehmen und durch die Gullys wurden die Massen wieder zurückgeworfen. Wie jedesmal bei derartig großen Ueberschwemmungen, so wurden auch gestern morgen wieder die Port-, Invaliden-, Linien-, Wehrgärtchenstraße ufm. stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Straßenbahn-, Omnibus- und sonstige Fuhrverkehr wurde dort eine Zeitlang vollständig ruhen. Einem wahren See gleich wieder die Portstraße. Ebenso wie bei der großen April-Ueberschwemmung vor vier Jahren mußten Straßenbahnwagen auf „Wiederfahrern“, die von unternehmungslustigen Kutschern sofort in Betrieb gesetzt wurden, in Massentransporten durch die überschwemmten Stellen hindurchbefördert werden. Die Straßenbahn- und Omnibuswagen mußten noch auf lange Zeit hinaus umgeleitet werden und zur Befestigung der Wassermengen wurde die Feuerwehre requiriert. Auch in vielen anderen Stadtbezirken mußten die Köschmannschaften helfend eingreifen. Vielfach drangen die Wassermengen auch in Kellerwohnungen, trieben dort die überraschten Bewohner aus den Betten heraus und richteten erheblichen Schaden an. Auch in den Vororten Berlins hat das Unwetter stark geübt. Es gab dort ebenfalls zahlreiche Ueberschwemmungen und an vielen Stellen wurde auch durch Mißschlag Schaden angerichtet. So wurde in dem Fort zwischen Ziegel und Eichwalde eine mächtige Bucht durch einen Mißschlag gefüllt. In der Landentonia bei Schmörgendorf schlug der Blitz in eine Haube und zündete das Bauwerk an. Ein Opfer des schweren Unwetters wurde der 33jährige Steinträger Wilhelm Schadowitz aus der Weißigerstraße 18. Er hatte auf dem Neubau Soldinerstraße 18 Steinlasten getragen. Als er die zweite Etage hinaufstieg, hatte sich dort infolge des starken Gewitterregens Mauerwerk gelöst und Sch. trat ahnungslos auf das Gemäuer. Es brach unter der Last ein und der Steinträger wurde mit in die Tiefe gerissen. Im ersten Stockwerk fiel er auf ein Schuttbett, brach durch und stürzte dann auf den Erdboden. In bestimmungslosem Zustande brachten Arbeitssollegen den Verunglückten nach der Unfallstation 17 und von dort erfolgte seine Verbringung in das Lazarus-Krankenhaus. Der Zustand des Schwerverletzten ist fast hoffnungslos. Während des Gewitters wurde vor dem Hause Eisenbahnstraße 26 ein älterer Herr vom Schläge getroffen. Er starb nach kurzer Zeit. Einen eigenartigen Kubik boten die Pante und der in diese fliehende Eschengaben. Beide gleichen Gebirgsbächen, und die Fluten stiegen meterhoch, traten aus den Ufern und über-

schwemmten Feld- und Straßenflächen. So war beispielsweise die Berlinerstraße in Pantow durch den Eschengaben überschwemmt, in welchem das Wasser eine Höhe von fast zwei Metern erreicht hatte. An der Vöfelbrücke bei Heinersdorf, auf Gebieten in Pantow sowie in der Pantstraße in Berlin war die Pante ebenfalls aus den Ufern getreten. Das Wasser der Spree stieg innerhalb zehn Minuten um 6 bis 14, im Landwehrkanal um 40, im Spanbauer Schiffahrtskanal um 35 Zentimeter. Stellenweise erreichte es solche Höhe, daß die Ausflüsse der Notablässe unter dem Wasserspiegel standen und die Fluten aus den Kanälen fontänenartig emporstießen. In Mariendorf und Pantow waren die Straßen zum Teil in förmliche Flußbetten umgewandelt. Durch die abfließenden Wassermengen wurden ungepflasterte Fahrwege ausgehöhlt und undurchbar gemacht. Der Teltowkanal hat den ersten Wallenbruch nach seiner Eröffnung schlecht bestanden. An vielen Stellen sind Dammrutsche eingetreten. Große Stücke lösten sich infolge der herberdepressiven Hagel- und Regenmengen und stürzten mit Donnergepolter in den Kanal. Unweit der Lankwiger Brücke haben sich längs des ganzen Damms Risse von drei bis vier Meter Breite gebildet. Der durch das Unwetter hier entstandene Schaden wird auf mehrere tausend Mark geschätzt. Hunderte von Arbeitern sind bereits mit der Wiederherstellung der Kanalufer beschäftigt.

Die Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhof Gesundbrunnen. Der Eisenbahnminister hat die Beschlüsse der Anwohner wegen der mangelhaften Einrichtungen auf dem Bahnhof Gesundbrunnen anerkannt und will nach einem aus dem Ministerium zugegangenen Schreiben auch dem Wunsche, von der „Millionenbrücke“ aus einen Zugang zu den Bahnsteigen zu schaffen, entsprechen.

Die Kinderspiele des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“, die alljährlich im Sommer an mehreren Sonntagen stattfinden, nehmen am nächsten Sonntag — 1. Juli — wieder ihren Anfang. Sie bilden eine notwendige und dankenswerte Ergänzung zu den nicht allzureichlichen Veranstaltungen, mit denen die Stadtgemeinde das Spielbedürfnis der Schulpflichtigen und Jugendlichen zu befriedigen sucht. Auf die Vorgänge und den besonderen Wert dieser von Turnern und Turnerinnen des Vereins „Fichte“ geleiteten Spiele ist im „Vorwärts“ oft hingewiesen worden. Sie unterscheiden sich von den Spielen, für die die Schulverwaltung alljährlich in den Sommerferien eine geringe Anzahl von Schülern an den Wochentagen den Kindern zur Verfügung stellt, vor allem durch den sehr wichtigen Umstand, daß die Leiter und Leiterinnen sich nicht mit einer bloßen „Aufsicht“ begnügen, sondern durch lebendige Anteilnahme, durch wirkliches Mitspielen in den Kindern die rechte Spielstimmung zu erzeugen wissen. Wir hoffen, daß die „Fichte“-Kinderspiele auch in diesem Jahre zahlreiche Teilnehmer finden werden. Ge spielt wird an den sechs Sonntagen vom 1. Juli bis zum 6. August und auf den vier Spielplätzen im Tempelhofer Park, im Friedrichshain, an der Wehmstraße, in der Jungfernhöhe. Die Teilnehmer treffen sich jedesmal morgens um 9 1/2 Uhr an der Oberfrierdenbrücke, am Landsberger Tor (Kriegdenkmal), am Bahnhof Gesundbrunnen, am Bahnhof Weußelstraße. Willkommen sind Kinder nicht nur von Turngenossen; auch auf Kinder solcher Eltern, die dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ und überhaupt der Turnsache fernstehen, wird geadmet. — Die Kinder werden nach Beendigung der Spiele wieder an die Sammelplätze zurückgeführt und treffen dort ungefähr um 12 Uhr ein.

Im vorigen Sommer hat der Verein „Fichte“ an sechs Sonntagen auf vier Spielplätzen eine fröhliche Schar von 1945 Knaben und 2023 Mädchen, zusammen 3968 Kindern um sich gesammelt. Dieser Erfolg war nur möglich, weil zur leitenden Teilnahme an den Spielen sich zahlreiche Turngenossen und Turngenossinnen bereit erklärten. An sechs Sonntagen fanden auf den vier Plätzen 239 Leiter und 125 Leiterinnen, zusammen 374 Personen, zur Verfügung. In diesem Jahre haben die Turner und Turnerinnen des Vereins „Fichte“ die Kinderspiele mit noch größerer Sorgfalt vorbereitet. Wir wünschen Ihren Bemühungen noch besseren Erfolg als bisher.

Möchte auch in den Kreisen der Eltern immer mehr die Erkenntnis sich Bahn brechen, von wie großer Bedeutung das zweckmäßig geleitete Bewegungsspiel für die Entwidlung unserer Kinder ist. Wer unsere Kinder zu richtigem Spiel anleitet, treibt nicht müßige Spielerei, sondern tut nützliche und notwendige Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse. Wir können einen Nachwuchs brauchen, der kräftig, umsichtig und willensstark wird.

In den Nebenklassen der Gemeindefschulen ist die Zahl der darin untergebrachten schwachbehängten Kinder in diesem Sommerhalbjahr zum ersten Male über 2000 hinausgegangen. In jezt 136 Nebenklassen sizen 2145 Kinder, wieder um rund 300 Kinder mehr als im Sommer vorigen Jahres, wo in 122 Nebenklassen 1848 Kinder gezählt wurden. Noch vor vier Jahren wurden nicht halb so viel schwachbehängte Kinder wie jezt in Nebenklassen unterrichtet, in den fünf Sommern 1902—06 waren es 1023, 1278, 1586, 1845, 2145. Von den beiden Geschlechtern sind in den Nebenklassen noch wie vor die Knaben weit stärker als die Mädchen vertreten. In den genannten fünf Sommern sahen in den Nebenklassen nur 433, 552, 675, 774, 891 Mädchen, aber 600, 726, 911, 1074, 1254 Knaben. Der Anteil der Knaben schwankte in diesen fünf Sommern nur sehr wenig, er lag zwischen rund 57 v. H. und rund 58 1/2 v. H. aller in Nebenklassen unterrichteten Kinder.

Die Fahrkarten- und Gepäckhalter sind jezt in Permanenz erklärt. Da erfahrungsgemäß kurz vor Ablauf der Ferienzüge Reisegespä in so großen Mengen aufgeliefert wird, daß trotz aller Vorkehrungen die pünktliche Beförderung in Frage gestellt wird, hat die Staatsbahnverwaltung für die Ferienzeit, und zwar schon von heute bis zum 4. August die Einrichtung getroffen, daß Fahrkarten schon am Tage vor dem Reiseantritt (mit dem Stempel des Reisetages versehen) verkauft werden und das Reisegespä schon am Tage vor der Reise ausgegeben werden kann. Zu dem Behufe sind die Fahrkartenschalter und Gepäckabfertigungsstellen der Berliner Fernbahnhöfe von 8 Uhr früh bis 10 Uhr abend ununterbrochen geöffnet. Die königliche Eisenbahndirektion empfiehlt den Reisenden durch Säulenanschlag dringend, möglichst von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen und Fahrkartenauftrag wie Gepäckabfertigung schon am Tage vor dem Reiseantritt besorgen zu wollen.

Briefe billiger als Drucksachen. Ein eigenartiges Verhältnis ist es, daß geschlossene Briefe u. o. vom 1. Juli an billiger als Drucksachen, Geschäftspapiere oder Warenproben sind. Nach Aufhebung der Ortstaxen kosten Drucksachen von 100—200 Grammen auch im Orts- und Nachbarortverkehr 10 Pf., als geschlossener Brief aber nur 5 Pf. Man hätte sich also, solche Sendungen offen und mit der früher üblichen Bezeichnung Drucksache zu versehen. Dasselbe ist der Fall mit allen Geschäftspapieren bis zum Gewichte von 250 Grammen. Diese kosten, auch wenn sie nur wenige Grammen schwer sind, im Ortsverkehr künftig 10 Pf., als geschlossener Brief nur 5 Pf. Ebenso wird man Warenproben besser für 5 Pf. als Briefe, denn für 10 Pf., als ausdrücklich so bezeichnete Warenprobe versehen. Dasselbe ist der Fall für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben, die als solche 10 Pf., als Briefe im Ortsverkehr nur 5 Pf. kosten. Es wird angenommen, daß die Erhöhung durch die Erörterungen in der Tagespresse genügend bekannt sei.

Bahnpostbriefe sind jezt in erweitertem Umfange zugelassen worden. Bisher konnten sie nur mit Wagnposten befördert werden, während sie jezt auch mitügen ohne diese durch das Personal des Zuges oder in geschlossenen Wagnpostwagen oder geschlossener Wagnabteilung befördert werden können. Wird der Wagnpostbrief auf

diese Weise bis an den Bestimmungsort befördert, so geschieht dies nur in dem Falle, daß am Bestimmungsort eine Postanstalt sich befindet, und daß bei dieser Postanstalt die Bereitstellung des Wagnpostbriefes zur Abholung jezt nach Ankunft des Kartenschlusses ohne Schwierigkeit erfolgen kann. Unter Wagnpostbriefen versteht man Briefe, die am Bahnhof unmittelbar nach der Ankunft in Empfang genommen werden. Der Aufschlag muß einen breiten roten Rand haben und der Brief die Bezeichnung Wagnpostbrief tragen. Der Empfänger erhält auf seinen Antrag ein Ausweisschreiben zur Abholung. Die Gebühr dafür beträgt monatlich 12 M., für eine Woche oder einen Teil derselben 4 M.

Erhöhung des Milchpreises! Die Milchzentrale hielt gestern (Freitag) in den Germania-Sälen, Chausseestraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der nach lebhaften Debatten eine Erhöhung des Milchpreises von 12 auf 13 Pfennige beschlossen wurde. Wie der Vorsitzende v. Bredow mitteilte, habe sich der Vorstand in mehrstündiger Beratung dahin schlüssig gemacht, der Versammlung eine Preisserhöhung von 12 auf 12 1/2 Pfennige pro Liter für die von den Genossenschaftlern an die Zentrale zu liefernde Milch in Vorschlag zu bringen. Gegen diesen Vorschlag machte sich eine scharfe Opposition geltend. Es liefen Anträge ein, die den Preis auf 13, 13 1/2, und 14 Pf. erhöht wissen wollten. Selbst Graf von der Söulenburg warnte eindringlich vor solchem Vorgehen. Er wies darauf hin, daß seit Bestehen einer Erntestatistik die deutsche Landwirtschaft noch nie eine so günstige Futterernte wie in diesem Jahre zu verzeichnen gehabt habe. Dasselbe sei es auch höchst unflug, gerade diesen Zeitpunkt zu einer Preissteigerung zu benutzen. Aus rein politischen Gründen würde er daher bedauern müssen, wenn eine starke Erhöhung beschlossen werden sollte. Man würde dann nicht mit Unrecht mit Unrecht von einer Begehrlichkeit der Landwirte reden können. Es wäre auch nicht recht und billig, wenn wir den Milchhändlern die Milch erheblich verteuern wollten. Tatsächlich hätten diese Leute mit so viel Spefen und Unkosten zu rechnen, daß sie eine weitere erhebliche Belastung nicht ertragen könnten. Berücksichtigt müsse ferner werden, daß ein solcher Schritt den Anreiz geben könnte zur Heranziehung von Milch aus entfernteren Gegenden, was sicher nicht im Interesse der Milchzentrale liege. Aus allen diesen Gründen möge man über den Vorschlag des Vorstandes nicht hinausgehen. Er selbst sei eigentlich mit dem Vorschlag gekommen, um für eine Herabsetzung des Milchpreises einzutreten. Diesen Ausführungen traten verschiedene Redner scharf entgegen. Bei der schließlich vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag, vom 1. Oktober dieses Jahres ab den Literpreis von 12 auf 13 Pf. zu erhöhen mit 95 gegen 60 Stimmen, bei 13 Stimmenthaltungen, angenommen. Die Opposition, die sich aus Vertretern von ausgeschiedenen Genossenschaften zusammensetzte, erhob sofort schriftlichen Protest gegen die Gültigkeit der soeben gefaßten Beschlüsse. — Der Milchring unter Führung von Ring und Krause ist pleite, erhöht die Preise für Milchabnehmer — wer agrarische Reutezüge und Kriege gegen Kleinbauern nicht unterstützen will, wird sich vor der Ringmilch hüten müssen.

Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes geht uns vom Polizeipräsidenten von Berlin folgende Verchtigung zu: Verchtigung. Die in Nr. 132 und 136 des „Vorwärts“, vom 10. und 15. Juni 1906, enthaltenen Ausführungen über die Abholung von Fürsorgezöglingen aus der elterlichen Wohnung entspricht nicht den Tatsachen.

Frau B. wohnt in der Elisabethstraße, ihr Mann verbißt bis Januar 1907 eine Freiheitsstrafe, zwei Kinder befinden sich bereits in der Fürsorgeerziehung, zwei andere sind durch Gerichtsbeschluß vom Oktober v. J. der Fürsorgeerziehung überwiesen worden. Letztere sollten dem Waisenhause zugeführt werden, nachdem die wiederholten Beswerden der Mutter vom königlichen Landgericht und Kammergericht zurückgewiesen worden waren. Schon im März d. J. sollten die Kinder aus der elterlichen Wohnung abgeholt werden, doch entfernte sich das eine heimlich durch einen zweiten Eingang zur Wohnung, während sich über das zweite, welches noch unbestimmt im Wette lag, die Mutter warf und die Begnadigung zu verhindern suchte. Trotz Zuredens und Anwendung gelinder Gewalt konnte sie nicht zur Herausgabe bewegen werden. Da auch ein Schlafbruch eine drohende Haltung gegen den Hilfswilligen tragenden Beamten einnahm, holte sich dieser Hilfe von dem Revier, fand jedoch nach seiner Rückkehr das Kind nicht mehr in der elterlichen Wohnung vor.

Die Mutter hielt sodann die Kinder verborgen, verweigerte die Angabe ihres Aufenthaltsortes und erklärte, unter keinen Umständen die Kinder freiwillig herauszugeben. Es wurde deshalb ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen § 1 des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Kinderjähriger gegen sie eingeleitet.

Anfang Juni d. J. wurde sodann ermittelt, daß sich die Kinder wieder bei der Mutter aufhielten und das jüngere auch die Schule besuchte. Der Schullehrer wurde um Vermittelung gebeten, das Kind aus dem Schulzimmer ins Amtszimmer gerufen und dem Kriminalbeamten übergeben, welcher es, ohne das geringste Aufsehen zu erregen, der Revierwache zuführte.

Sodann begaben sich zwei Kriminalbeamte in die Wohnung der Mutter, um die ältere Tochter abzuholen. Ein uniformierter Beamter, welcher in der Straße Patrouillendienst hatte, wurde außerdem angewiesen, sich zwischzeitig Hilfeleistung in der Nähe des Hauses aufzuhalten.

Diese Vorsichtsmaßregel war mit Rücksicht auf das frühere Verhalten der Mutter getroffen worden und erwies sich auch als nötig.

Die Mutter gab auch jezt nicht das Kind freiwillig heraus, sondern hielt die Kriminalbeamten an den Kleibern fest, so daß sie sich nur mit Mühe und nachdem ihnen der uniformierte Beamte zu Hilfe gekommen war, von ihr befreien konnten. Sie schrie so laut, daß die Hausbewohner zusammenliefen, auch forderte sie wiederum — wenn auch vergeblich — den Schlafbruchschen auf, ihr beizustehen.

Das Mädchen wurde dann der Revierwache und später sodann beide mittels Drohste dem Waisenhause zugeführt.

Letzteres geschah gemäß Verfügung vom 27. Oktober 1903, welche den Transport von Fürsorgezöglingen mit dem Gefangenentransportwagen verbietet und die Ueberführung mittels Drohste 2. Klasse vorschreibt, falls solche nicht, ohne daß Mißgeschähe oder Auffsehen veranlaßt wird, zu Fuß bewirkt werden kann.

Berlin, den 29. Juni 1906.

Der Polizeipräsident, Vorzies.

1214. IV. gen. 06. Die in Nr. 132 und von uns mitgeteilten Tatsachen werden in der „Verchtigung“ nicht bestritten, ja nicht einmal erwähnt.

Nachwehen von der „Landwirtschaftlichen Ausstellung“. Bei den Abbrucharbeiten auf dem Gelände der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Friedenau hat sich zum Schluß noch eine Einsturztafatastrophe ereignet, wobei mehrere Personen in großer Lebensgefahr schwebten. Die Puffersechene brach, während die Arbeiter

mit deren Abstrichen beschäftigt waren, plötzlich ein. Glücklicherweise gelang es den Arbeitern, sich zu retten, und nur einem der Leute war es nicht möglich gewesen, den Ausgang zu gewinnen. Dieser besah die Gesichtsgewandtheit, nach den Läden zu flüchten und auf diese Weise kam er mit leichteren Verletzungen davon. — Die Landkinder haben während der Ausstellung anscheinend eine reiche Ernte gehabt. Zur Kenntnis der Polizei sind allerdings nur zwei Fälle gelangt. So wurde dem Grafen L. E. eine Brief-tasche mit 300 M. Inhalt, einem anderen Besucher die Uhrkette mit einem Awanzignartring geraubt. In vielen Fällen haben jedoch die Verhaftungen von einer Anzeige Abstand genommen.

**Von der Berliner Straßenbahn.** Uns wird geschrieben: Bekanntlich bezieht bei unserer Elektrischen die Einrichtung, daß im Sommer an allen Sonntagen und bei schönem Wetter auch an den Wochentagen der Wochentage die Wagen derjenigen Linien, die fahrplanmäßig schon an den Grenzen des Kaisermeeres enden, weit darüber hinaus bis in die Vor- und Ausfallstraßen fahren. Leider ist jedoch nicht genügend Rücksicht genommen, um dem Publikum die weitersahrenden Wagen kenntlich zu machen. An den Seitenwänden ist in den meisten Fällen überhaupt nichts zu sehen, sie zeigen nur ihre gewöhnlichen Endstationen. Nur das große Querschild über dem Führerstand zeigt an, wohin der Wagen in Wirklichkeit geht. Doch auch dabei kommen recht sonderbare Dinge vor. Man sieht z. B. am Dönhofsplatz und will nach Treptow fahren. Einen Wagen hat man vorübergehen lassen, weil er besetzt war, ebenso einen anderen, weil er nur bis zur Schleifschleife fährt. Endlich fährt von der Charlottenstraße her ein Wagen der Linie 84. Das muß der richtige sein. — Doch was ist das? Das vordere Querschild zeigt groß und deutlich die Aufschrift: „Friedrichstraße, Ecke Wehnenstraße“, d. h. diejenige Endstation, von der der Wagen her kommt, aber nicht diejenige, wohin er fährt! Man ist also darauf angewiesen, den Schaffner zu fragen, ob der Wagen bis Treptow oder nur bis zu seiner offiziellen Endstation, Schleifschleife fährt. Und woher die falsche und für Fremde geradezu irreführende Aufschrift? Der Schaffner erklärt es uns: In Treptow fahren die Wagen am Schluss in einem Streife auf das andere Gleis, sie werden also umgedreht, und so kommt die falsche Bezeichnung nach vorn. Da an der Friedrichstraße die Ueberführung über das andere Gleis vermittelt einer Weiche geschieht, so regelt sich das wieder, aber natürlich erst bei der nächsten Tour, so daß die Wagen abwechselnd immer zwei halbe Touren mit richtiger und dann wieder zwei halbe Touren mit falscher Bezeichnung fahren. Sollte es wirklich so schwer sein, Schilder anzubringen, die an der Endstation umgedreht werden und immer das richtige Ziel angeben?

Da wir einmal dabei sind, sei noch auf etwas anderes hingewiesen. Ein sehr großer Teil der Berliner Straßenbahnwagen trägt die Sektenschilder in verkehrter Richtung; fährt z. B. der Wagen nach der Mauerstraße, so ist nicht selten das Sektenschild so angebracht, daß an seinem vorderen Ende zu lesen ist: „Wiener Wäde, Treptow“ und umgekehrt. Ebenso bei vielen anderen Strecken. Man wende nicht ein, darauf käme es nicht an, denn es müsse ja doch jeder, wo der Wagen hinfährt. Es gibt stets viele Tausende von Fremden in Berlin, die das absolut nicht wissen können, und auch der Berliner selbst kann schließlich nicht alle Teile der ungeheuren Straßenbahn so genau kennen. Wir erinnern uns nicht, in irgend einer anderen Stadt den gleichen Fehler bemerkt zu haben, und auch in Berlin war er früher nicht. Gerade weil es eine Kleinigkeit ist, ihn zu beseitigen, sollte man das auch tun!

Und noch eins. In einer Gegend, die man nicht durch täglichen Verkehr ganz genau kennt, ist es oft am Tage später, am Abend fast unmöglich, die nächste Haltestelle ohne längeres Suchen zu finden. In Dresden z. B. sind die Haltestellen durch farbige Tafeln weithin kenntlich gemacht. Sollte etwas Ähnliches nicht auch bei uns möglich sein?

In der Liebestragödie auf dem Hakensee wird noch folgendes mitgeteilt: Die Polizeibehörde in Erkner hat die Leichen der beiden jungen Leute gefunden, doch konnte über die Personalien der Toten bestimmtes noch nicht festgestellt werden. Der Name des jungen Mannes ist jedenfalls Keling. Es geht dies aus einer Eintrittskarte zur Vöndertagsfestlichen Ausstellung hervor, welche bei dem Toten ausgefunden wurde und die den erwähnten Namen enthält. K. dürfte 25—30 Jahre alt gewesen sein. In seinem Besitze entdeckte man auch noch eine Rede mit dem Witzwort des Braut-pagars. Das Mädchen heißt jedenfalls Ella Knipser. Es stand im Alter von etwa 20—25 Jahren. Die Verlobungsringe, welche bei beiden vorgefunden wurden, enthalten bei Keling die Eingravierungen E. K. 1905, bei dem jungen Mädchen K. E. 1905. Daß das lebendige Liebespaar aus Berlin stammt, ist nach den bisherigen Ermittlungen zweifellos. Die Polizeibehörde in Erkner bittet daher die Angehörigen der jungen Leute, die Leichen zur Melognoisierung in Augenschein zu nehmen.

Die Pflanzausstellung für Wädherei und Blättererei wird programmäßig am 30. Juni, nachmittags 5 Uhr in der Philharmonie eröffnet.

**Der „Aubendunst“.** Ein ganz eigenartiges Mittel wendet der Ring der Brauereien an, um die Gähwörter völlig in die Gewalt der Bierlieferanten zu bringen. Der von uns bereits erwähnte Vertrag enthält auch eine Bestimmung über den sogenannten „Aubendunst“, die anlässlich der seit einigen Wochen schwelbenden Differenzen wegen der Gählieferung schon wiederholt in Kraft gesetzt wurde. Die Brauereien verpflichten sich nämlich gegen hohe Pauschalstrafe, ihrem Gähwörter Bier zu liefern, der bisher Kunde einer anderen Ringbrauerei war und wegen des höheren Eis- oder Bierpreises von seinem alten Lieferanten abgehen will. Es ist schon vorgekommen, daß ein Gähwörter, der dem Brauereivertreter erklärte, er werde von ihm kein Eis und Bier mehr beziehen, an den Hauptgeschäftstagen Sonnabend und Sonntag nirgendwo Bier bekommen konnte, so daß er von seiner alten Brauerei bedingungslos weiter kaufen mußte.

Seinen Wädhelohn und 3 M. Verbandsgehalt im Gesamtbetrag von 115 M. verlor er am vergangenen Sonntag auf der Stadtbahn zwischen Rummelsburg-Ost und Warschauerstraße ein P. Straß, Seidenfeldstraße 5. Selbiger bittet den ehrlichen Finder, den Betrag gegen gute Belohnung in seiner Wohnung abzugeben.

**Arbeiterbildungsschule.** Für die Teilnehmer des Kurzes in Gewerkschaftswesen findet am Sonntag, den 1. Juli, noch eine Zusammenkunft statt. Treffpunkt Bahnhof Grünwald 3 Uhr (Wahnsitz).

Dem Zoologischen Garten ist von Herrn Oberleutnant v. Stegmann eine große Sammlung chinesischer Tiere, die er aus Nanking mitgebracht hat, zum Geschenk gemacht worden, darunter drei Seebäcker, drei Wädh, drei große Kraniche, ein Steinbock, viele Rechenbäcker und Grünsinge, eine Anzahl kleiner schwarzer Schweine, ein paar Wölfe, ein Fuchs und vier Eichhörnchen. Alle diese Tiere sind in besser Verfassung hier eingetroffen. Der chinesische Wädh und Fuchs gehören Arten an, die bisher hier noch nicht vertreten waren. Die Tiere sind gegenwärtig den entsprechenden Gruppen eingeteilt und im Garten verteilt, aber durch die Gesichtsschilder leicht auffindbar.

Das Berliner Aquarium ist jetzt in der Lage, den Besuchern eine Sammlung Kischlangen vorzuführen, wie sie noch nie in solcher Vielfältigkeit der Arten hier vertreten war; sie umfaßt Spezies aus allen Hauptgebieten der Alten und Neuen Welt und Seltsamkeiten ersten Ranges, nachdem vor einigen Tagen eine Anzahl afrikanischer Kischlangen hierher gelangte. Aus der Gruppe der Gattungen ist zum erstenmal hier vertreten die schwarze Kischlange (*Naja nigrocapitata*), eine Gattungswandwabe der schon aus der Gattung *Proks* bekannten ägyptischen *Proks* oder *Uraus* und der u.ä. bekannten *Proks*, die gleichfalls hier vorhanden sind. Die neue Art zeichnet sich durch glänzend-

schwarze Färbung aus, kann aber im übrigen ihre Stammesgenossenschaft mit der *Proks* nicht verfehlen. Eine in mehreren Exemplaren mit eingetroffene echte Otter zieht durch die einzigartige Schönheit des Schuppenkleides die Aufmerksamkeit auf sich und man muß es doppelt bedauern, daß dieses Reptil unter dem gleichenden Reuhern soviel Tücke und Gefährlichkeit verbirgt, denn in der *Punt*- oder *Ringurotter* (*Bitis gabonica*) haben wir eine der gefährlichsten afrikanischen Kischlangen, die nächste Verwandte der südamerikanischen, ebenfalls mit angekommenen *Punt*-otter, vor uns; das Gift dieser neuen Gäste soll durch die Herren Geh. Rat Professor Dr. Brieger und Dr. med. Krause untersucht werden.

**Feuerwehrbericht.** Von drei verschiedenen Seiten wurde gestern Abend die Feuerwehr nach dem Bahnhof Buttlischstraße in Noabit gerufen, wo ein mit Stroh beladener Eisenbahnwagen in Flammen stand. Der 15. Zug löschte die Flammen mit zwei Schlauchleitungen. Fast gleichzeitig hatte der 7. Zug beim Viehhof zu tun, wo am Nordring-Bahndamm ein kleines Schwellenlager in Brand geraten war. Am Rittersplatz wurde die Feuerwehr böswilliger Weise nach dem Arnswalder Platz alarmiert. Der Löcher ist unerkannt entkommen. Nachts um 2 Uhr wurde die Feuerwehr zum zweiten Male nach dem Noabiter Güterbahnhof, Buttlischstraße, gerufen, wo wiederum Stroh auf einem Wagen brannte. Auch in der Dölgelstraße 88 war auf einem Neubau ein Brand entstanden. Lumpen brannten in der Linienstraße 52, Wohn-masse in der Vohstraße, Betten usw. in der Kurfürstenstraße 144, ein Klotz in der Kronstraße 30, Rödel u. a. in der Seibel-beinerstraße 47, Prechtholz usw. auf dem Anhalter Güterbahnhof und an verschiedenen anderen Stellen. Wegen der Beseitigung von Ueberbrennungen liefen gegen 30 Meldungen innerhalb weniger Minuten ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigburi.

**Stadtverordneten-Versammlung.** Der Finalabschluß des Etats 1905 ist fertiggestellt. Bürgermeister Voigt macht über die Ergebnisse interessante Mitteilungen. Beim Kapitel „Besoldungen“ sind 22 000 M. weniger verausgabt worden. Auch in der Armenverwaltung sind 17 500 M. „erspart“ worden. So sehr ja eine vernünftige Finanzwirtschaft anzuerkennen ist, so kann eine Knäuferei an dieser Stelle nicht genug beturteilt werden. An den für die Armen der Armen ausgeworfenen Mitteln darf nicht gespart werden. Für Gebäude sind 12 000 M. mehr gebraucht worden, als vorgesehen war. Die Elektrizitätsanlagen haben 7700 M., die Laternen 8000 M. mehr gebracht. Die Einnahmen aus den Märkten waren mit 60 000 M. eingesetzt, sie betragen jedoch 78 000 M. In welchem Maße sich die Finanzen Rigburi bessern, geht aus dem Steuerergebnis hervor. So hat unter anderem die Einkommensteuer den Vorschlag um 50 000 M. (statt 746 000 über 700 000 M.) überzogen. Die Umfahrsteuer hat statt 440 000 Mark 625 000 M., die Biersteuer statt 68 000 M. 91 000 M. ergeben. Der Gesamtüberschuss des Etats beläuft sich auf 461 400 M. Dies Resultat — meint der Bürgermeister mit Recht — dürfte man nicht überschätzen; denn die bisher bei Neuauflistung des Etats immer geübte Praxis, den Ueberüberschuss aus dem Vorjahre vorzutragen, lasse das Ergebnis günstiger erscheinen, als es wirklich ist. Mit diesem *Rebus* müsse deshalb baldigst gebrochen werden.

Die reichhaltige Tagesordnung, welche einige sehr wichtige Vorlagen enthält, wurde von den durch Kreisstimmung schon stark beeinflussten Stabsräten fast ohne Debatte in kurzer Zeit erledigt, und zwar im zunehmenden Sinne. So wurden unter anderem die Neupflanzung der Thomaststraße, die Kosten für die Ausbange-läden der Wetterklarien, der Erweiterungsbau des Rathhauses, die Errichtung weiterer Bedürfnisanstalten einstimmig genehmigt. Ebenso beschloß die Versammlung die Bauten für die Gasanstalt (ein zweites Retortenhaus und einen dritten Gasbehälter) debattelos. Für das Zusammenlegungsverfahren in der Könnichen Weide wurde eine Kommission eingesetzt, der auch die Genossen Conrad und Keil angehören. Die Dringlichkeit der Befreiung der Stadt-bauinspektorstelle für den Tiefbau wurde anerkannt. Bei der letzten Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter sind insofern Ungerechtigkeiten zutage getreten, als die beschlossenen generellen Zuschläge zur Sonn- und Feiertagsarbeit einigen Arbeitergruppen Nachteile brachten, und zwar deswegen, weil für diese Arbeiter dordem höhere Zuschläge üblich waren. Zum Ausgleich dieser Differenz schlug der Magistrat die Erhöhung der Löhne der un-gelernten Arbeiter in der Weise vor, daß die jetzige Lohnskala von 37—42 Pf. auf 38—43 Pf. pro Stunde festgesetzt wird. Die Stadt-verordneten-Versammlung stimmte diesem Vorschlage zu.

Für den Erweiterungsbau der städtischen Gasanstalt ist jetzt der Entwurf fertiggestellt. Das neue Retortenhaus wird 12 Oefen mit insgesamt 108 schrägliegenden Retorten enthalten, wodurch sich die Tagesleistung der Anstalt um weitere 35 000 Kubikmeter erhöhen wird. Mit Rücksicht auf die zu erwartende wesentliche Steigerung des Gasverbrauchs ist auch der Bau eines dritten Gasbehälters vorgesehen. Die höchste Tagesabgabe betrug 1905 im Dezember 42 000 Kubikmeter, welche sich voraussichtlich im gleichen Monat 1906 auf 53 000, 1907 auf 67 000 und schließlich 1910 auf 110 000 Kubikmeter erhöhen wird. Demgegenüber ist es sehr zu bedauern, daß nach Ansicht des Magistrats die wünschenswerte Auf-stellung eines Behälters von 85 000 Kubikmeter Inhalt wegen des Mangels eines genügend großen Grundstücks unterbleiben muß und man auf den Bau eines Gasbehälters von nur 25 000 Kubikmeter angewiesen ist. Es ist das ein Eingeständnis, das recht bezeichnend ist gegenüber der Behauptung, die Stadt lorge genügend für das Bedürfnis an Grundstücken, und der Tatsache, daß städtischer Grund und Boden sogar in jüngster Zeit noch veräußert wurde. Das neue Retortenhaus wird 500 000 M., der Gasbehälter 281 000 M. Kosten verursachen.

### Schöneberg.

Der Jahresabschluß der städtischen Verwaltung in Schöneberg hat für das Rechnungsjahr 1905 einen Ueberüberschuss von 206 529,96 M. gebracht. Dieser Ueberüberschuss ergibt sich hauptsächlich daraus, daß an Steuern eine bedeutend höhere Summe verausgabt worden ist, als im Etat vorgesehen war, auch ist der Zuschuss zum Schulstat um 45 000 M. und zum Sonnet um 43 000 M. geringer gegenüber den gemachten Ansätzen. — Im vorhergehenden Jahre betrug der Ueberüberschuss 409 703,41 M. Der Ueberüberschuss von den letzten vier Jahren hat jetzt die Summe von 1 312 000 M. erreicht.

### Rummelsburg.

Einem erfreulichen Aufschwung hat die Parteibewegung Rummelsburgs zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist von 500 auf 850 gestiegen. Dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende, Genosse John, in der am letzten Dienstag abgehaltenen Generalversammlung gab, ist zu entnehmen, daß in den letzten acht Monaten 18 Vorstandswahlen, 5 Vereinsversammlungen und 10 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. In dem Augenblicke, als der Tätigkeitsbericht die Mitgliederzahl von 80 auf 80 gestiegen. Die Ruffensammlung hat die Summe von 375 M. ergeben. Einwände gegen den Vorstandsbericht wurden nicht erhoben. Den Ruffensbericht gab Genosse Schürmer. Die Einnahmen betragen 1761,57 M., die Ausgaben 710,75 M., somit ist ein Restbestand von 1051,12 M. vorhanden. Auf Antrag der Revisoren erteilte die Generalversammlung dem Kassierer Decharge. Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Beschlußfassung eines neuen Statuts für den Bezirkswahlverein Rummelsburg. Das der Versammlung vom Vorstände unterbreitete Statut fand ohne jedwede Aenderung einstimmige Annahme. Die Vorstandswahlen, die sich unter teilweise sehr erregten Debatten vollzogen, ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Otto John, 2. Vorsitzender Alex. 1. Kassierer Richard Schürmer, 2. Kassierer Wädhle, 1. Schriftführer König und 2. Schriftführer Stein. Die Revisoren und der Bibliothekar wurden in ihren Ämtern weiter bestätigt. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung

solwie zu der am 29. Juli stattfindenden Verbandsgeneralversammlung wurden die Genossen Karl Repler, Hoppe, Rostadt, Waldemar Schulz, Otto Schulz, Rannhardt, Cehling, Beckmann, Bartel, Straß, Rosenkranz und Bogasch gewählt. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß am Sonntag, den 12. August, ein Familienausflug der Wahlvereinsmitglieder nach dem Lokal von Flugmann, Kapenider Chaussee, stattfindet. Zum Schluss wurde zum regen Besuch für die am Dienstag, den 3. Juli, im Saale der Wwe. Weigel stattfindende Frauenversammlung aufgefordert.

### Weihensee.

Bei der gestrigen Erwahl zur Gemeindevertretung wurde Genosse Julius Ported mit 271 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat erhielt 14 Stimmen.

### Pantow.

Die am letzten Dienstag tagende Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen. Danach hat der Verein jetzt 675 Mitglieder, davon 550 in Pantow. Seit November 1905 haben 29 Versammlungen im Wahlvereinsbezirk stattgefunden, auch eine Versammlung in Schönwalde, durch die die dortige Organisation wieder aufgestellt wurde. Reun Flugblätter wurden im verflochtenen halben Jahre verteilt, davon 4 in Pantow, 3 in Französisch-Buchholz, 1 im ganzen Bezirk. Die Gemeindefestlichkeiten in Pantow und Französisch-Buchholz verursachten zusammen 368,85 M. Kosten; aus der Vereinskasse waren 131,45 M. zu decken. Die diesjährige Wädhfeier schloß mit circa 200 M. Ueberüberschuss ab. Der Kassierbericht des laufenden Quartals beträgt: Einnahme mit dem letzten Bestand 920,86 M., Ausgabe 506,85 M., demnach 325,01 M. In Pantow hat der „Vorwärts“, soweit er durch die Parteipublikation bezogen wird, eine Auflage von 874, in Nieder-Schönwalde von 282, in Französisch-Buchholz von 69, zusammen 1225. Genosse Kreimwald berichtete alsdann über die Vorarbeiten zu einer Zentralspedition für Berlin und die nächsten Vororte und führte die vereinzelt vorgekommenen Verspätungen in der Zeitungsbestellung, über die Beschwerden vorgebracht worden sind, auf. Ein Antrag auf Ausschluß eines Genossen wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zu Bezirksoffizieren wurden die Genossen Albrecht, Ehrke, Gorackens, Kaiser, Anop, Schön und Walter und zu Delegierten zu den Kreis- und Verbands-Generalversammlungen die Genossen Götz, Mühl, Kofz, Lows, Otto, Räder, Sonntag, Zihmer, Tobler gewählt. Zwei Mandate zu den Generalversammlungen wurden den Genossen von Französisch-Buchholz zugesprochen.

Zu den Differenzen zwischen den Gesangsvereinen Eintracht, Flora und dem Wahlverein legte der Vorstand des Wahlvereins eine Erklärung des Inhalts vor, daß ihm die Zustimmung über Abneigung gegen die Gesangsvereine gänzlich fernliegt, er seinerseits mit dieser Erklärung die Ursache der Differenz, derzufolge die Gesangsvereine bei der diesjährigen Wädhfeier unterblieben sind, für beseitigt hält und erwartet, daß die Gesangsvereine bei den künftigen Wädhfeiern wieder mitwirken.“ Folgende von Jäger und Tobler vorgelegene Resolution wurde angenommen: „Die Generalversammlung protestiert gegen die von den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften angenommene Resolution, die dahin geht, daß diejenigen Genossen, die am 1. Mai trotz gegenseitigen Beschlusses gearbeitet haben, nicht auszuschließen sind.“ Es wurde außerdem eine von Korte vorgelegene und begründete Resolution angenommen, dahingehend, daß das Vorgehen des Genossen Wiesen-thal als Gründer und Leiter des neuen Metallarbeiterverbandes entschieden zu verurteilen und beim Aktionsausschuß zu beantragen ist, daß Wiesen-thal in der Referentenliste gestrichen wird.“ Eine von den Genossen Kofz und Korte an den Vorsitzenden gerichtete Anfrage, welchen Verlauf die Angelegenheit mit dem bisherigen Pantower Bürgermeister genommen hat, wurde dahin beantwortet, daß die nächste Mitgliederversammlung ausschließlich über den Stand der Dinge unterrichtet werden wird. Ein Antrag auf Unterstützung der hier ins Leben gerufenen Jugendorganisation wurde befürwortet.

Dem Wassermangel, über den wir vor einigen Tagen berichteten, soll nun insofern gesteuert werden, als sich nach längeren Verhandlungen der Berliner Magistrat bereit erklärt hat, Pantow aus der Verlegenheit zu helfen. Berlin will täglich 1500 Kubikmeter Wasser nach Pantow leiten. Die Anschlussarbeiten erfordern eine Ausgabe von 5100 M., welche von Pantow gezahlt werden.

### Reinickendorf.

**Sitzung der Gemeindevertretung.** Einer Anregung des Genossen Ohl, am hiesigen Rekolonisationsfeststellen für Volkschüler zu schaffen, will der Gemeindevorstand Folge geben, möchte aber bei der Schwierigkeit der Materie keine prinzipiellen Bestimmungen treffen. Genosse Ohl ist damit einverstanden, wünscht aber größte Liberalität in der Behandlung der eingehenden Anträge, was auch zugesagt wird. — Ein Antrag des Genossen Ohl, die Entschädigung der Gewerkegerichtsbeisitzer von 5 auf 6 M. pro Tag und entsprechend von 2,50 auf 3 M. pro Halbtage zu erhöhen, wird vom Gemeindevorstand bekämpft. Für den Antrag treten die Genossen Ohl, Schiller und Schilling ein, doch wird derselbe nach lebhafter Debatte gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die Regierung hat erneut die mehrfach abgelehnte Forderung auf Anstellung eines höheren Baubeamten (Regierungsbaumeisters) gestellt. Da jetzt bei der beginnenden Tätigkeit der Baugesellschaften mit einer bedeutenden Zunahme der Bauten gerechnet werden muß, so beschließt die Versammlung einstimmig, dem Drängen nachzugeben und zunächst einen Tiefbauingenieur anzustellen. — Die Heizungsanlage für die erste Gemeindegemeinschaft soll vergeben werden. Genosse Schilling spricht sich gegen die Ausschreibung einer Submission aus; es wird beschlossen, die Arbeit freihändig zu vergeben. Zugestimmt wird dem Abschluß eines Vertrages mit Wittenau, wonach die Oranienburger Chaussee, die durch Reinickendorf mit Reichensteinspazier führt, auf dem Wittenauer Gebiet in derselben Weise ausgebaut wird. Wittenau zahlt dafür an Reinickendorf 60 000 M. und verzichtet auf seinen Anteil an der Berliner und Kreis-Verwaltung. Zur Erweiterung des Wasserwerks werden die Kosten für vier neue Tiefbrunnen bewilligt.

Der Vorstand der Arbeiter-Samariterkolonne ersucht uns, mitzutheilen, daß die Arbeiter-Samariterkolonne ihre Vergütungen stets in freien Lokalen abbält und nicht, wie es in dem Wahlvereinsbericht der gestrigen Nummer heißt, im „Sebad Reinickendorf“ ihre Festlichkeiten abhalte. Es könne damit nur die Samariterkolonne vom „roten Kreuz“ gemeint sein.

### Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung fand am Donnerstag im Zeichen des Verlebes. Einstimmig wurde in namentlicher Abstimmung nach vorausgehender etwa zweistündiger Beratung der Antrag der Straßenbahn seitens der Stadt befürwortet. Sogar der Stadtverordnete Tiede, der sich in voriger Sitzung als großer Gegner des Anfalls bekannte, war zu seinem Vorurteil umgewandelt und stimmte für die Vorlage. Die kleinen Anzögerungen im „Vorwärts“ scheinen doch ihre Wirkung getan zu haben. Eine zweite Verlebeseinrichtung hand ebenfalls gegen nur eine Stimme die Zustimmung der Versammlung, nämlich die Genehmigung des Vertrages zwischen der Stadtgemeinde und dem Kreise Ostbavland betreffend den Bau und Betrieb der Kleinbahn Spandau—Vöhow mit Anschluß an die Kleinbahn Rauen—Wöhlen. In dem neuerdings vorgelegten Vertragsentwurf hat sich Spandau insofern mehr Vorteile gesichert, als die Stadt zur Hälfte am Reingewinn beteiligt ist und auf die Leitung der Bahn insofern eine Einwirkung hat, als drei Vertreter der Stadt in die aus 6 Mitgliedern und einem Vorsitzenden eingehende Kommission gesandt werden können. Die Ansicht, welche unsere Genossen schon seit Jahren vertreten, daß nicht genug Verlebeswege geschaffen werden können, und daß man solche Verlebesunternehmungen am besten in eigene Hände übernimmt und sie nicht Privatgesellschaften überläßt, scheint sich doch allmählich auch bei den bürgerlichen Stadtverordneten Bahn zu brechen. Die übrigen Vorlagen sind von geringerer Bedeutung. Zu erwähnen wäre noch, daß auch der Pflasterplan für 1906 Annahme fand.